

# Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG

- Leipzig und sein Geld Seite 3
- Gelingt Stadterneuerung? Seiten 8/9
- „Braucht kein Mensch“ Seite 13
- Leipzigs Skandale 2004 Seiten 14/15
- Klaus Huhn: Ich war  
Weihnachtsmann Seite 20
- Der Marsch der NSDAP  
in die Parlamente Seite 21
- Hans Lauter zum 90. Seite 24
- Allerhand Seiten 29 und 32

25/26

2004

DOPPELAUSGABE

12. Jahrgang

17. Dezember

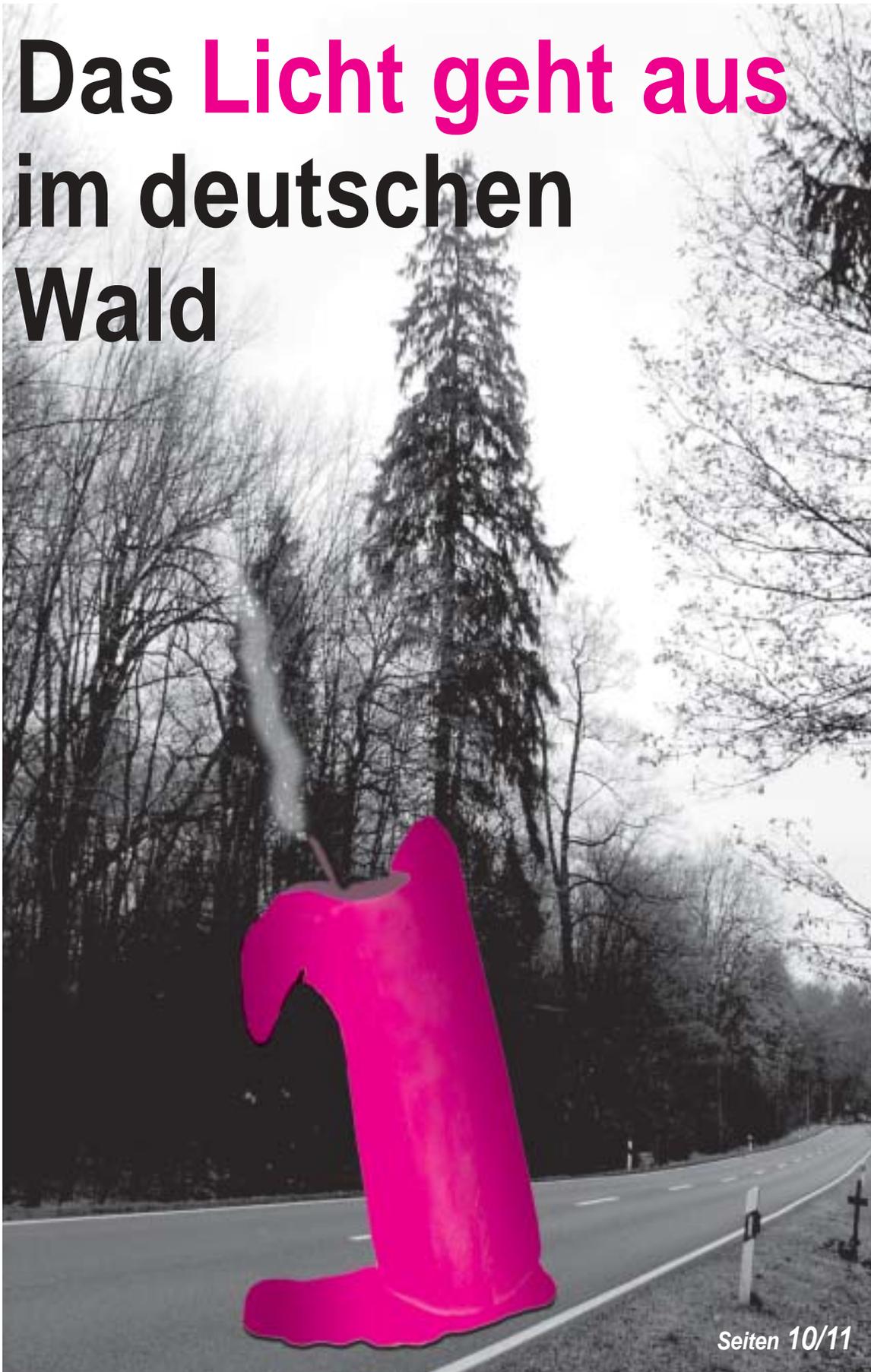
2 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

## Das Licht geht aus im deutschen Wald



Seiten 10/11

### Wie gelb sind deine Blätter!

Die Vorweihnachtszeit ist Jahresbilanzzeit. Dabei spielt im Waldzustandsbericht 2004 der Weihnachtsbaum kaum eine Rolle, denn „nur“ jede vierte Konifere ist krank, aber lediglich 34 Prozent aller Bäume und zehn Prozent der deutschen Eichen sind gesund – viele vor allem abgasgeschädigt – trotz grüner Mitregierung.

Auch die deutsche Schule ist laut PISA-II-Studie in den letzten Jahren auf keinen grünen Zweig gekommen. Veraltete, sozial spaltende Strukturen im Bildungswesen und seine miserable finanzielle Ausstattung erlauben bestenfalls mittelmäßige Ergebnisse. Die Betriebe sind voller Klagen über das Lehrlingsniveau.

Grün ist diese Gesellschaft auch nicht den Kindern und Familien. Ministerin Schmidt bilanzierte dieser Tage: Fast eineinhalb Millionen Kinder leben von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, auf Trendumkehr ist keine Aussicht. Wenn das – nach Lukas Kap. 23, Vers 31 – am grünen Holz geschieht, was soll am dürrer werden? Wenn die Rentner und die Kranken ihre Bilanz – mit abzusehenden Nullrunden – aufmachen, wird's noch schlimmer.

Die Jahresschlussbilanz der Arbeitsagentur steht noch aus, aber jeder weiß, dass es damit fürchterlich aussieht.

Unterm Strich: Armut und Armseligkeit haben im Jahre 2004 in Deutschland zugenommen. – Gibt es überhaupt einen gesellschaftlichen Bereich mit positiver Bilanz? Das muss wohl logischerweise so sein, denn was an einer Stelle gekappt, reduziert, eingespart wird, was verkommt und vernachlässigt wird, muss ja an anderer Stelle positiv zu Buche schlagen. Aus den Bilanzen der deutschen Großunternehmen schimmert schon einiges hervor. Selbst dort, ja gerade dort, wo die Betriebsbelegschaften nicht nur auf Weihnachtsgelder, sondern auf viel mehr verzichten müssen, ist mit den Profiten und Managergehältern alles im grünen Bereich. Porsche fährt den höchsten Gewinn seiner Unternehmensgeschichte ein. Bei den Multimillionären wachsen die Millionen, bei den Milliardären kommt immer noch eine Milliarde hinzu. Im neuen Jahr ziehen neue dunkle Wolken auf: Hartz IV, Angriffe auf Einkommen und Arbeitsbedingungen von allen Seiten, verschärfter Sparkurs mit Verlust an Lebensqualität in Städten und Gemeinden.

Deutschland ist reif für Reformen. Aber niemand wird dafür grünes Licht geben, es sei denn, die Geschädigten tun es selbst.

• GÜNTER LIPPOLD

## Birthers Ende?

Eine eher wohlgezielte Ente in der „Berliner Zeitung“ vom 10. Dezember behauptete: „Der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), Marianne Birthler, droht die alsbaldige Abwicklung. Hinter der Verlagerung der Behörde aus der Zuständigkeit des Innenministeriums zur Staatsministerin für Kultur, Christina Weiss, stehe offenbar der Plan, die gesetzlich verankerten Aufgaben der Stasi-Akten-Behörde zügig auf verschiedene andere Träger zu verlagern.“ – So jedenfalls soll es in einem Papier des Weiss-Stellvertreters Knut Nevermann stehen, den der „Bürgerrechtler“ und jetzige CDU/CSU-Abgeordnete Günter Nooke stante pede ein „Sicherheitsrisiko für Frau Weiss“ nennt. Denn wenn Alt-Acht-undsechziger tätig seien, werde es gefährlich.

Wunderbare Gelegenheit zum Dementieren, damit auch der letzte Bundesbürger begreift, wie unsagbar wichtig Birthers Staat im Staat ist. Schily – der die ganze Chose lostrat, als er dieser Tage völlig überraschend ankündigte, die Gauck-Birther-Behörde ab 2005 an das Kulturressort geben zu wollen –, sei es lediglich um „Effizienzgewinne, die allen zu Gute kommen“ gegangen, nämlich der Aufarbeitung sowohl der Nazi- wie auch der SED-Diktatur. Da liegt der Hase im Pfeffer. Und nicht in Nevermanns Vorschlag, die Akten ins Koblenzer Bundesarchiv wandern zu lassen.

Konsens der Herrschenden in diesem Land ist, die unvergleichbaren Naziverbrechen mit Unrechtsvorfällen in der DDR gleichzusetzen. Man braucht die Akten der Gauck-Birther-Behörde, um dem 15 Jahre lang gepflegten Popanz einer Unrechtsdiktatur immer wieder neue Nahrung zu geben. Man braucht sie, um jederzeit zuschlagen zu können, Sozialisten und Kommunisten mundtot machen, ihre Ideen und Ideale kriminalisieren zu können. Weitere Bloßstellungen und Denunziationen dieser Behörde sind mit absoluter Sicherheit zu erwarten. Ihre Reputation und ihr 2000-köpfiger Mitarbeiterstamm leben gut davon, das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und ihre staats-treuen Bürger zu verteuflern. • M. W.

## Arbeitskultur als Leitkultur

Will man die Ergebnisse des CDU-Parteitag auf eine einprägsame Formel bringen, kann man zwei markante Parolen zitieren: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ (Merkel) und: „Wer unsere Wertordnung ablehnt ..., für den ist in unserem Lande kein Platz“ (Leitantrag).

Beim ersteren geht es aber weniger um neue Arbeitsplätze, sondern darum, den abhängig Beschäftigten begreiflich zu machen, wie man heute arbeiten muss. Längere Arbeitszeiten, Lockerung des Kündigungsschutzes, die Möglichkeit der Abweichung von Tarifverträgen sollen mehr und mehr zur Leitkultur werden. Hartz IV wird ohnehin unterstützt. Ein-Euro-Jobs – die schaffen Arbeit, und das ist sozial. So sieht die Merkelsche Formel aus.

Für Ausländer gilt zusätzlich die Forderung, sich einer deutschen Leitkultur zu unterwerfen. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Pau fragte zu Recht, was deutsche Leitkultur eigentlich meine: „Was ist das: die Weißwurst, die Boulette oder der Döner?“ Sicherlich geht es nicht nur darum zu verlangen, dass die Ausländer die deutsche Sprache beherrschen und sich deutscher Sitten und Gebräuche bequemen. Kernpunkt der CDU-Leitkultur ist die gleiche Forderung, mit der sich auch deutsche Arbeiter und Angestellte konfrontiert sehen: länger arbeiten, für weniger Geld arbeiten, „flexibler“ sein bei Arbeitszeit, Arbeitsort und Arbeitsbedingungen. • GÜNTER LIPPOLD

## Wort, Unwort, Untat

„Hartz IV“ wurde nach „Das alte Europa“ und „Teuro“ als WORT DES JAHRES gekürt. Wenn dieses Wort zunächst nichts weiter ist als eine Neuschöpfung, die mit Vehemenz in den allgemeinen Sprachgebrauch eingedrungen ist, könnte man der Wahl zustimmen. Aber „Hartz IV“ ist ja nicht schlechthin die Kurzbezeichnung eines Gesetzes, sondern ein Vorgang von höchster politischer Brisanz, der eine politische Untat manifestiert. Mit einem „Anti“ versehen war sie in diesem Jahr ein Schlachtruf von vielen Tausend Menschen. So gesehen, könnte man sich diesmal die Wahl eines UNWORTES DES JAHRES sparen. Denn hinter der harmlosen Benennung wie auch hinter den verschlüsselten Formulierungen des Gesetzes, das sich dem Nichtjuristen kaum erschließt, verbirgt sich so viel sozialer Zynismus, dass das auch für diese Nominierung reichen würde. • KURT RECHT

## Liebe Freunde von LEIPZIGS NEUE,

das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel sind uns alljährlicher Anlass, allen unseren Leserinnen und Lesern für ihre LN-Lesetreue herzlichst zu danken. Ebenso herzlich danken wir für die Spenden und Anzeigen, die wiederum wesentlich dazu beitragen, dass sich LN am Leipziger Zeitungsmarkt behaupten konnte – und das im Unterschied zu anderen Zeitungen bei Beibehaltung des Abo-Preises. Und nicht zuletzt danken wir unseren Autoren und Leserbriefschreibern in Berlin, Dresden, Leipzig, Köln, Hamburg und anderenorts für ihr LN-Engagement, sowie denen, die uns ermutigten, nicht aufzuge-

ben, sondern weiterzumachen. Im neuen Jahr werden sich die sozialen Konflikte und Kämpfe zuspitzen wie noch nie in diesem Lande. Hierbei wird LN wie immer mit ihren Mitteln und Möglichkeiten auf der Seite derer stehen, die für die Würde der Menschen, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden in der Welt streiten. LN wird über das schreiben, was andere verschweigen oder gar mit Lügen verdecken. Wir werden nicht wegsehen, sondern genau hinsehen. Wir werden nicht schweigen, sondern die Kraft der Sprache nutzen; nicht kampflös dulden, sondern uns mit aller Kraft wehren.

Wir sind uns der Schwere der Zeit bewusst, in die wir mit dem neuen Jahr eintreten werden. Doch kampfes müde werden wir nicht sein und Weihnachten nicht trübselig begehen. Vielmehr halten wir es mit Rosa Luxemburg, die Mitte Dezember 1917 im Breslauer Gefängnis an eine Freundin schrieb: „Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem. Fröhliche Weihnachten!“ Das wünschen auch wir, die Herausgeber und die Redaktion, von ganzem Herzen ihnen allen und ihren Familien.

KURT SCHNEIDER  
MAXI WARTELSTEINER

## Gegen das Stillhalten

### Quelle-Mitarbeiter wehren sich gegen Stellenabbau

LN. Seit Monaten ist das „Paket geschmürt“: Die Gewerkschaft Ver.di, Gesamtbetriebsrat und Management der Karstadt-Quelle AG einigten sich nach langen Verhandlungen am 14. Oktober auf ein Sanierungskonzept, das allein bei den Personalkosten auf ein Einsparvolumen von 760 Millionen Euro abzielt, mit der Versicherung, es werde entsprechend dem Ergänzungstarifvertrag sozialverträglich vonstatten gehen. Das Unternehmen beabsichtigt nicht, auch nur einem der bundesweit 100 000 Beschäftigten in Versandzentren und Einzelhandelsfilialen betriebsbedingt zu kündigen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Leipziger Versandzentrums haben da andere Erfahrungen. Seit August dieses Jahres wurde bereits fünf Mitarbeiterinnen der Abteilung Sortierung/Packerei

der Weg zur Agentur für Arbeit gewiesen – mit fadenscheinigen Begründungen der Geschäftsleitung, so nicht nachgewiesener fehlerhafter Arbeit, die den Fehlerdurchschnitt übersteige.

Die Kündigungen sofort zurückzunehmen, lautet die Hauptforderung eines Solidaritätskreises, der sich am vergangenen Sonnabend aus zunächst 15 Mitarbeitern von Quelle und Freunden gründete.

Die Fehlerquote orten die Leipziger vor allem beim seit der Einführung des Prämiensystems enorm gestiegenen Leistungsdruck. Zur weiteren Begründung durch die Chefetage zählen wiederholte Krankenschreibungen. Nicht offen ausgesprochen wird als Grund missliebige politisches Engagement, z. B. aktives Auftreten auf Montagsdemonstrationen, in Be-

triebsversammlungen und in der Gewerkschaft.

Der Solidaritätskreis rechnet mit einer weiteren Entlassungswelle, „wenn wir uns diese fünf Kündigungen gefallen lassen und sie nicht stoppen“. Neben der Klage der bereits Betroffenen vor dem Leipziger Arbeitsgericht schreibt sich der Solidaritätskreis die Unterstützung der Prozessvorbereitung auf die Tagesordnung. Da auf Gerichte nicht unbedingt Verlass ist, sollen Mitarbeiter, die aus Angst um den Arbeitsplatz bisher stillhalten, in Gesprächen, einer Flugblattaktion und Unterschriftensammlung aufgeweckt und mobilisiert werden. Eine weitere öffentliche Beratung des Solidaritätskreises ist für den 28. Dezember, 18 Uhr, im Volkshaus in der Karl-Liebknecht-Straße vorgesehen.

## Kollateralschäden des Aufschwungs

Sächsische Industrie auf Rekordkurs, meldete das Statistische Landesamt. Allein im September seien fast 3,9 Milliarden Euro umgesetzt worden. Und der Geschäftsführer der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, Hartmut Fiedler, jubelte sogleich, dass „zahlreiche Investitionen wie BMW in Leipzig und ZMD in Dresden jetzt Wirkung zeigen“. Auf dem Arbeitsmarkt keineswegs. Der skandalöse Widerspruch zwischen Arbeitenwollen und Arbeitenkönnen bleibt. Auch wenn ihn das neue Armuts Gesetz mitsamt dem Arbeitslosengeld II so eklatant missachtet.

Anders gesagt: Die Gewinne aus dem Rekordergebnis wurden, wie insgesamt üblich, kaum in neue Arbeitsplätze investiert.

Leipzig bleibt sächsische Armuthauptstadt. Denn wie sonst sollte man eine Halbmillionenstadt mit über 34 000 Sozialhilfeempfängern bezeichnen? In

Sachsen insgesamt stieg deren Zahl im ersten Halbjahr 2004 zwar „nur“ etwas mehr als ein Prozent an, in Leipzig aber um fünf Prozent. Und ab 1. Januar werden mit dem ALG II weitere zigttausend Sachsen in Armut gedrängt. Aber SPD-Wirtschaftsminister Jurk erwartet angesichts des Rekordergebnisses des Industriestandorts Sachsen „nun ein Anziehen der Binnen-nachfrage“.

Auf jeden Fall wächst die Nachfrage in Leipzigs Norden nach Wohnraum, denn hier hat sich BMW angesiedelt und hier wird auch der künftige DHL-Standort mit seinen 24 Stunden am Tag lärmenden Flugzeugen sein. Steigende Nachfrage aber bedeutet in dieser Gesellschaft automatisch steigende Mieten. Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft hat dieses Zeichen der Zeit richtig erkannt. Das stadteigene Unternehmen begann bereits einen Generalangriff auf

die Senioren der Theklaer Erla-Siedlung. Spürbar sozusagen als Kollateralschaden der Industrieansiedlung. Die ersten Mieter erhielten Bescheide über eine 20-prozentige Mieterhöhung.

In die mit Förderkrediten sanierten und daher mietgünstigen Wohnungen durfte einst nur einziehen, wer einen grünen Berechtigungsschein vorweisen konnte, also gewiss nicht zum zahlungskräftigen Teil der Bürgerschaft zählte. Zwar formierte sich jetzt spontan eine Bürgerinitiative, die die LWB zu einer „humanen Lösung“ aufforderte. Doch die LWB will ihre Forderung „auf jeden Fall durchsetzen“ und hat den protestierenden Mietern schon unmissverständlich klar gemacht, wer den neuen Vertrag nicht unterschreiben, gegen den werde geklagt. 36 von den 77, die den Protest an die LWB unterzeichneten, haben inzwischen vor der Übermacht kapituliert. • MX

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2005 ist Leipzig im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der harten Realität angekommen. Erstmals für 2005 wurde ein **defizitärer Haushaltsentwurf eingebracht**. Dazu kommen weitere erhebliche Haushaltsrisiken. So sind die finanziellen Auswirkungen von Hartz IV für die Stadt Leipzig nicht abzuschätzen. Langjährige Haushaltskonsolidierungen waren mit einem erheblichen Personalabbau verbunden. Dennoch nahmen die strukturellen Haushaltsdefizite zu. Die Folge sind: Minderung der Dienstleistungsqualität, teilweiser Abbau und massive Einschnitte in die Leistungen der Daseinsvorsorge, Rückgang der Investitionen, Schließung von Einrichtungen, Erhöhung der Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die regionale Wirtschaft. **Seit langem hat die Stadt Leipzig keine finanzielle Leistungskraft mehr. Die Hauptursache liegt in der Politik von Bund und Land gegenüber den Kommunen. Kommunale Selbstverwaltung wird zunehmend zu einer Farce.**

Wir erkennen an, dass in der Dresdner Koalitionsvereinbarung in einzelnen Bereichen wesentliche Verbesserungen enthalten sind. Das betrifft u. a. die Erhöhung der Zuschüsse für die Betreuung in den Kindertagesstätten (2,2 Millionen Euro für Leipzig), für die Kultur (3,5 Millionen Euro für Leipzig) sowie für 2005 eine einmalige kommunale Investitionspauschale von 50 Millionen Euro für die Kommunen im Freistaat.

**Dringender Handlungsbedarf bleibt in folgenden Feldern:**

- Der Freistaat muss sich im höheren Maße an der Finanzierung des Landeswohlfahrtsverbands beteiligen.
- Der Freistaat muss die den Kommunen zugesagten Bundesmittel für „Hartz IV“ ungekürzt durchreichen.
- Außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes ist den Kommunen jährlich eine besondere ungebundene Investitionspauschale vorzuhalten.
- Der Finanzausgleich für kreisfreie Städte bedarf einer Neuregelung.
- Förderquoten und Fördertatbestände müssen überprüft werden, um kommunale Investitionen besser zu ermöglichen, wenn Eigenanteile fehlen.

Wenngleich die Hauptursachen für die Finanzkrise bei Bund und Land zu suchen sind, bleiben hausgemachte Gründe: **Leipzig hat über Jahre hinweg, über seine Verhältnisse gelebt.** Es galt das Prinzip Hoffnung! Ein Großprojekt nach dem anderen wurde begonnen, ein Event nach dem anderen fand statt. Erhebliche Mehraufwendungen für Bauprojekte konnten anscheinend ohne größere Probleme ausgeglichen werden. Es musste der Eindruck entstehen, dass Leipzig aus dem Vollen schöpfen kann. Seit langem kritisieren wir diesen Politikstil. Natürlich muss man sich in der Stadtpolitik hohe Ziele stellen, um langfristig voranzukommen. Dazu braucht man ein Leitbild. Erst dann können und müssen Prioritäten und Nachrangigkeiten in der Kommunalpolitik auch für den Haushalt bestimmt werden.

**Den Abbau von 440 Stellen lehnen wir ab.** Nicht nur wegen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote in Leipzig, vor allem wegen der damit verbundenen Leistungsverdichtung und dem Abbau von Leistungen auch im Bereich der Daseinsvorsorge.

Angesichts der komplizierten Haushaltslage unterstützen wir die Aufnahme von Verhandlungen für einen beschäftigungssichernden Tarifvertrag, auch wenn Ar-

beitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich keine dauerhaften Lösungen sind. Als Ergebnis soll der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen stehen. Dabei muss man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine mittel- bzw. langfristige Perspektive geben.

Wir erklären zum wiederholten Male, dass wir **jegliche Privatisierungen, auch Teilprivatisierungen von Bereichen der Daseinsvorsorge ablehnen**. Hinzu kommt, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Tafelsilber nicht verkauft werden darf! Private Beteiligungen machen nur Sinn, wenn damit die strategischen Positionen der Unternehmen gestärkt werden. Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen, die nicht mehr erforderlich sind, sollten abgegeben werden.

## Stadthaushalt **Anspruch** und **Wirklichkeit**

KERNGEDANKEN VON **LOTHAR TIPPACH**,  
PDS-FRAKTIONS-VORSITZENDER IM LEIPZIGER STADTRAT

Der Haushaltsentwurf ist in das „Mittelfristige Haushaltssicherungskonzept 2005–2007“ eingebettet. In diesem Zusammenhang wurde die Anhebung der **Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer** durch den Oberbürgermeister vorgeschlagen. **Dies lehnen wir aus zwei Gründen ab.** Bei der Erhebung von Abgaben ist nach der Sächsischen Gemeindeordnung Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kräfte der Abgabepflichtigen zu nehmen. So steigen durch die beabsichtigte Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B die Betriebskosten. Seit 1995 stieg die Gesamtmietbelastung und das bei stagnierendem Einkommen. Daneben wollen wir daran erinnern, dass der Stadtrat auf Antrag der PDS-Fraktion mit dem Nachtragshaushalt 2003 eine Begrenzung der Anhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B beschlossen hat. Spätestens ab 2006 sollten die Hebesätze mindestens wieder auf das Niveau von 2002 gesenkt werden. Dies sollte über ein mittelfristiges Konzept, das bis zum 17. September 2003 vorzulegen war, erfolgen. Das geschah jedoch nicht.

**Erstrangiger Schwerpunkt** ist die **kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**. Die arbeitsmarktpolitische Verantwortung liegt in Brüssel, Berlin und Dresden. Trotz dieser Situation, gibt es kommunalpolitische Handlungsspielräume.

Besonderes Gewicht ist der Industriepolitik beizumessen. Wir erwarten, dass sich die Verwaltungsspitze auch künftig konsequent für den Erhalt und die Entwicklung der regionalen Unternehmen einsetzt. Ein Schwerpunkt ist für uns die Förderung von Innovationen.

Die Beschäftigungspolitik befindet sich im Zusammenhang mit Hartz IV im Umbruch. Hartz IV greift in einer Weise in die Lebenslagen von rund 60 000 Leipzigerinnen und Leipzigern ein, wie es noch vor Jahren unvorstellbar schien. Armut wird in unserer Stadt sichtbar zunehmen. Unsere Generalkritik an Hartz IV besteht darin, **dass sich der Druck auf Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose beträchtlich erhöht, ohne wirkliche Aussicht auf neue existenzsichernde Arbeitsplätze zu haben.**

**Verlässliche Bedingungen für die Jugendhilfe** herzustellen, ist eine von vier zentralen Forderungen, die der 2. Sächsische Kinder- und Jugendbericht aufgestellt hat. Der Zerstörung geplanter Strukturen und einer kurzfristigen Einsparung an Personal im Bereich Jugendhilfe werden wir uns weiterhin widersetzen. Deshalb beantragen wir auch für das Jahr 2005, keine Kürzungen im Bereich der Förderung der freien Träger der Jugendhilfe vorzunehmen. Die geplante Streichung von mehr als 25 Stellen führt dazu, dass die beschlossenen Fachstandards stark untergefahren werden. Es reicht eben nicht aus, die Häuser auf- und zuzuschließen, sie müssen auch entsprechend den Interessen der Kinder und Jugend-

lichen mit inhaltlichen Angeboten genutzt werden. Sehr kritisch sehen wir die Finanzierung im Bereich „Hilfen zur Erziehung“. Wir denken, dass die Mittel am äußersten Limit geplant sind. Wir haben die Befürchtung, dass aufgrund des finanziellen Drucks in diesem sensiblen Bereich Leistungsangebote nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung stehen.

Sehr zu begrüßen ist, dass in Leipzig alle Kinder einen **uneingeschränkten Zugang zu Kindertagesstätten** haben. Damit setzt die Stadtverwaltung den politischen Willen des Stadtrates und der Eltern um. Die PDS-Fraktion hat hier einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet. Doch ist der Bedarf, insbesondere bei den Kindern unter drei Jahren, nicht gedeckt. Hier bedarf es weiterer, auch investiver, Anstrengungen.

Der **Sanierungstau** bei den Kindertagesstätten ist nach wie vor dramatisch. Wir sehen es deshalb als positiv an, dass in diesem Jahr das Investitionsvolumen gegenüber dem vergangenen Jahr auf ca. 4,6 Millionen Euro erhöht wird. Mindestens dieses Investitionsvolumen muss auch in den nächsten Jahren bereitgestellt werden. Die Sanierung von Schulen ist gleichfalls dringend. Die bauliche Sanierungsbedarf von Turnhallen und Schulen spitzt sich zu. Lag der Durchschnittsplanansatz pro Schule im Jahr 2000 in der Unterhaltung baulicher und technischer Anlagen noch bei 61 000 Euro, so liegt er 2005 bei 30 950 Euro. Wir haben die Festlegung entsprechender Sanierungsmittel beantragt.

Die Einführung neuer Lehrpläne erfordert neue Lehrbücher; ein neuen Unterrichtsfach und andere Fachkabinette. Das war und ist der Staatsregierung bekannt, aber **die Geldmittelausstattung für diesen Prozess wird den Kommunen überlassen.**

Vor drei Jahren rühmte sich die Verwaltung, dass es Möglichkeiten gibt, die Mobilität von Kindern mit starken körperlichen Behinderungen zu verbessern. Nun kürzt sie in der Albert-Schweitzer-Schule zwei Kraftfahrerstellen und will die schuleigenen Fahrzeuge verkaufen. Wir fordern den Erhalt dieser Betreuungsleistung.

Hinsichtlich der sozialen Infrastruktur

wird es zu weiteren Leistungseinschränkungen kommen. Zu erinnern ist an die erhebliche Kapazitäts- und Personalreduzierung im Bereich der kommunalen Altenpflege. Angesichts zunehmenden Rat- und Hilfebedarfs halten wir eine weitere Reduzierung der Vereinsförderung im Sozialbereich für nicht mehr hinnehmbar. Wir wenden uns auch erneut gegen die beabsichtigte Schließung der kommunalen Schwangerschaftskonfliktberatung und anderen Stellenkürzungen im Gesundheitsbereich.

**L**eipzigs Kulturerbe in Höhe von rund 100 Millionen Euro kann sich im Vergleich mit anderen deutschen Städten durchaus sehen lassen. **Die kommunale Kulturpolitik ist allerdings nach wie vor stark auf die Leuchttürme der Leipziger Hochkultur fixiert.** Während beispielsweise fünf kulturelle Eigenbetriebe mit etwa 71,5 Millionen Euro fast 4,5 Millionen Euro mehr als 2004 erhalten, werden die Fördermittel für die Vereine der Basiskultur wieder um 10 Prozent gekürzt. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Vereinskürzungen zurückzunehmen. Für viele Einrichtungen ist nach jahrelangen Einsparungen an der Substanz und enormer Selbstausschöpfung die Schmerzgrenze erreicht.

Nachdem vor einem Jahr als Kompromiss das **Bibliotheksentwicklungskonzept** beschlossen wurde, wurde es immer wieder infrage gestellt. Deshalb fordern wir die Einhaltung der Festlegungen dieses Konzeptes.

Vor diesem Hintergrund benötigt Leipzig im Rahmen der Diskussion zur strategischen Kommunalpolitik endlich eine prinzipielle **Debatte über den künftigen Stellenwert der Kultur im Leitbild der Stadt**. Die von OBM Tiefensee immer wieder eingeforderte „europäische Geltung“ Leipzigs existiert – wenn überhaupt – nur im Bereich Kunst und Kultur. Sie ist auch auf lange Sicht nur dort weiter ausbaubar. Die Diskussionen und Beschlüsse der letzten Jahre wurden diesem Stellenwert allerdings nicht gerecht. Während in anderen sächsischen Städten mit Hilfe der Kulturentwicklungsplanung begonnen wurde, auf die gravierenden Veränderungen in den bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen zu reagieren, steht in Leipzig die Ausarbeitung eines zukunftsfähigen Kulturprofils noch aus. Die PDS-Fraktion beantragte daher die Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes im breiten demokratischen Diskurs.

Alle Dezernate und Ämter sollten den **Stadtumbau als eine der wesentlichsten sozialen Aufgaben** begreifen. Dass dies nicht der Fall ist, erkennt man im Haushalt: Es ist kein Euro für Grünau, kein weiteres Geld für die Urban-Gebiete eingestellt. Damit verzichtet die Stadt auf Fördermittel in Höhe von 21 Mio. Euro. Im Gegensatz zum Ausbau von Straßen spielt es für die Verwaltung keine Rolle, dass Finanzierungsmöglichkeiten mit teilweise unter 10 Prozent Eigenmitteln gegeben sind. Um dies zu korrigieren, haben wir einen Antrag gestellt. Der Betrag von 1,5 Millionen Euro ist für uns die unterste Grenze.

Grundsätzlich werden wir weitere Großvorhaben ablehnen, solange der Haushalt defizitär ist. Die vorhandenen Mittel müssen vor allem für die Sanierung der technischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur eingesetzt werden.

**Siehe auch auf Seite 4:  
Schwarz-gelb-grüne Rechenkünstler**

Offenbar breitet sich unter einigen Leipziger Stadträten angesichts der fatalen Haushaltlage und der bevorstehenden Haushaltsbeschlussfassung eine hektische Aktivität aus. Die PDS-Fraktion erklärte zu jüngsten Vorschlägen:

Eine neue schwarz-gelb-grüne Koalition hat sich im Stadtrat mit einem Vorschlag zum mittelfristigen Haushaltssicherungskonzept zu Wort gemeldet. Diese Vorstellungen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass bei näherer Betrachtung am Thema vorbei agiert wurde. Deshalb Note „sechs“!

1. Es sollen durch einen vorgezogenen Stellenabbau bis zum 31. 12. 2005 660 Stellen anstatt 440 Stellen abgebaut werden. In der Folge geht man von zusätzlichen Personalkosteneinsparungen aus. Richtig ist jedoch, dass es nur durch einen beschäftigungssichernden Tarifvertrag zu der im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Personaleinsparung im Jahre 2005 kommt. Ein Vorziehen des Stellenabbaus für die Jahre 2006 und 2007 führt zu einer zusätzlichen Haushaltsbelastung bis 2007 in Höhe von etwa 10 Millionen Euro. Abgesehen davon wird damit das Pferd von hinten nach dem Motto aufgezäumt: Erst Stellen weg und dann sprechen wir über

## Schwarz-gelb-grüne Rechenkünstler

einen Aufgabenwegfall! Bei näherer Betrachtung bleibt die Vermutung, dass die Verursacher dieser Rechenkünste im Zeitraum bis 2007 nicht 660 Stellen, sondern 880 Stellen abbauen wollen. Damit würde die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung nicht nur weiter eingeschränkt, sondern in Frage gestellt. Wer das will, soll das auch sagen! Auch werden die Tarifverhandlungen zur Arbeitszeitverkürzung durch ein solches Vorgehen stark belastet!

2. Es sollen 10 Millionen Euro in der Kultur durch Kürzung und/oder Schließung von Spielstätten zusätzlich eingespart werden. Welche Schließung von Spielstätten die schwarz-gelb-grünen Koalitionäre im Sinne haben, ist nur zur vermuten. Oper und Gewandhaus offensichtlich nicht. Hier soll das derzeitige künstlerische Niveau erhalten werden. Soll etwa das Schauspielhaus zur Disposition gestellt werden? Auf alle Fälle will die CDU im Wirtschaftsplan des Schauspielhauses 2004/2005 schon einmal zusätzlich 195 000 Euro einsparen. Wir fordern die Koalitionäre auf,

aus der Deckung zu gehen und zu sagen, was sie wollen!

3. Es wird weiter davon ausgegangen, dass durch die zusätzlichen Mittel aus dem Dresdener Koalitionsvertrag Eigenmittel frei werden. Diese sollen zur Entschuldung verwendet werden. Auch hier hätte ein Blick in das „Mittelfristige Haushaltssicherungskonzept“ genügt, um festzustellen, dass bei der Berechnung des zu deckenden strukturellen Haushaltsdefizits von 92 Millionen Euro rund 6 Millionen Euro eingerechnet worden sind. Ansonsten betrüge das Defizit 98 Millionen Euro.

Die PDS-Fraktion erwartet, dass der Oberbürgermeister einen Vorschlag unterbreitet, wie die Lücke, die durch die Beibehaltung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer entsteht, geschlossen werden kann. Wir werden uns konstruktiv und solide an der Diskussion beteiligen. Dazu gehört unser Vorschlag zur Einführung von Leistungsfinanzierungsverträgen für Eigenbetriebe und Gesellschaften, die allgemeine Haushaltszuschüsse erhalten. Bei uns bleibt „2 plus 2 gleich 4“.

## Absurditäten Leipzig 2004

Beim Sichten meiner gesammelten Materialien für die jährliche LN-Skandalchronik entdeckte ich einiges, das womöglich auch ins Reich der Skandale, mehr aber noch ins Reich des Absurden gehört:

**KEIN SCHLUPFLOCH.** Nach Insolvenz und Liquidation des Traditions-Fußballklubs VfB Leipzig am 21. April gibt es einen Neubeginn des Fußballs in Leipzig-Probsteida mit dem FC Lok Leipzig, dessen Männermannschaft aber nun nach dem Reglement seinen Spielbetrieb auf der untersten Ebene anfangen muss: in der 3. Kreisklasse. Nachdem die Kooperation mit Sachsen-Leipzig vom Tisch war, hatte einer die Idee, man könne den Weg nach oben verkürzen durch eine Fusion mit dem Leipziger Bezirksligisten SSV Stötteritz. Eine Woche nach dem Ende des VfB saßen beide Klubs am Tisch, aber die Pläne wurden bald auf Eis gelegt. „Wir haben Vorstellungen ausgetauscht, mehr nicht“, sagte der SSV-Schatzmeister, und der Lok-Vorsitzende resümierte: „Ein Kennenlernen beim Kaffee, das war's.“

**MINUS BEIM MÜLL.** Im August tönte es freudig aus dem Abfall-Zweckverband Westsachsen, der Rückgang bei den Müllmengen in den letzten Jahren, verursacht durch die Einführung der Gelben Tonne, sei jetzt offensichtlich gestoppt. Geschäftsführer Bauerfeind zeigte sich erfreut über die deutliche Zunahme der Mengen an Restmüll. Anscheinend hätten die Leute genug von der Mülltrennung. Auch in anderen Bundesländern gäbe es diese Tendenz. Jetzt rechnet sich's wieder. Nun scheinen auch – mit sozusagen verpfändeten Müllmengen – die Kredite für den Bau einer neuen Abfallbehandlungsanlage in Cröbern gesichert. Ein weiterer dramatischer Rückgang hätte ernste Finanzierungsprobleme gebracht.

**MENSCHENWERKSTATT.** Elmar Keller, kaufmännischer Vorstand des Gesundheitskonzerns Universitätsklinikum, setzte in der LVZ die medizinische Einrichtung hinsichtlich ihrer Arbeitsabläufe Wirtschaftlichkeit grundsätzlich mit einer Autowerkstatt gleich und löste damit einen Sturm der Entrüstung aus. Es war Sache von 58 Ärzten, Schwestern und weiteren Mitarbeiter des Klinikums, vor solcher Diktion und dahinter stehenden Einstellungen zu warnen. Sie wollen versuchen, auch weiterhin alle als Patienten, als Menschen zu betreuen, trotz wirtschaftlicher Beschneidungen einen vernünftigen Klinikbetrieb aufrecht zu erhalten und den Kranken menschliche Wärme zukommen lassen.

• K. R.

Das Bürgerbüro von Dr. Dietmar Pellmann wünscht allen Leserinnen und Lesern ein friedliches Weihnachten sowie einen guten Start ins Jahr 2005 und bedankt sich zugleich für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2004.

MdL Dr. Dietmar Pellmann

Reinhard Grützner

[www.dietmar-pellmann.de](http://www.dietmar-pellmann.de)



### Traumjob Komparse?

Rund 5000 Leute waren zum Casting ins Hotel „Westin“ für den Film „Flightplan“ gekommen, der auf dem Flughafen Halle-Leipzig gedreht werden soll, um sich für eine der 1000 Komparsenrollen mit 120 Euro Gage zu bewerben.

Vielleicht waren es die gleichen Leute, die sich zwei Wochen zuvor bei DHL bewarben, um nach der Ansiedlung des fliegenden Postboten in vier Jahren auf dem gleichen Flughafen Briefe und Pakete umzuladen. Oder die gleichen, die vorige Woche unter den Wartenden auf der Leipziger Arbeitsagentur saßen. Was wohl die wenigsten wollten: „den Duft von Hollywood schnuppen“ (LVZ).

• L.

## So spielten wir in der DDR

DDR-Museum zwischen Völkerschlachtdenkmal und Friedhofsweg 1A

Anfang November wurde das erste DDR-Spielzeugmuseum in Leipzig-Stötteritz eröffnet. Der gemeinnützigen Verein



Mehrweg e.V. feierte mit Oma und Enkel, Onkel und Tante ein Kinderfest. Das einmalige Museumsprojekt ist als Begegnungs- und Bildungsangebot konzipiert. Alle Projekte des Vereins, die unter dem Motto *Mit/Menschen auf dem Weg!* stehen, haben hier eine Adresse bekommen.

Die feierliche Eröffnung wurde in Kooperation mit der IG Popp (Leipzig) und dem Zentrum für Integration e.V. vorbereitet. Für ein Kinderprogramm mit Kuchen und Brause war gesorgt worden. Die Gruppe *cabeljau* spielte auf. Es gab Führungen durch das Haus und man konnte sich mit Hilfe verschiedener Informationsstände ein Bild z. B. von der eigenen Kindheit machen. Die Kinder von heute bekamen die Möglichkeit zum Spielen, Basteln und Schminken wie anno dazumal in der DDR.

Die erste Ausstellung in diesen Räumen steht unter dem Motto *Alles aus Holz.*



Vergessen sei nicht der Märchenonkel! Er erzählte *Vom Mann auf einem Bein und anderen Verrücktheiten.*

Viele Besucher nutzten die Gelegenheit, um Spielzeug aus längst vergangenen Zeiten zu stiften, wie z. B. ein *Mikado* (ehrende Bezeichnung des japanischen Kaisers). Die stark abgegriffene Außen-

hülle zeigt, dass das Spiel viel benutzt worden ist. Die Stifter sagten: „Es war eine schöne Zeit und wir sind froh, dass wir die wenige Freizeit mit unseren drei Kindern aktiv gelebt haben. Das Spielen gehörte dazu!“

Text und Fotos:  
JÖRN F. SCHINKEL

Von **MANFRED BOLS**

Nach wohlgesetzten Worten und sicher auch für viele interessanten Ausführungen der Professoren Dr. Thomas Druyen (Universität Münster) und Dr. Dr. Ortrun Riha (Universität Leipzig) über Fragen des Alterwerdens, trat am 25. November auch eine kleine schmale Ärztin aus der Zuhörerschaft ans Mikrofon und berichtete über die Sorgen ihrer Patienten/innen in der Reha-Abteilung für alte Menschen des Krankenhauses St. Georg. „Bei meinen Alten dominiert der Kampf um die Pflegestufe. Immer wieder erfolgen Ablehnungen durch die Kassen. Diese Menschen haben kaum Zuwendung, kein Geld und empfinden die soziale Kälte der Gesellschaft besonders stark. Auf eine Umfrage im Krankenhaus: ‚Wie kommen Sie mit ihrem jetzigen Leben zurecht?‘ antworteten 80 Prozent: ‚Nein, ich komme nicht zurecht.‘“

Ein weiterer Diskussionsredner, der Rentner Helmut Thomas, forderte: „Es müssen endlich Lösungen gefunden werden für die zukünftigen Rentner, damit diese in sozialer Sicherheit und Zufriedenheit leben können.“ Eine Pflegerin informierte über eine Tagung der Leipziger Pflegedienste, wonach 86 Prozent der Unternehmen vor dem Konkurs stünden.

Die plötzlich einsetzende Bewegung unter den zirka 150 Zuhörern und eine gewisse Ratlosigkeit auf dem Podium bewiesen, dass der Kern des Themas angesprochen worden war, die Gefahr der Altersarmut, vor allem in den östlichen Bundesländern.

### Zunehmende Ignoranz durch die Politik

In den letzten Jahren hat überall in der Öffentlichkeit eine hitzige Debatte über die Ergebnisse demographischer Untersuchungen eingesetzt, die eine zunehmende Überalterung der Gesellschaft voraussagen. „Vergreisung“, „Rentnerschwemme“, „Verteilungskampf“, „Generationenkrieg“ – der Streit um die Versorgung der Alten bringt auch Vokabeln hervor, die Chancen auf das Unwort des Jahrzehnts hätten.

Die zunehmende Lebenserwartung der Menschen wird im Zusammenhang mit der Veränderung der Altersstruktur und dem anhaltenden Geburtenrückgang in der heutigen Krisensituation, die gekennzeichnet ist durch steigende Arbeitslosigkeit, in erster Linie als soziale Bedrohung der Gesellschaft empfunden. Wirtschaftsexperten berechnen die Kosten für das Rentensystem und die Pflegeversicherung und sagen den

# Am Horizont das Gespenst der Altersarmut

Im Festsaal des Neuen Rathauses referierten und diskutierten Experten über das „Neue Bild des Alters in der Gesellschaft“

Zusammenbruch der Sozialsysteme voraus. Dabei ist es eine allgemein gesicherte Erkenntnis, dass das Altern nicht ein Prozess ist, der schicksalhaft geschieht, sondern ein Prozess, der in starkem Maße gesellschaftlich und individuell beeinflussbar ist. Fortschritt und Qualität einer Gesellschaft zeigen sich auch darin, wie sie in der Lage ist, den Alten einen sozial gesicherten Lebensabend zu ermöglichen.

Wie ist es damit in der Bundesrepublik bestellt?

Prof. Thomas Druyen, der während seines Vortrages vor allem aus seinem Buch: „Olymp des Lebens“ las, sprach von zunehmender Ignoranz von Politik und Gesellschaft gegenüber dem Problem der Überalterung und seinen Folgen. Eine latente Altersdiskriminierung wäre allgegenwärtig, dem Alter würden Perspektiven abgesprochen. Auf der anderen Seite wird versucht, aus den demographischen Veränderungen Kapital zu schlagen. Das Alter wird zur Krankheit erklärt, die behandlungsnotwendig ist und eine unsinnige Anti-Aging Kampagne entwickelt zur Bekämpfung der „Folgen“. Die Lösung des Konfliktes sieht er nebulös in einem neuen Wertesystem, in dem der Bürger die Freiheit genießt, persönlichen Willen und Gestaltungskompetenz einzubringen, um Einfluß auf seine Zukunft zu nehmen. Auf diesem Wege müssten neue Rahmenbedingungen für ein besseres Leben der Alten geschaffen werden.

### Hauptverantwortlich ist die Gesellschaft

Sozial gesichert altern und altersgemäß leben – das scheinen mir, auf einen kurzen Nenner gebracht, die beiden wichtigsten Bedingungen für ein würdiges und erfülltes Leben im Alter, die zwei Seiten der Medaille, zu sein. Für das erstere, das gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für das zweite bildet, ist vor allem die Gesellschaft verantwortlich, für das zweite der Einzelne, das Individuum. Für die neuen Rahmenbedingungen ist in erster Linie der Staat verantwortlich. Der Rentner Hel-



mut Thomas bezeichnete in der Veranstaltung die Bundesrepublik als eine reiche Gesellschaft. 755 000 Millionäre gäbe es in Deutschland und Prof. Druyen ergänzte später – „und 50 Milliardäre“.

Die Voraussetzungen, allen alten Menschen ein sozial gesichertes Altern zu ermöglichen, sind in Deutschland also grundsätzlich vorhanden, aber das aktuelle Grundelement des Staates heißt Kürzung. Im Jahre 2005 gibt es bei den Renten erneut eine Nullrunde, während die Lebenshaltungskosten weiter steigen. Dagegen haben die Sozialverbände bereits Proteste und Klagen angekündigt. Wird das Jahr 2005 zu einem Jahr der Rentnerproteste?

### Ostdeutschland am härtesten betroffen

In den westlichen Bundesländern sind die Auswirkungen von Kürzungen weniger erheblich, als im Osten. Viele Ruheständler leben zusätzlich von Betriebs-

renten, besitzen Vermögen oder Immobilien. In Nordrhein-Westfalen verfügt der durchschnittliche Seniorenhaushalt z. B. über ein Nettoeinkommen von 2550 Euro im Monat. 87 Prozent der Rentner haben Barvermögen, 62 Prozent Haus und Grund. Dort leben auch die reichsten Alten aller Zeiten, die sich alles leisten können und für die der Begriff des „Woopy“ (Well off Older People) geprägt wurde.

In den östlichen BL gibt es kaum zusätzliche Quellen und die meisten, früher erworbenen Zusatzrentenansprüche werden nicht anerkannt. Auch Prof. Thomas Druyen schreibt: „Die Lage der alten und älteren Menschen im Osten Deutschlands ist gemessen an Einkommen, Vermögen und Wohnsituation deutlich schlechter als im Westen.“ Hier also droht die Altersarmut Massencharakter anzunehmen, vor allem dann, wenn der Staat, wie absehbar, versuchen wird, sich seiner Fürsorgeaufgabe zu entziehen, indem unter dem

Deckmantel der Forderung nach mehr Eigenverantwortung die Privatisierung und Kommerzialisierung der Sozialsysteme betrieben wird. Das alles erzeugt Ängste bei den alten Menschen, denen unterschwellig die Verantwortung für die Situation zugeschoben wird, die sich als Belastungsfaktoren im alle Bereiche des Lebens durchdringenden Konkurrenzkampf sehen. Kein Wunder, dass die Angst vor dem Altern und vor allen seinen Folgen zunimmt.

### Offene Altenarbeit kann nicht alles

In Leipzig versuchen 14 Seniorenvereine, zahlreiche konfessionelle Projekte und zirka 40 Begegnungsstätten soziale Hilfe in vielen Bereichen zu leisten. Die Idee und Initiative für die hier besprochene Veranstaltung ging zum Beispiel von der Beauftragten für Senioren der Stadt, Kathrin Motzer, aus. Der Seniorenbeirat der Stadt, deren Vertreterin, Irmgard Gruner, im Festsaal ein optimistisches Bild der Situation der Alten in der Stadt zeichnete, leistet eine aktive und vielschichtige Arbeit. Nachzulesen ist das in der Broschüre „Bild des älteren Menschen“, die es kostenlos im Rathaus gibt, und die viele Empfehlungen für ein altersgemäßes Leben enthält.

Altenarbeit kostet aber zunehmend Geld. Trotzdem wurden die Fördermittel der Stadt von 935 000 Euro auf 850 000 Euro gekürzt, was einen Ansturm der Seniorenvereine in der Sprechstunde des Oberbürgermeisters zur Folge hatte.

Dabei werden die Anforderungen immer höher. 119 mal hätte sich Kerstin Motzer in diesem Jahr auf den Weg machen müssen, um allen Bürgern, die über 100 Jahre alt sind, persönlich zum Geburtstag zu gratulieren. 1993 wären es „nur“ 32 Besuche gewesen.

Viele Analysten verweisen bei der Betrachtung der Lage auf die Möglichkeit der 20 Millionen Rentner, mit ihrer Wahrscheinlichkeit Einfluss auf die Besserung ihrer Situation zu nehmen.

Doch berechnete Forderungen können erfahrungsgemäß nur im öffentlichen Protest durchgesetzt werden. Der Mensch hat Anspruch auf die staatliche Daseinsfürsorge. Er hat sich diesen ein Arbeitsleben lang erworben. Auch wenn ohne die grundsätzliche Lösung der Eigentumsfrage, ohne die Aufhebung der ungerechten und ungleichen Verteilung von Eigentum ein zufriedenstellendes Zusammenleben der Menschen schwer vorstellbar ist – die Forderung nach Einführung einer nach Einkommen abgestuften Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle einzahlen und die vom Staat notfalls aus Steuermitteln subventioniert wird, ist eine grundsätzliche Alternative.

Es ist zu hoffen, dass das „neue Bild des Alters“ nicht das der Altersarmut sein wird.

### Analysten errechneten, dass

- zwischen 2010 und 2020 ein Drittel mehr Menschen in Deutschland in den Ruhestand treten, als neue Erwerbstätige hinzukommen;
- bis 2050 die Zahl der Erwerbstätigen von 51 auf 40 Millionen sinkt, die Zahl der Einwohner (mit Einwanderern) auf 75 Mill.;
- im Jahre 2050 das Verhältnis Erwerbstätige – Rentner 100 : 80 betragen wird und sich damit gegenüber heute verdoppelt;
- im Jahre 2050 der Anteil der über 60-Jährigen 38 Prozent betragen könnte;
- 2050 die Geburtenrate pro Frau 1,4 Kinder beträgt;
- bis 2040 die Zahl der Pflegebedürftigen von jetzt 1,5 auf 2,9 Millionen wächst;
- es 2050 2 Millionen Alzheimerkranke geben soll.



## Stecknadeln mit kleinen Köpfen

Zu der Übereinkunft der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung über die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung erklärte der PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Dietmar Pellmann:

*Während des Landtagswahlkampfes hatte Sozialministerin Helma Orosz angekündigt, bis Ende des Jahres bei der Überwindung des drohenden Ärztemangels Nägel mit Köpfen machen zu wollen. Herausgekommen sind lediglich Stecknadeln mit winzigen Köpfen. Denn die Übereinkunft, die sich zunächst lediglich auf den Kreis Torgau/Oschatz bezieht, ist bestenfalls ein allererster Schritt zur Überwindung des drohenden Ärztemangels in Sachsen. Zwar wird damit ein schon vor Jahren von der PDS-Landtagsfraktion unterbreiteter Vorschlag nach Gewährung einer Art Landarztzulage aufgegriffen, diese bewegt sich jedoch weit unter der von Frau Orosz vor Jahresfrist selbst in die Debatte gebrachte Summe. Für eine Abwendung des fortschreitenden Ärztemangels reicht sie keinesfalls aus. Die PDS-Fraktion bleibt bei ihrer wiederholt geäußerten Forderung, dass sich der Freistaat angemessen an der Finanzierung einer Starthilfe für Ärzte beteiligen muss.*

# Porsch antwortet Milbradt: „Sie begegnen der Zukunft mit Politkitsch“

LN. Auf die substanzlose Regierungserklärung von Ministerpräsident Georg Milbradt im Landtag reagierte PDS-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Peter Porsch souverän mit konstruktiven Ideen zur Zukunft Sachsens und mit bitterer Ironie: „*Alles, soll noch attraktiver werden. Es muss uns noch besser gelingen, das nannten wir früher den sozialistischen Papperlativ. Ich stelle fest, der Papperlativ ist gar nicht systemgebunden.*“

Milbradt sprach von einem notwendigen zweiten Aufbruch. Dazu Peter Porsch: „*Da muss mit dem ersten in den letzten Jahren einiges schief gelaufen sein. Den Erwartungen auf Konzepte für die Zukunft begegnen Sie mit Politkitsch.*“ Der Ministerpräsident erbeuge sich einer Zahlenmagie mit Steigerungsraten, die kaum einen Arbeitsplatz schaffen. Politikverdrossenheit sei die Folge. Nationalismus und Fremdenfeind-

lichkeit drohten sächsische Toleranz und Weltoffenheit abzulösen.

Der Ministerpräsident möge endlich zur Kenntnis nehmen, was die Landtagswahlen zutage gebracht haben: Im Lande sei eine neue politische Situation entstanden sei, geschuldet der Landespolitik der CDU, die seit Jahren nur einen Problemstau verwaltet, und einer Bundespolitik, die unter dem Beifall der Unternehmerverbände mit dem Sozialstaat aufräumt.

Sachsen stünde heute vor neuen Möglichkeiten politischer Partnerschaften, aber auch vor neuen Gefahren. „*Rechts ist inhaltlich definiert: nationalistisch, leitkulturneurotisch, demokratiefeindlich ... Das alles keimt und wächst auch in der Mitte der Gesellschaft.*“

Die Koalitionsvereinbarung wertete Porsch als „*längst überholtes konservatives Programm*“, das politische Gestaltungsmacht

mit Wirtschaftsmacht verwechselte, und diese werde einzig an Wachstum gemessen.

Auf das langfristige Entwicklungskonzept der Landes-PDS für Sachsen verweisend, erklärte Porsch, Alternativen brauche das Land vor allem für die Entwicklung eines modernen Bildungssystems, für eine solche Entwicklung der Wertschöpfung, die deutlich mehr als bisher neue Arbeitsplätze schafft, für die Beherrschung der demografischen Entwicklung, für die Gestaltung der Sozialpolitik sowie für seine demokratische und bürgernahe Verfasstheit. Milbradts „*Die Wirtschaft ist unser Schicksal*“ könne nicht heißen, die Aufgaben der Politik einzig darin zu sehen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen. Vielmehr müsse sie dafür sorgen dass Wirtschaftstätigkeit und wirtschaftlicher Erfolg allen nutzbar gemacht werden.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im November

### Auf der Höhe

Mit 69 941 ist die Arbeitslosenzahl im Bereich der Leipziger Agentur der bislang ab-



absolut höchste November-Wert, in Sachsen mit 379 412 der zweithöchste seit sechs Jahren (die 5700 Ein-Euro Jobs sind hier nicht mehr enthalten). Die Region hat damit 233 Arbeitslose mehr als vor Jahresfrist, Sachsen gut 6000 mehr. Leipzig behauptet mit von 18,1 Prozent Erwerbslosen weiter die zweischlechtesten Position unter den zehn Agenturen Sachsens hinter Bautzen (20,7). Der Bestand an gemeldeten freien Stellen bewegt sich in der Leipziger Behörde weiter auf niedrigstem Niveau und ist seit dem Vorjahresmonat um über 400 geschrumpft. Der Stellenzugang ging auch im November weiter zurück. Der sächsische PDS-Arbeitsmarktexperte Karl-Friedrich Zais befürchtet, dass sich die Situation durch den Abbau von Stellen im ostdeutschen Baugewerbe mit der Einführung von Ein-Euro-Jobs im Zuge der Arbeitsmarktreform Hartz IV weiter verschärft.

Die bislang unbefriedigende Situation in Leipzig bei der Einreichung der Anträge für das Arbeitslosengeld II hat sich entspannt. Bis Ende November waren von 56 600 verschickten Antragsvordrucken 31 300 eingereicht, wobei nach der Bearbeitung eines Dreiviertels davon rund 2000 Anträge abgelehnt wurden. Gegen bisher 838 ergangene Bescheide legten Antragsteller Widerspruch ein.

Laut IHK konnten in Sachsen bis Ende November 680 mehr Lehrverträge abgeschlossen werden als im Vorjahr. • G. L.

## SSS im Untergrund

LN. Das Landeskriminalamt führte in 29 Wohnungen eine Razzia gegen Mitglieder der 2001 verbotene Neonazi-Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) durch, die im Untergrund weiter aktiv ist. Ein Rädelführer wurde festgenommen, Computertechnik, Daten und Propaganda-Material wurde sichergestellt. Für Empörung sorgte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Leichsenring, der die Polizeiaktion als unverhältnismäßiges Vorgehen gegen „nationale Jugendliche“ kritisierte und sich damit zu der kriminellen Vereinigung bekannte.

## Motor Tourismus

LN. In Schneeberg, das von der Schließung seines Bundeswehrstandortes wirtschaftlich stark betroffen ist, berieten PDS-Politiker mit örtlichen Vertretern – Bürgermeister, dem Chef des örtlichen Tourismusvereins und dem Geschäftsführer des Schlemaer Gesundheitsbades – über die Zukunft der Region. Sie stimmten darin überein, dass die Tourismuswirtschaft in der Erzgebirgsregion bei beseren Rahmenbedingungen, besonders dem Ausbau der Infrastruktur, in der Lage sei, einen wichtigen Beitrag für neue Arbeitsplätze zu leisten.

## Kita nicht ganztags

LN. Die CDU/SPD-Mehrheit im Sozialausschuss wie auch im Haushaltsausschuss des Sächsischen Landtags lehnte einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten ab, wie ihn ein Entwurf der PDS-Fraktion vorsah. Der Landtagsabgeordnete Falk Neubert erklärte dazu, die Gesetzesnovelle seiner Partei sollte einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kita- und Hortbetreuung bis zum Ende der Grundschule sichern und Zugangsbeschränkungen, wie sie in einigen Territorien bereits erfolgten, Einhalt gebieten.

### 24. November

**Berlin.** Das Landgericht verbietet die Aufführung von Hauptmanns „Die Weber“ in der Inszenierung am Staatsschauspiel Dresden, weil in sie Texte eingefügt wurden, in denen Politiker und Moderatorin Christiansen angegriffen werden.

### 25. November

**Zwickau.** Mit einem 15-stündigem Streik protestieren die Mitarbeiter der Städtischen Verkehrsbetriebe gegen die vom Stadtrat beschlossene Privatisierung des des Unternehmens. Sie befürchten den Abbau von Arbeitsplätzen.

### 26. November

**Dresden.** Der Landesvorstand wählt Michael Kretschmer zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Sachsen.

### 1. Dezember

**Bautzen.** Der kanadische Bahntechnik-Konzern Bombardier will in Deutschland bis 2006 850 Arbeitsplätze streichen, darunter 48 in Bautzen.

**Dresden.** CDU und SPD schaffen mit ihren Stimmen im Petitionsausschuss des Landtags die Bürgersprechstunden des Ausschusses ab, die erst im vergangenen Jahr eingeführt worden sind.

**Görlitz.** Gegen den Textilhersteller Görlitz Fleece wird ein Insolvenzverfahren

# SACHSEN-CHRONIK

23. November bis 13. Dezember

eingeleitet. Der Betrieb wird mit nur 92 Mitarbeitern fortgeführt, während für 179 eine befristete Beschäftigung in einer Transfergesellschaft ansteht.

### 3. Dezember

**Dresden.** Sachsen erhält vom Bund bis Ende 2005 zusätzliche 100 Millionen Euro Fördermittel. Es handelt sich um Gelder, die von anderen Ländern wegen fehlender Möglichkeiten der Kofinanzierung nicht abgerufen wurden.

**Leipzig.** Vor dem Landgericht beginnt ein Prozess um den vermutlich größten Subventionsbetrug in Ostdeutschland. Die Staatsanwaltschaft wirft zwei Männern vor, Anfang der 90er Jahre beim Bau des Stahlwerkes Lippendorf, das bald in Konkurs ging, einen Schaden von 20 bis 31 Millionen Euro verursacht zu haben.

**Torgau/Oschatz.** Freistaat, Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung vereinbaren angesichts zunehmenden Ärztemangels Zuschüsse für Hausärzte, die

sich auf dem Lande niederlassen. Die Maßnahmen sollen zunächst im Kreis Torgau/Oschatz wirksam werden.

**Waldheim.** Entgegen angekündigter Kürzungen bei der Mittelzuweisung an die Kommunen will ihnen Finanzminister Metz nach deren Protesten, die erwarteten Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer belassen. Zudem werden die Wohngeldzahlungen des Landes entsprechend dem Hartz IV-Gesetz von 35 auf 50 Millionen Euro erhöht.

### 6. Dezember

**Wurzen.** Nach den Bombenanschlägen auf das „Netzwerk für demokratische Kultur“ starten Betriebe der Stadt eine Plakataktion gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit mit der Losung „STOP – Extremisten schaffen keine Arbeitsplätze“.

### 8. Dezember

**Dresden / Torgau-Oschatz.** Die Landkreise Weißeritzkreis, Torgau-Oschatz und Sächsische Schweiz erklären, gegen

die unzureichende Finanzausstattung bei der Umsetzung des Hartz IV-Gesetzes vor Gericht klagen zu wollen.

**Dresden.** Nach Angaben des Verfassungsschutzes befinden sich unter den NPD-Landtagsabgeordneten ehemalige Mitglieder inzwischen verbotener Organisationen wie der Wiking-Jugend und des Nationalen Blocks. Mitarbeiter der Landtagsfraktion ist der wegen Volksverhetzung verurteilte Münchner „Historiker“ Karl Richter, der in der sächsischen Fraktion eine „rechte Denkfabrik“ sieht.

### 9. Dezember

**Dresden.** Der Landtag wählt die CDU-Politikerin Friederike de Haas mit 70 von 123 Stimmen zur sächsischen Ausländerbeauftragten. PDS-Kandidatin Cornelia Ernst erhält 30 Stimmen. Der Kandidat der NPD-Fraktion, die von einem „Rückkehrbeauftragten“ sprach, erhält mit 14 Stimmen – analog der Wahl des Ministerpräsidenten – zwei Stimmen mehr als die Fraktionsstärke.

### 11./12. Dezember

**Leipzig/Dresden.** Mit dem Fahrplanwechsel gehen zwischen Leipzig und Halle sowie zwischen Dresden und Pirna neue und modernisierte S-Bahn-Strecken in Betrieb.

Von **MARCEL BRAUMANN**

**Das Jahr 2004 begann politisch turbulent: Der Zentralrat der Juden und mehrere NS-Opferverbände kündigten die Mitarbeit in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten auf. Die PDS-Fraktion verlangte mit einem Gesetzentwurf die Neuausrichtung der Stiftung, damit sie, so PDS-Fraktionschef Porsch, endlich „den fundamentalen Unterschieden“ zwischen Nazi-Verbrechen und Repressionen in der DDR Rechnung trägt. Die CDU führte im Schulgesetz den Bezug auf die „christliche Tradition im europäischen Kulturkreis“ ein, Peter Porsch warnte vor „neuen Hohepriestern“ und hielt mit Lessings Nathan dem Weisen dagegen. Studentenproteste auf der Besuchertribüne gegen Stellenabbau und Schmalpurstudien sorgten für einen Eklat, und das Verfassungsgericht gab der PDS Recht, dass ihr Abgeordneter Heiko Hilker zu Unrecht von der CDU-Mehrheit des Wissenschaftsausschusses als Ausschussvorsitzender abgelehnt worden ist.**

Dem Beobachter fällt auf, dass das Parlament fast die Hälfte der Zeit gar nicht so tätig sein konnte, wie sich das der Durchschnittsbürger vorstellt. Ein Vierteljahr vor der Landtagswahl wurde die sächsische Volksvertretung nach der letzten Plenarsitzung in die Sommerpause geschickt, erst zwei Monate nach dem Urnengang am 19. September konnte sie sich wieder mit inhaltlichen politischen Themen beschäftigen. Und das auch nur deshalb, weil die PDS-Fraktion mit Gesetzentwürfen und Anträgen fast vollständig die Tagesordnung bestimmte.

Auch in der Sommerpause hatte die PDS-Fraktion unter fachlicher Federführung des Leipziger Abgeordneten Dietmar Pellmann das Heft des Handelns in der Hand und versorgte betroffene und interessierte Bürger mit zahlreichen Informationen zur so genannten Hartz-IV-Reform. Weder die Bundesagentur für Arbeit noch CDU und SPD, die im Bundesrat einvernehmlich der massenhaften Verarmung von Langzeitarbeitslosen den Weg geebnet hatten, hielten es für nötig, die Bevölkerung über die Auswirkungen dieses gesetzgeberischen Treibens rechtzeitig zu informieren. Stattdessen wurden die PDS und ihre Abgeordneten, die genau dies taten, mit Populismus-Vorwürfen überzogen. Den Vorschlag der PDS-Fraktion, auf einer Landtags-Sondersitzung gemeinsam die landespolitische Initiative für ein Aussetzen von Hartz IV zu starten, wies die CDU-Fraktion zurück, obwohl sie damals aus wahltaktischen Gründen einen Antrag mit gleichem Ziel in den Geschäftsgang des Parlaments eingebracht hatte ...

### Wahlen stärken PDS-Opposition

Dass der Populismus-Vorwurf nicht verfangt, zeigen die 23,6 Prozent bei den Landtagswahlen, mit denen die PDS zum

dritten Mal in Folge ihr bisheriges Wahlergebnis verbesserte und damit trotz des Einzugs von drei weiteren Fraktionen in den Landtag das Quorum von einem Viertel aller Mandate hielt. Damit können die demokratischen Sozialisten Sondersitzungen des Parlaments durchsetzen und mit Verfassungsklagen die Regierenden in die Schranken weisen, wenn sie Regeln der Rechtsstaatlichkeit verletzen. Die PDS-Fraktion kann weiterhin selbstständig Untersuchungsausschüsse durchsetzen, wofür ein Fünftel der Landtags-Mandate ausreicht. Wie wichtig das ist, zeigte nicht zuletzt der *Paunsdorf-Untersuchungsausschuss*, der Steuergeldverschwendung in dreistelliger Millionenhöhe zu Gunsten der Investition eines Freundes des ehemaligen Ministerpräsidenten Bie-

rend der laufenden Aufklärung der „Sachsen für Sachsen“-Affäre in diesem Jahr zusätzlich eines mutmaßlichen EU-Fördermittelbetrugs im Zusammenhang mit der ZMD-Privatisierung annehmen, wegen dem die Staatsanwaltschaft aktiv geworden war.

### Linke Alternative mit Konzepten

Neben der klassischen Oppositionsrolle der Kontrolle der Regierung, wozu auch die Aufklärung von Skandalen gehört, hat sich die PDS-Fraktion, wie Fraktionsvorsitzender Peter Porsch stets betont, immer auch als „Opposition mit Konzept“ verstanden. Beredter Ausdruck dessen war neben den alternativen Landeshaushalts-Ansätzen unter Federführung des Finanzpolitikers Ronald Weck-

PDS-Fraktion angesichts des immer dramatischeren Auseinanderklaffens von Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze: Es könne „nicht sein, dass wir z. T. zweistellige Steigerungsraten bei der Industrieproduktion oder im Exportgeschäft haben und dies keinerlei Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, weil Investitionen heute vornehmlich Investitionen in den Abbau von menschlicher Arbeitskraft sind“. Der Spruch „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ könne nur so interpretiert werden, „dass Wirtschaftstätigkeit und wirtschaftlicher Erfolg politisch so beeinflusst und genutzt werden, dass die Ergebnisse dem Nutzen aller zugute kommen. Dies ist übrigens ein Verfassungsgebot.“

### Gesetz-Entwürfe mit klarem Profil

Kein Verfassungsgebot ist bisher der Schutz der Kleingärten, obwohl das Lebensglück Hunderttausender Menschen aus ganz überwiegend wenig begüterten Bevölkerungsschichten daran hängt und durch horrenden Gebühren- und Abgabensteigerungen bedroht ist. Der Gesetzentwurf der PDS-Fraktion zum Schutz der Kleingärten wurde zwar von CDU und SPD mit monatelanger Verzögerungstaktik abgeblockt, hat aber im Land viel Zustimmung gefunden und seine Wirkung in der öffentlichen Diskussion nicht verfehlt. Das Thema bleibt auch in der neuen Legislaturperiode brennend aktuell, nicht nur weil der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende und derzeitige Vize-Ministerpräsident Thomas Jurk versprochen hatte, nach dem Wahlkampf das Gespräch zu suchen.

Auch an andere Versprechen wie den Rechtsanspruch auf ganztägige Kita-Betreuung für alle Kinder wird die PDS-Fraktion den kleinen Koalitionspartner der CDU erinnern. Der entsprechende Gesetzentwurf der PDS liegt auf dem Tisch. Vom Tisch gewünscht wurde noch in der letzten Legislaturperiode der Gesetzentwurf der PDS-Fraktion zur Absenkung des Quorums für Volksbegehren von 450 000 auf 250 000 Unterschriften. Dabei ist eine Reform der Volksgesetzgebung in Sachsen überfällig: Durch den Bevölkerungsrückgang hat sich als Nebeneffekt das geforderte Quorum von zehn auf 13 Prozent erhöht.

Anlässlich des 15. Geburtstages von Otto Buchwitz holte die PDS-Fraktion am 27. April das Bild des ersten Nachkriegs-Landtagspräsidenten auf Dauer in den Landtag, um, so PDS-Fraktionschef Porsch, „den Arbeiter und Gewerkschafter, den Sozialdemokraten und antifaschistischen Widerstandskämpfer“ zu würdigen. Wenig würdig war die im heißen Wahlkampf gegen Peter Porsch losgetretene Kampagne, die ihr Ziel jedoch verfehlte. Porsch ist wieder Fraktionschef, einstimmig gewählt.

Ihre Hauptaufgabe sieht die PDS-Fraktion darin, sich in der gerade begonnenen fünfjährigen Wahlperiode als „sozialistische Opposition“ zu profilieren. Auf dieser Basis ist dann immer auch Zusammenarbeit in Sachfragen mit anderen demokratischen Fraktionen möglich. Dass die NPD rechts liegen zu lassen ist, versteht sich von selbst.

„Schöner leben ohne Nazis“ stand auf dem vielbeachteten T-Shirt der 18-jährigen PDS-Landtagsabgeordneten Julia Bonk (18) bei der Konstituierenden Landtagssitzung. Der Beginn einer offensiven Auseinandersetzung mit einer politischen Farbe, die eigentlich nicht ins Parlament gehört.

## Sozialistische Opposition in Sachsen gestärkt



Foto: Märker

denkopf ermittelt hat – jedenfalls geht dies aus dem Minderheitenvotum der PDS-Ausschussmitglieder hervor, das sich auf umfangreiche Beweismittel stützt und im Sommer als Broschüre veröffentlicht worden ist.

Der *Sachsenring-Untersuchungsausschuss* unter Vorsitz des Parlamentarischen Geschäftsführers der PDS-Fraktion, André Hahn, ging bis zum Ende der letzten Legislaturperiode den Vorwürfen des früheren Sachsenring-Chefs Rittinghaus nach, die CDU-geführte Staatsregierung habe sich vor der Landtagswahl 1999 mit der Image-Kampagne „Sachsen für Sachsen“ eine verdeckte Wahlkampagne aus Steuergeldern finanzieren lassen. Sachsenring habe im Zusammenhang mit dem Kauf des Dresdner Mikroelektronik-Unternehmens ZMD vier Millionen Mark zusätzliche Fördermittel erhalten und daraus drei Millionen in jene Kampagne gesteckt, die in enger Abstimmung nicht zuletzt mit dem damaligen Regierungssprecher ins Werk gesetzt worden sei. Aus Sicht der PDS-Ausschussvertreter hat sich dieser Vorwurf durch Zeugenaussagen und Akten bestätigt, so PDS-Obmann Klaus Tischendorf. Der Ausschuss musste sich wäh-

esser die Präsentation des *Alternativen Landesentwicklungskonzeptes für den Freistaat Sachsen (Aleksa.)*, das Porsch in Gegenwart des Arbeitsministers von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter (PDS), im Januar 2004 der Öffentlichkeit vorstellte.

Erst vor wenigen Tagen sagte PDS-Fraktionschef Peter Porsch in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Milbradt, der sich als Motto „Stolz auf Sachsen – Mut zur Zukunft“ ausgewählt hatte: „In Aleksa haben wir von der PDS uns eine gute Grundlage für eine Politik geschaffen, die im Interesse des Landes ist, und indem wir eine solche Politik verfolgen, werden wir auch Aleksa weiterschreiben. Unser „Sozial mit aller Kraft“ wird übrigens weder eine Politik gegen die Wirtschaft hervorbringen, noch werden wir uns zur Sachwalterin bloß wirtschaftlicher Interessen machen. Ich habe unsere Vorstellung von Sozialpolitik als Politik, die es den Menschen ermöglicht, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und damit ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ja eben definiert.“

Weiter sagte Porsch zu den Leitlinien der

Von **SIEGRIED SCHLEGEL**

# Leipziger Flair

Stadterneuerung gelingt nur mit sinnvollen Ideen und kreativen Akteuren

In den zurückliegenden Wochen wurde oft darüber gesprochen, dass in Leipzigs Stadtzentrum intensiv gebaut wird wie lange nicht. Immerhin gehen auch die in der City-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Händler offensiv damit um. Das Jahresende nun bietet sich an, über Stadtentwicklung, über gelungene und weniger gelungene oder gar schief gelaufene Planungen und Realisierungen nachzudenken. Dies umso mehr angesichts des Anspruch an nachhaltige Stadterneuerung. Positiv ist anzumerken, dass es im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Städten nach 1990 in Leipzig nicht nur ein Strohfeuer gab, sondern klare Konzepte für Handel und Dienstleistungen, Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie Wohnen. Dass bei Stadtentwicklung, wenn sie denn Stadterneuerung sein soll, ein langer Atem und Standvermögen vonnöten sind, ergibt sich daraus, dass private Investoren im Zwang nach Profitmaximierung möglichst in kurzer Zeit nicht selten Mittelmäßigkeit zum Maßstab machen, aber dennoch nur in einer attraktiven Lage investieren wollen.

## Stadtzentrum wird mit drei Warenhäusern attraktiv

Derzeit ist noch nicht völlig absehbar, ob und wie sich der Karstadt-Quelle-Konzern sanieren wird. Dies ist für Leipzig insofern interessant, als der Umbau des Warenhauses mit seinem fast völligen Abriss (außer den gesicherten historischen Fassaden) erst am Anfang steht. So ließ der Konzern durchblicken, sich von Häusern mit weniger als 8000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche verabschieden zu wollen. Das bringt die Debatten von 1999 um das neue Konzept in Erinnerung. Mit ECE als Projektentwickler wollte Karstadt den Komplex umgestalten und ein ECE-typisches Einkaufszentrum wie Allee-Center in Grünau oder Hauptbahnhof-Promenaden errichten. Für Karstadt selbst war ein Warenhaus von unter 10 000 m<sup>2</sup> vorgesehen; in zwei Kellergeschossen sollten Ladenzonen von mehreren tausend Quadratmetern Verkaufsfläche errichtet werden, die für die Läden in den Straßen der Innenstadt zu einer unverträglichen Konkurrenz geführt hätten. Gleichzeitig sollten noch drei Häuser im vollständig als Gründerzeithausstraße erhaltenen Peterskirchhof verschwinden. Würde sich Karstadt in seiner jetzigen Lage noch für die Leipziger Innenstadt entscheiden, wenn so gebaut worden wäre und Akteure des Stadtrat dem nicht widersprochen hätten?

Auch bleibt zu hoffen, dass im neuen Karstadt-Kaufhaus nicht wieder nur Ladenhüter aus dem Westen angeboten werden.

Unbestritten ist, dass die Promenaden im Hauptbahnhof ein Erfolg auch für die Innenstadt wurden. Das Zuviel an Ladenfläche in den beiden Etagen des Querbahnsteigs hat aber auch dazu geführt, dass die traditionsreichen Bahnhofsgaststätten nicht wiederbelebt wurden und krampfhaft für Veranstaltungen genutzt werden. In den Eingangshallen herrscht fast ständig gähnende Leere, und die ehemalige Ladenstraße ist nur wegen der langen Warteschlangen an den Bahnschaltern zeitweise gut gefüllt.

Mit der Neubebauung der Marktgalerie, dem umgebauten und mit neuer Fassade entstandenen ehemaligen Messehaus am Markt sowie dem Petershof sind weitere Handelsflächen vor allem für Textilien im Entstehen. Nicht wenige Leipziger bedauern, dass bei der Gestaltung der neuen Fassade am ehemaligen Messehaus am Markt nicht auf die einzigartige Fassade aus den 60er Jahren Bezug genommen wurde. Dabei war das Messehaus am Markt mit dem Alten Rathaus ein weltbekanntes Leipzigmotiv geworden. Entstellend wirken vor allem die ob ihrer Größe brutal wirkenden Dachgaupen. Auch die großflächige Fassadengeometrie steht im Gegensatz zu den benachbarten Gebäuden. Interessanterweise werden gerade die kleinen, markttypischen Dachgaupen beim Neubau der Marktgalerie aufgenommen. Es ist anzunehmen, dass die Fassade, wenn sie im nächsten Jahr fertig ist, überzeugen wird, auch wenn der Entwurf nicht wettbewerbskonform entstanden war. So müssen sich die an den wiederholten Fassadenwettbewerben teilnehmenden Architekten schon fragen lassen, warum sie keinen akzeptablen Entwurf zustande brachten.

Nach Fertigstellung der Marktgalerie wird sich zeigen, dass die – beinahe zur Bebauung freigegebene – Grünfläche vor der Thomaskirche nicht nur zur Erholung, sondern auch aus stadtgestalterischen Gründen unverzichtbar ist.

Vom Petershof bleiben aus Denkmalschutzgründen wenigstens die historische Fassade, die Eingangshalle und das Trep-

penhaus erhalten. Da stellt sich im Nachhinein die Frage, ob es nicht auch denkbar gewesen wäre, im Petershof statt des „grünen Ungeheuers“ (Petersbogen) ein Kinozentrum zu errichten. Damit wäre ein geschichtsträchtiger Standort erhalten geblieben.

## Mut zu Neuem am Peterssteinweg

Ein Foto im jüngst in LN vorgestellten Gormsen-Buch aus den 80er Jahren von der Ecke Peterssteinweg/Münzgasse zeigte ein Transparent, das Gaststätten-Mitarbeiter angebracht hatten: „*Werk-tätige der Gastronomie! Wetteifert um die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung*“. Einwurf eines Gastes während der Buchpräsentation: „Recht hatten sie.“ Als hätte seinerzeit der städtische Planungsausschuss ebenso gedacht, wurden für die Sanierung der Eckbebauung Peterssteinweg/Münzgasse Fördermittel bereitgestellt, da es im Sanierungsgebiet Innerer Süden liegt. Damit war sozusagen ein Damm gebrochen. Stark dafür gemacht hatten sich sich Amtsleiter Karsten Gerkens und seine Mitarbeiter vom Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung. Die Erneuerung der Straße wurde ein „Selbstläufer“ und es entwickelte sich eine neue Kneipenmeile. Eine gelungene Ergänzung und gleichzeitig Kontrast dazu ist der Neubau des KPMG-Gebäudes an der Ecke Münzgasse/„Straße des 17. Juni“. Selbstbewusst mit der Vollglasfassade präsentiert sich das Gebäude, ohne die benachbarten Gründer- und Vorgründerzeithäuser zu dominieren. Es gehört zu den Beispielen, bei denen bereits der erste Entwurf die Mitglieder des großen Planungsbeirates (einschließlich des Autors) überzeugt haben.

Zum Umbau Druckerei und Verlagsgebäude der LVZ und des Vorplatzes im Peterssteinweg steht dazu schon im Buch des einstigen Dezernenten Gormsen: „Leider hat man das städtebaulich wichtige Gebäude Emilienstraße 1 abgerissen, um die Ansicht freizulegen.“ In der Presse war damals zu lesen, dass die Stadtverwaltung dem kritisch gegenüberstand. Anders der Autor, der sich in die Jury berufen ließ und zu jenen gehört, die auch Mut für Neues haben, wozu

auch neue Stadträume und -plätze gehören. Mit der modernen und selbstbewussten Platzgestaltung, die trotzdem nicht die Umgebung dominiert, kommen die Bauten der Umgebung noch besser zur Geltung. Gleichzeitig wird eine repräsentative Eingangssituation für die Magistrale Karl-Liebknecht-Straße geschaffen. Eine neue Erfahrung für den Beigeordneten war, dass sich PDS-Stadträte als erste dafür einsetzten, dass auch für die Sanierung der Peterskirche Fördermittel bereit gestellt werden. Ihr Turm wie die ganze neogotische Kirche ist aus Leipzigs Stadtbild nicht wegzudenken. Außerdem hat sie eine ähnliche Geschichte wie die Universitätskirche. Musste doch der Vorgängerbau am Peterskirchhof im Stadtzentrum Ende des 19. Jahrhunderts einem Bankgebäude weichen.

## Beiderseits der Karl-Liebknecht-Straße kompakte Bebauung

Annekatriin Merrem vom Amt für Denkmalpflege und Bauordnung ist zuständig für die Sanierung wertvoller Gründerzeitsubstanz östlich und westlich der Karl-Liebknecht-Straße, die im Wesentlichen zwischen 1880 und 1920 in strengem Rasterschema entstanden ist. Ausnahme ist die Kochstraße, die in etwa den Verlauf der historischen Straße nach Connewitz markiert.

Was macht die Karl-Liebknecht-Straße heute attraktiv? Weil die Väter um 1900 Mut hatten, an kommende Jahrzehnte zu denken, die heutige Kurt-Eisner-, August-Bebel- und Richard-Lehmann-Straße in ihre Gedanken einzubeziehen. Auch wenn der Autoverkehr erst zaghaft begonnen hatte, so dominierte schon damals ein intensiver Pferdefuhrwerkverkehr. Dieser war ungleich größer als in anderen Stadtteilen, wegen des Schlachthofes, der Markthalle sowie wegen der Betriebe und Werkstätten auch in Hinterhöfen. Zudem war das Areal des Messegeländes bereits für Ausstellungen vorgesehen. Im Süden sollten sich neue Wohngebiete als Plangebiet „Connewitz Ost“ im heutigen Marienbrunn und Lößnitz entwickeln.

Im Inneren Süden und in der Südvorstand



Wenn die neue, brutale Fassade am ehemaligen Buchmessehaus das Nonplusultra für Leipzigs Altstadt sein soll (links), dann braucht man sich auch nicht zu wundern, dass das traditionsreiche „Capitol“, in dem sich einst alljährlich die Welt zur Dok-Filmwoche versammelte, einem Modehaus weichen muss (rechts).

Fotos: Märker



steht überwiegend wertvolle Gründerzeitbaubsubstanz, was die meisten der Häuser nicht nur bis in die Treppenhäuser, sondern bis in die Wohnräume hinein präsentieren.

Angesichts der heute stark zurückgefahrenen staatlichen Förderung beim Wohnungsbau und der Denkmalpflege, des sinkenden Bedarfs und nicht zuletzt der zugehaltenen Taschen der Banken infolge der als *Basel II* bekannten restriktiven Kreditvergabe-Regeln kommt es dazu, dass sich die Stadt bei ihrer öffentlichen Förderung zukünftig auf die wichtigen städtebaulichen Kanten, vielleicht sogar nur auf Stadtteile markierende Straßenecken bzw. Plätze konzentrieren muss und dies auch nur von den Investoren fordern kann. Kaum bekannt ist, dass Sonderabschreibungen auf denkmalgeschützte Gebäude auf Privatanleger beschränkt sind und beispielsweise von kommunalen Gesellschaften nicht genutzt werden können.

### Grünau ein Problemfall? – Etwas weniger könnte manchmal mehr sein

Außer in einigen Beispielen für gelungenen Umbau von 6-geschossigen Wohnhäusern ist auf den Fotos im Gormsen-Buch nur der Abriss der Punkthochhäuser (PH 16) im Bereich Schönauer-/Lützner Straße sowie im Wohngebietszentrum dokumentiert. Der Abriss fast aller 16-Geschosser führt aber dazu, dass Grünau einer wichtigen städtebaulichen Grundidee, nämlich der Betonung seiner Ost-Westachse und der Zentren der einzelnen Wohnkomplexe, beraubt wurde. Seit mehreren Jahren mahnen deshalb die PDS-Stadträte im Planungsausschuss ein städtebauliches Zielkonzept für Grünau und nicht nur ein großflächiges Abrissprogramm an. Der Wohnungsleerstand in den Punkthochhäusern im Wohngebietszentrum, der nunmehr zum Abriss führte,

war im Zusammenhang mit dem Planverfahren für des Allee-Center vom Autor damals bereits vorausgesagt worden; er hatte Schadenersatz für die LWB gefordert. In der Stadtverordnetenversammlung äußerten wir damals Unverständnis, dass ihn die LWB nicht von der Stadt verlangt hat, da zumindest sämtliche buchstäblich in den Schatten gestellten unteren Etagen in den Punkthochhäusern nach dem Bau des Einkaufszentrums unbewohnbar wurden. Niels Gormsen war damals wichtiger Verfechter der brutalen, jeglichen vorhandenen Städtebau ignorierenden Überbauung dieses Wohnkomplexes durch das Allee-Center. Als Kompromiss konnte damals nur erreicht werden, dass Baumassen dieser Dimension nicht auch an der Lützner Straße geklotzt wurden, sondern statt dessen eine kleinere, behutsam ergänzende Bebauung entstand. Auch für den Bereich des heutigen Allee-Centers gab es Konzepte für ein Einkaufszentrum, dass nicht zu diesen Konflikten geführt hätte.

Leider ist auch aus dem Wohnkomplex 5.1 (Schönau) ein eintöniger Wohnkomplex entstanden, mit Streit zwischen



Abriss Leipzig. Käme nur immer besseres nach.

Foto: Märker

Mietern und den Nutzern der im Bereich der ehemaligen Hochhäuser entstandenen Kleinsportanlagen.

### Überholen anstatt einzuholen – der Zoo

1996 fuhren Mitglieder der Stadtratsausschüsse, Vertreter der Dezernate Kultur und Planung und der Zoo-Direktor zu einer Besichtigung nach Hannover. Der Hannoveraner Zoo wurde nach der fast völligen Zerstörung im 2. Weltkrieg mit den Möglichkeiten und Architekturauffassungen jener Jahre aufgebaut und entsprach damit nicht mehr den heutigen Anforderungen. Interessant war für uns Leipziger allerdings das Konzept, Tiere wieder nach Kontinenten geordnet, wenn möglich sogar in Gruppen, ähnlich einer Safari zu präsentieren. Darüber hinaus sollte der Zoo auch Freizeitpark sein. Nach der Exkursion meinten einige, man könnte doch sofort das Hannoveraner Konzept einschließlich Marketing sowie einzelne Projekte eins zu eins übernehmen. Meine ablehnenden Haltung zu solchen Absichten hielt ich nicht zurück. Sprach doch dagegen, dass der Leipziger

Zoo über einen großen, im Krieg zwar teilweise stark beschädigten, aber erhaltenen historisch einmaligen Gebäudebestand verfügt. Durch seine Löwen- und Armurtiger-Züchterfolge ist er weltbekannt. Er gehört zu den ältesten Zoos in Deutschland, hat sich bei der Ausbildung von Zootierpflegern einen Namen gemacht und arbeitet eng mit der Universität zusammen. Dr. Jörg Junhold beschreibt im Gormsen-Buch, wie es dann doch gelungen ist, all dieses im neuen Konzept zu vereinigen.

Gut in Erinnerung sind Leipziger Diskussionen, wie der Spagat des Gebäudeerhalts durch Umbau und neue Nutzungen einerseits mit der Erfüllung zeitgemäßer Ansprüche an artgerechte Unterbringung und Präsentation andererseits zu erfüllen ist. Bedauerlich und bisher auch nicht nachgewiesen ist, warum das erst in den achtziger Jahren neu gebaute Menschenaffenhaus unbedingt geopfert werden musste.

Tiger-Taiga, Pongo-Land oder Afrika-Savanne ziehen inzwischen immer mehr Besucher auch von weither an. Einen besonderen Schub erhielt der Zoo durch das Engagement des Max-Planck-Instituts können in der Menschenaffenanlage Besucher doch oftmals direkt an der Forschung teilhaben und zeitnah viel über Ergebnisse erfahren. Aus dem Leipziger Zoo wurde so kein Nachbau, sondern er wurde mit seinem eigenständigen Konzept, der Verknüpfung von alten und neuen Gebäuden und Anlagen, teilweise mit geänderten Funktionen, der Zucht vom Aussterben bedrohter Tierarten, mit Aus- und Weiterbildung sowie Forschung selbst zum Vorbild. Hier ist nicht nur Action für die ganze Familie, für Jung und Alt wie auch für Besuchergruppen angesagt. Im neuen Zoo macht Wissenserwerb in Freizeit oder Unterricht richtig Spaß und sind die Tiere nicht zum exotischen Teil einer Show verkommen.

Was tun, wenn die Berufswahl nicht gerade leicht fällt? Man kann den Stellenmarkt in der Zeitung studieren. Man kann sich mit Eltern, Lehrern, Freunden beraten. Und: Ganze Schulklassen und Studiengruppen, vornehmlich der Klassenstufe 9, auch einzelne Jugendliche in Begleitung ihrer Eltern und Großeltern nutzen unlängst das Angebot der *message messe & marketing gmbh* und nahmen in der Halle 5 der Neuen Messe die diesjährigen *azubi- und studententage* wahr. Am Stand der *international business school* löcherten Denise und Marlen den Berater mit Fragen: Dauer und Ort, Inhalte der Ausbildung, Perspektiven, spätere Qualifikations- und natürlich Verdienstmöglichkeiten. Der verhielt den beiden optimale Ausbildungsbedingungen und interessante Chancen auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt, u. a. im Hotel- und Touristikmanagement, aber auch im Immobilienmanagement. Freilich, die Anforderungen an die StudentInnen sind hoch; schon im 4. Semester müssen sie ein Projekt, eine Geschäftsidee für ein Unternehmen vorlegen und verteidigen, um dann ihr Studium u. a. in Betriebswirtschaft oder

## Durchschnitt von 2,5 möchte schon sein

Berufe vom Reiseleiter bis zum Maurer. Über Arbeitsplätze wurde nicht gesprochen

Medien- und Kulturmanagement fortzusetzen, wenn das Interesse nicht versiegt ist und die bisherigen Leistungen überzeugen. Denise jedoch interessiert sich für eine Zukunft als Modedesignerin, Marlen lotete das Spektrum aus, das sich ihr als Betriebswirtin bieten könnte. Man kann ja nie wissen, was es so an Möglichkeiten gibt. Deshalb ließen die Mädchen bei ihrem Rundgang kaum einen Stand aus. „Das Angebot hier ist breit gefächert, einfach Klasse“, urteilten sie. Selbst am Stand von VW informierten sie sich. Immerhin, obwohl es momentan nicht so rosig aussieht mit der Geschäftslage, die diesen Konzern zur Kürzung von Investitionen und Arbeitsplatzabbau (natürlich sozial verträglich) veranlasst, wirbt er mit vielfältigen Ausbildungsangeboten. Während eines vorbereitenden Betriebspraktikums können die Jugendlichen in die Berufe Kraftfahrzeug-Mecha-

troniker (bislange einfach Kfz-Mechaniker und Kfz-Elektriker), Mechaniker für Karosserie-Instandhaltungstechnik, Fachkraft für Lagerlogistik, Automobilkaufmann/frau und Bürokaufmann/frau Einblick nehmen. Auf gründliche Ausbildungsvorbereitung setzt auch das *Berufsförderungswerk Bau Sachsen e.V.* „Ist doch klar – die Betriebe erwarten von den Leuten, die wir ihnen auf ihre Anforderungen hin schicken, dass sie bereits wissen, wie man mit einer Maurerkelle umgeht“, meinte Standbetreuer und Ausbilder Herr Sachs. In überbetrieblicher Ausbildung erlernen hier die jungen Leute als künftige Beton- und Stahlbetonbauer, Zimmerer und Straßenbauer Grundwissen und -können. „Renommierte Baubetriebe ohne eigene Lehrabteilungen stellen hohe Ansprüche, suchen bei uns ihren Nachwuchs als Bauleiter und Poliere“, erklärte Herr Sachs. Ein Zensuren-

durchschnitt von 2,5 sei das Mindeste. Zur Zeit streben das im *Berufsförderungswerk Bau 27* Lehrlinge an, mit dem Ziel, neben dem Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife zu erlangen.

Wer noch keine Lehrstelle fand oder sich noch nicht für einen Beruf entscheiden konnte, wer nach dem Schulabschluss erst einmal für ein Jahr aussetzt, kann sich während eines *Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)* unter den Fittichen freier Träger auf den weiteren Gang zum Beruf vorbereiten. „90 Prozent der Teilnehmer erlangen bei uns persönliche Reife und erste Fachkenntnisse, was ihnen ein Zertifikat bestätigt.“ Herr Korb, Sprecher des Landesarbeitskreises FÖJ des Freistaates Sachsen, schätzt das immerhin als ein Plus im Lebenslauf.

Vielleicht ganz interessant: Das FÖJ wird als Vorpraktikum und als Wartezeit auf eine Lehrstelle

von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen anerkannt, und es besteht die Möglichkeit der Ableistung eines FÖJ-Zivildienstes nach ZDG § 14 c. Einsatz und pädagogische Betreuung finden die Jugendlichen in Naturschutzverbänden, Umweltzentren, Naturparks, ökologisch wirtschaftenden Landbau- und Forstbetrieben und Firmen des technischen Umweltschutzes. „Allerdings können wir das Interesse nicht voll befriedigen. Die Bewerberzahl liegt etwa zehnmal höher, als wir an Plätzen bieten können“, räumte Herr Korb ein.

Die Organisatoren waren zufrieden mit der zweitägigen Messe, werten sie als Erfolg. Immerhin 122 Aussteller fanden das Interesse nicht gezählter Besucher. Das täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass im Freistaat immer noch Lehrstellen fehlen und dass bei weitem nicht jeder Azubi später einen Arbeitsplatz findet.

Auf ein weiteres Manko weist der Bundesverband der Chemieindustrie hin: auf ernstzunehmende Mängel im naturwissenschaftlichen Unterricht. Der Chemieunterricht sollte doch wieder (!) spätestens in der 7. Klasse beginnen. • E. FRITZ

# Der Förster denkt und der private Besitzer lenkt

– aber meist noch nicht mal das.  
Und so verkommt nun auch die Dübener Heide, grüne Lunge für Halle, Leipzig, Bitterfeld, Wolfen ...



Wen wundert bei so einem verlotterten Wald noch, dass sich Borkenkäfer und andere Schädlinge rapide ausbreiten?

Von **MAXI WARTELSTEINER**

**O** Täler weit, o Höhen / O schöner, grüner Wald – man muss kein Eichendorff sein, um bei dem Begriff Heimat vor allem an die Natur zu denken. Draußen, zwischen Tälern weit, o Höhen, da tut sich die Brust auf und das Glücksgefühl stellt sich ein. Ja, die Natur tut einem viel Gutes, aber was tun wir Menschen ihr an? Sogar dieser wunderschönen Dübener Heide, dieser unentbehrlichen grünen Lunge im mitteldeutschen Ballungsraum. So teilte unlängst der Landesforstbetrieb in Magdeburg mit: „Nach der starken Trockenheit und extremen Hitze des vergangenen Jahres erwarten die Forstexperten weiter ansteigende Schäden. Zusätzlich machen in diesem Jahr zahlreiche Waldschädlinge den Bäumen zu schaffen.“ Der Borkenkäfer tötete Fichtenbestände und Luftverunreinigungen – insbesondere Stickstoffverbindungen und zeitweise Ozon – schädigten ganze Wälder. Nachzulesen nun auch im soeben erschienenen Waldzustandsbericht, der die folgende Recherche nachträglich bestätigt. Warum aber nimmt man Erscheinungen für die Ursache?

Als in der DDR Bäume massiv unterm sauren Regen litten, war das für westliche Forstexperten, aber auch für Journalisten und Politiker einfach: Schuld war das kommunistische Wirtschaftssystem. Nun waren zwar seinerzeit in erster Linie die polnischen und die tschechischen Wälder übermäßig durch Industrie- und zunehmend durch Verkehrsabgase geschädigt, gefolgt allerdings erst einmal von den angegriffenen Wäldern der Niederlande, Englands, Dänemarks, Griechenlands und dann erst von denen der DDR – die gewiss, denkt man nur an Waldzüge nahe der tschechischen Grenze, katastrophal genug aussahen. Inzwischen, weil natürlich in all den Jahren auch die westdeutschen Wälder ihren Tribut für den Wohlstand zahlen mussten, wie es arg beschönigend heißt, ist man nicht nur in Forstexpertenkreisen vorsichtiger mit der politischen Kritik. Dennoch erklärte schon vor Jahren Helmut Klein, waldpolitischer Sprecher des BUND, eine Sortierung der Ergebnisse

nach alten und neuen Bundesländern zeige, dass die Schäden in den neuen Bundesländern von 1992 bis 1996 wegen der Deindustrialisierung ganzer Regionen zwar deutlich zurückgegangen seien, während sich ein entsprechender Trend in den alten Bundesländern nur angedeutet habe. Seit 1996 stiegen die Schäden in Ost und West gleichermaßen.

Auch der Wirtschaftsminister, der Finanzminister und die Gesundheitsministerin könnten die Tatsache nicht länger ignorieren, dass Umweltschutz heute gewiss Geld koste, versäumter Umweltschutz aber morgen unbezahlbar und übermorgen sogar tödlich werden könne, so Klein. Die Versauerung der deutschen Waldböden schreite zwar heute langsamer voran als vor 20 Jahren, aber nach übereinstimmender Erkenntnis aller zuständigen Stellen finde sie auf 80 Prozent der Fläche weiter statt. Die Belastung durch bodennahes Ozon, das aus den Auspuffgasen der Kraftfahrzeuge entsteht, steige weiter. Aktuell: Von 100 Bäumen sind nur noch 34 gesund. Von 100 Eichen sind bereits 90 krank.

Das Umweltbundesamt dokumentierte schon 1995, dass die Konzentration der Auspuff-Abgase auf 95 Prozent der bundesdeutschen Fläche die Grenze der Belastbarkeit von Wald und Menschen übersteigt. Und Ministerin Künast, aufgeschreckt durch die allerjüngsten Fakten kontert die aktuelle CDU-Kampagne: Ein Patriot sei, wer die Umwelt schütze!

Wie die *Mitteldeutsche Zeitung* im Fe-

bruar dieses Jahres mitteilte, gibt es einen Plan für eine neue West-Autobahn mit „erheblichen Vorteilen“ quer durch die Dübener Heide.

Heidebewohner, Naturfreunde und Forstleute sind hellauf entrüstet und fragen sich, wie doch wohl gebildete, erfahrene

**Alle Jahre wieder gebetsmühlenartig die neueste Schadensbilanz zu verkünden, ändert nichts am Problem, an der Ursache der sterbenden Wälder.**

und qualifizierte Leute in verschiedensten Funktionen auf solch einen Gedanken kommen können? Genügt es nicht, dass in Deutschland inzwischen täglich (!) etwa 130 Hektar verbaut und versiegelt werden, fragen sie. Das sind Jahr für Jahr rund 47 000 Hektar Boden, der nicht mehr für die Holzproduktion, für die Regulierung des Wasserhaushalts und die Sauerstoffproduktion zur Verfügung steht. Eine Bürgerinitiative in der Dübener Heide schlug deshalb eine alternative Streckenführung über die Lutherstadt Wittenberg, über Radis und Gräfenhainichen vor – natürlich mit Ortsumgehungen –, die tatsächlich „erhebliche Vorteile“ als Ost-West-Verbindung brächte. Der Kreistag Wittenberg hat sich zwar inzwischen gegen das Autobahnprojekt ausgeprochen. Aber zu sagen hat er am Ende wohl eh nichts. Und Ministerpräsi-

dent Böhmer, CDU – persönlich angeschrieben – reagiert nicht.

Deutschland hat mit 1,96 Straßenkilometern je Quadratkilometer Fläche inzwischen die vierthöchste Straßennetzdichte der Welt (nach Belgien, Japan und den Niederlanden), das macht fünf Prozent des gesamten Bundesgebietes aus. Es gibt in Deutschland lediglich etwa 150 Flächen von 10 mal 10 Kilometern, die nicht durch Verkehrswege zerschnitten sind. Von den Verkehrsemissionen gar nicht zu sprechen, die täglich zu einer immer gefährlicheren Belastung werden. Auch für die Dübener Heide, mit 75 000 Hektar eines der größten zusammenhängenden mitteldeutschen Waldgebiete, das bereits heute von zwei bedeutenden Fernverkehrsstraßen durchschnitten wird – der B 2 und der B 100. Jedes Auto verbraucht übrigens auf 500 Kilometern die Menge Sauerstoff, die für einen Menschen ein ganzes Jahr reicht. Ein 70 Jahre alter Baum produziert den für zehn Menschen nötigen Sauerstoff.

Stirbt nicht schon genug Wald an der dicken Luft? Stirbt nicht schon genug Leben an einem Klima, das wir für „den Wohlstand“ der einen und den Profit der anderen verschulden? Als wenn wir nicht wüsten, dass Klimaveränderung, Hochwasserereignisse, Trinkwasserqualität, Erholungsmöglichkeiten, die Bewohnbarkeit der Gebirge und vieles mehr vom Zustand unserer Wälder abhängt. Unser eigenes Überleben sowieso.

Sind die sichtbaren Schäden an den Bäumen und das verborgene Fortschreiten der Bodenschäden nicht schon alarmierend genug? Alle Jahre wieder gebetsmühlenartig die neueste Schadensbilanz zu verkünden, ändert nichts an der Ursache der sterbenden Wälder. Da müsste schon die kapitalistische Gesellschaftsstruktur in Frage gestellt werden. Doch dieses Thema ist tabu.

Deutschland schafft es ja nicht einmal, eine LKW-Maut einzuführen, die angesichts der Zerstörungen ohnehin zu niedrig sein wird, wenn sie denn nun kommt.

**S**ehen Sie sich manchmal die Fernsehserie „Forsthaus Falkenau“ an? Zugegeben, die Halbstundenfilme sind meist Klippsschule für zurückgebliebene Waldarbeiter, denen der Förster immerzu erklären muss, dass die Bäume für Sauerstoff sorgen und alles solche klu-

Fortsetzung auf Seite 11



So sieht gepflegter Wald aus. Wichtig dabei die bereits eingeleitete Naturverjüngung Buche.

Fortsetzung von Seite 10

gen Sachen. Aber eines wird darin mitunter sehr deutlich: Der Mann im grünen Rock könnte entschieden effizienter arbeiten, wenn da nicht die vielen privaten Waldbesitzer wären.

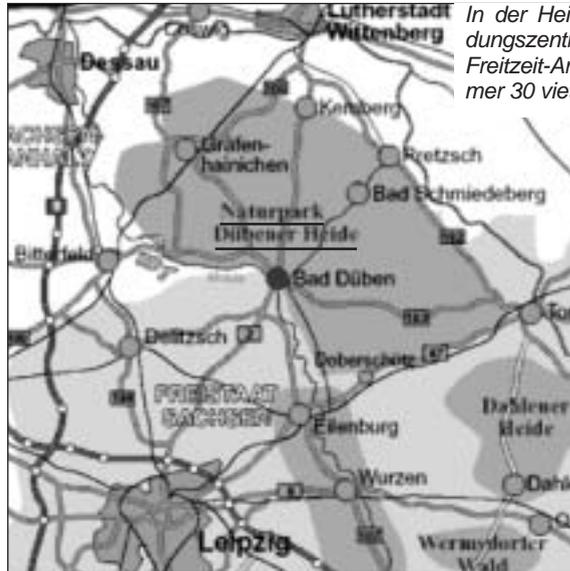
Genau das ist Dreh- und Angelpunkt der Misere auch in der Dübener Heide. Das nachhaltigste Gefahrenpotential der letzten Sommer ging nicht von der Trockenheit aus, so schlimm sie auch für den Baumbestand sein mag, sondern vom Abschluss der von der Treuhand verbrochenen Waldprivatisierung. Allein in Sachsen-Anhalt, zu dem große Teile der Dübener Heide gehören, standen in der Endphase noch einmal 35 000 Hektar zum Verkauf (im gesamten Osten kamen knapp 600 000 Hektar volkseigenen Waldes unter den Hammer). Neureiche Bewerber gab es genug.

Und die Wälder baden es nun aus.

Als es noch die DDR und damit staatliche Forstwirtschaftsbetriebe gab, konnten zwar von der Industrie verursachte Umweltschäden auch nicht ausgeschlossen werden. Aber immerhin war eine wissenschaftliche Bewirtschaftung des Waldes garantiert. Mochte der Magdeburger Landesforstbetrieb begeistert verkünden, dass seit 1991 in Sachsen-Anhalt eine jährliche Waldschadensinventur durchgeführt wird und in diesem Jahr wieder rund 20 Förster unterwegs waren, um die Gesundheit aller Baumarten des Landes zu begutachten, die Frage bleibt, siehe oben: Was bringt das den Wäldern? Zudem ja mit dieser Mitteilung auch angedeutet wird, dass solche Begutachtungen Erfindungen der neuen Zeit sind. Im staatlichen Forstbetrieb Dübener Heide mit seinen 41 000 Hektar Wald, gliedert in fünf Oberförstereien, in denen 41 Revierförster Dienst taten (heute sind es in diesem riesigen Gebiet gerade noch zehn), kamen regelmäßig Wissenschaftler vom Berliner Institut für Forsteinrichtung und prüften die Waldflächen und die Baumbestände. Ihre unabhängig erarbeiteten Ergebnisse wurden dann mit den vom Forstbetrieb erstellten Analysen verglichen und darauf aufbauend wurde festgelegt, wo schon in 50- oder 80jährigen Beständen Holzeinschlag stattfinden kann oder muss, weil beispielsweise das Grundwasser zu knapp wurde und die Bäume das geplante Alter von 120 Jahren kaum erreichen können, wo Unterbau zu pflanzen ist, also Linde, Buche, Stieleiche einzubringen sind, auch, damit sich Humus entwickeln kann usw. Da wurden Etappen von 50 bis 60 Jahren für die Forstentwicklung abgesteckt und systematisch für die nächsten Generationen angearbeitet. Wo in den Privatwäldern gibt es das heute noch?

Besagter DDR-Forstbetrieb mit seinen rund 1000 Beschäftigten nahm jedes Jahr 70 neue Lehrlinge auf, 200 lernten ständig an der eigenen Berufsschule und hatten einen sicheren Arbeitsplatz, Weiterbildungs- und Studienmöglichkeiten. So wie für die Waldarbeiter und die Förster wurden auch für die 47 Lehrer und Ausbilder Wohnungen gebaut; die Schule hatte ihre Turnhalle, die von den Anwohnern mitgenutzt wurde; mit ihrem Heizwerk wurde die extra in die Nähe der Berufsschule errichtete polytechnische Oberschule von Söllichau mit Wärme versorgt. Heute steht alles leer und vergammelt.

Mit dem Ende der DDR wurde der Treuhand ein Wald übergeben, der zum Nutzen künftiger Generationen aufgebaut war. So war es



In der Heide, in Söllichau, hatte der staatliche Forstbetrieb auch ein Berufsbildungszentrum für 200 Lehrlinge mit Wohnheim, Sporthalle und Möglichkeiten für 14 Freizeit-Arbeitsgemeinschaften errichtet. Parallel wurden über viele Jahre auch immer 30 vietnamesische Forstfacharbeiter ausgebildet. Nun verfallen die Gebäude.



eben ganz und gar nicht vorsintflutlich, die Stämme mit Pferden aus dem Wald zu ziehen bis zu den sogenannten Polcherplätzen. Erst von dort wurde das Holz mit speziell in der DDR entwickelten und gebauten Langholzfahrzeugen zum Großausformungsplatz transportiert.

Wenn heute ein privater Waldbesitzer Geld braucht, lässt er kurzerhand die kräftigsten Bäume fällen und mit schwerer Technik aus dem Wald ziehen. Die Kronen bleiben liegen und der Borkenkäfer dankt es. Stehen bleiben dünne Ruten und vereinzelte Bäume, gute Ernte für den nächsten Sturm. Entsprechend sehen viele Wälder inzwischen aus, auch große Teile der Dübener Heide.

Aufforstung? Oh Gott, das dauert doch mehr als ein Menschenleben, bis man

**Wenn heute ein privater Waldbesitzer Geld braucht, lässt er die kräftigsten Bäume fällen und mit schwerer Technik aus dem Wald ziehen. Die Kronen bleiben liegen und der Borkenkäfer dankt es.**

Nutzen hat. Wozu Geld rausschmeissen? Das liegt besser auf der Bank. Und staatliche Kontrolle?

Da ist zum Beispiel jener Wessi, der ein großes Stück seines Dübener Waldes erst einmal völlig kahlschlagen ließ, um zu Bares zu kommen. Ja und? Ein anderer legte mitten im Wald eine schnell zu erntende Weihnachtsstannenplantage an (Foto unten). Auf den Einwurf eines Fachmanns, dass es vorgeschrieben sei, gerodete Waldflächen wieder aufzuforsten, wieder nur als Wald zu nutzen, lachte er nur: Er mache das, wie er es für richtig halte. Nein, man kann diese Arroganz und Ig-



Eine private Weihnachtsbaumplantage mitten im Nutzwald, weil die schneller Bares abwirft als eine Schonung, die 50 bis 100 Jahre zum Wachsen braucht. Die Reste vom Kahlschlag gammeln in langer Reihe vor sich hin – Beispiel für unökonomischen Umgang mit Waldboden. Fotos: Wart

noranz nicht als Generalvorwurf an alle neuen Waldbesitzer erheben. Aber es gibt zu viele dieser Art hier im Osten. Am schlimmsten sind die, die einfach mal schnell zum Jagen und zum anschließenden Saufen in ihren Wald einfliegen. Da wird Wild mit Futter bis vor die Flinte gelockt. Aber das macht nichts, es sind ja freiheitlich-demokratische Schützen und keine DDR-Funktionäre.

Propos DDR. Natürlich war nicht alles Friede und Freude im Wald. Da war die Sache mit dem geplanten Atomkraftwerk in der Dübener Heide. Kostet ja nur 100 Hektar Wald, hieß es. Die gesamte Betriebsleitung des betroffenen Forstbetriebes – engagierte Förster und Waldfans – stellte sich mit einer fundierten Stellungnahme gegen das Projekt. Schließlich, es wäre kaum bei den 100 Hektar geblieben, es wären die Energietrassen hinzugekommen, Wohnungen für mindestens 4000 Arbeitskräfte und und und ... Das Werk kam nicht – lag es an den gut begründeten Protesten oder schon an mangelnder Finanzkraft, das sei dahingestellt.

Dafür kam der Braunkohlentagebau immer näher. Am Ochsenkopf liegt die Kohle kaum zwei Meter unter der Erde, an anderen Heideorten allerdings bis zu 40 Meter tief. Immerhin hatten die Forstbetriebe durchgesetzt, dass für jede weggebaggerte Fläche, die doppelte wieder aufgeforstet werden musste. Dennoch, bis ein Wald voll entwickelt ist ...

Dann gab es tatsächlich einen von den Forstleuten der Dübener Heide gewonnenen Prozess gegen die umliegende Industrie vor dem Berliner Obersten Vertragsgericht. Wissenschaftlich unanfechtbar waren von den Klägern die Ursachen der Waldschäden aufgelistet. Schwefeldioxid beispielsweise, so wurde nachgewie-

sen, verbrennt die Nadeln der Bäume von unten, wo winzige Spaltöffnungen eigentlich für den Gasaustausch verantwortlich sind. Die Industrie musste der Forstwirtschaft von nun an jährlich 2,3 Millionen Mark Schadensausgleich bezahlen. Eine Summe, die vor allem verwendet wurde, per Flugzeug je Hektar 130 kg Harnstoff auszubringen. Der Absterbevorgang wurde gestoppt, die Zuwachsrate und die Altersgrenze der Bäume wieder erhöht.

Aber da war dann auch noch die NVA. Mancher Kommandant glaubte, sich sein eigenes Areal abstecken zu können, weniger, wie vorgeschoben, als Übungsplatz, eher als privates Jagdrevier. Da waren mitten im Frieden energische Kämpfe auszufechten. Oder: das unstillbare Bedürfnis der DDR-Bürger nach Datschen. In wenigen Fällen gelang es, Flächen vor dem Wald schmackhaft zu machen, obwohl der Forstbetrieb mit seinen Lehrlingen extra große Gehölze pflanzte, damit die Neugärtner nicht bei Null beginnen mussten. (Es gab ja eine eigene Forstbaumschule. Inzwischen existiert davon kaum noch ein Drittel). Wer heute durch die Heide fährt, sieht immer wieder Datschensiedlungen mitten im Wald. Private Waldbesitzer ließen sich auch in der DDR für entsprechendes Geld etliche Flächen abkaufen.

Ja, der Privatwald. Die meisten, die größeren Flächen wurden in der DDR seit 1961 genossenschaftlich verwaltet, weil sich private Waldbesitzer kaum wissenschaftlich gesichertes, effektives Wirtschaften leisten können oder wollen. Der Forstwirtschaftsbetrieb machte es zudem möglich, dass die Genossenschaftler alljährlich Gewinn einstrichen, den sie kaum selber erwirtschaften konnten. Da gab es zum Beispiel die ertragreiche Konsumgüterproduktion innerhalb des Forstbetriebes. Zaunpfähle, Spanplatten, Holzhütten, ja ganze Broilerzuchtstationen wurden gebaut und gewinnbringend verkauft. Alles wurde verwertet, was beim Holzeinschlag anfiel, kaum etwas blieb liegen, was dem Wald geschadet hätte. Heute sind das Peanuts. Inzwischen engagieren sich Heideanwohner für eine Stiftung Dübener Heide. Sie könnte manches Gute für den Wald bewirken und das Dauerleid der Pflanzen ganz patriotisch ein wenig mildern. Wozu gibt es schließlich Gesetze, Verordnungen, strenge Grenzwerte zum Schutz unserer Umwelt ... Vom Kyoto-Protokoll gar nicht zu sprechen.

Am gesellschaftlichen Übel, der Privatisierungswut beispielsweise, wird diese bundesdeutsche Stiftung kaum etwas ändern können

Von ANNE MEINECKE

Zum Glück ist es, im Gegensatz zu den vorangegangenen Tagen, ein sonniger, warmer Frühlingstag. Gleich nach dem Frühstück fahre ich mit der Straßenbahn in die Stadt und laufe durch die mit Menschen vollgestopften Straßen. Die ganze Stadt scheint heute wegen der Olympiabewerbung auf den Beinen zu sein. Da war es richtig, diesen Tag zu wählen, denke ich. Ob er erfolgreich verlaufen wird? Nach einer Viertelstunde erreiche ich den vereinbarten Treffpunkt, an dem schon die anderen drei Mitstreiter warten. Die Stelle an einer Fußgängerunterführung ist gut gewählt. Im Fünfminutentakt, der gewissermaßen von den Straßenbahnen vorgegeben ist, quellen Menschentrauben aus dem Tunnel und laufen in die Innenstadt, während in der umgekehrten Richtung kontinuierlich einzelne Leute, zum Teil mit vollgepackten Taschen und Beuteln in der Hand, wieder in der Unterführung verschwinden. Wir bauen die Tische neben dem Fußweg auf und legen die Unterschriftsbogen darauf. Dann platzieren wir den Plakataufsteller, auf dem unsere Aktion kurz erläutert ist, mitten auf dem Fußweg. Jetzt kann es losgehen. Einer bleibt an den Tischen stehen, während die anderen drei den Leuten die Sache erläutern sollen. Ich laufe erst einmal ein paar Schritte auf dem Fußweg und betrachte die aus der Unterführung Kommenden. Wen spreche ich an - die zwei jungen Mädchen, den alten Mann oder die Frau mit einem zirka dreijährigen Kind an der Hand? Ich entscheide mich für die Frau mit Kind. „Entschuldigen Sie, wir sammeln Unterschriften gegen Schulschließungen und“, weiter komme ich nicht, denn sie unterbricht mich mit einem kurz gezischten „Keine Zeit“ und geht weiter. Nun gut, ihr Kind wird auch einmal in die Schule kommen, denke ich. Als Nächstes steigt ein Ehepaar mittleren Jahrgangs aus dem Tunnel. „Guten Tag, darf ich Sie ansprechen?“ – „Sie dürfen nicht!“, sagt die Frau energisch und sie gehen weiter, während sich der Mann mehrmals kurz umdreht. Ihn hätte ich wahrscheinlich ansprechen dürfen.

Zur Abwechslung schaue ich in die entgegengesetzte Richtung und sehe eine ältere Dame. Mal sehen, ob ich bei ihr Glück habe. Ich erzähle ihr, dass wir eine Elterninitiative sind und Unterschriften für kleinere Klassen und für den Erhalt kleinerer Schulen sammeln. Sie lächelt mich an und fragt, ob sie auch unterschreiben darf, wenn sie aus einem anderen Bundesland kommt. „Leider nicht, da die Schulangelegenheiten von den Ländern bestimmt werden.“



Mir genügt, was abfällt ...

Schade, sonst hätte ich einen Unterschriftskandidaten gehabt.

Ich hätte nicht gedacht, dass das Sammeln von Unterschriften für bessere Schul-

das unterschreiben wir.“ Nun nähern sich zwei Punks. Ich traue mich nicht, sie anzusprechen. Da versuche ich es doch lieber bei einem älteren Ehepaar. „Für die Schule?“, fragt die Frau, und sagt

*Es waren die PDS-Landtagsfraktion und Widerständler aus der Sachsen-SPD, die sich im Frühjahr 2002 trafen, um die dringende Frage zu beantworten: Was für eine Schule braucht Sachsen? Da war es bis zum Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ nicht mehr weit. Die Forderungen, die dadurch Gesetzeskraft erlangen sollten, stehen in Sachsen heute mehr denn je auf der Tagesordnung: einzügige Mittelschulen oder zweizügige Gymnasien sollen möglich sein, die Klassenobergrenze darf 25 Schüler nicht überschreiten, in Grundschulen kann es Klassen von 10 Schülern geben usw. Die CDU kann und will nicht ertragen, dass die Mehrheit im Lande eine andere Vorstellung von Schule hat. Zuerst versuchte sie das Begehren für verfassungswidrig erklären zu lassen, dann nutzte sie schamlos ihre Macht, um eine freie Diskussion über ein neues Schulgesetz zu verhindern, schließlich drängte sie den Landeselterrat zur Kapitulation, der dann auch das Volksbegehren nicht mehr unterstützte. Er begnügte sich mit einem Spätzchen in der Hand. Wer das Volksbegehren nicht unterschrieb und damit Anteil an seinem Scheitern hat, muss nun auch mit den Konsequenzen für die Kinder leben.*

zum Unterschriftstisch. Mein nächster Ansprechpartner ist ein junges Mädchen mit großem Rucksack. „Guten Tag! Wir sammeln“ – „Es tut mir leid, ich bin total pleite.“ – „Wir sam-

gen und einem Mädchen im schulpflichtigen Alter zu: „Ich habe schon unterschrieben!“ Ich kann nur noch „Danke“ sagen. Auf dem Weg zur Unterführung laufen zwei ziemlich schrill angezogene junge Männer. Jetzt spreche ich sie an, denke ich. Auf meine Frage, ob sie gegen Schulschließungen unterschreiben würden, sagen sie einfach „Ja“. Das hätte ich nie vermutet. Nun kommt erneut ein junger Vater mit einem umgebundenen Baby im Tragetuch und einem zirka zweijährigen Sohn an der Hand. Er ist sofort zur Unterschrift bereit. Als nächstes habe ich mir ein Ehepaar Mitte fünfzig ausgesucht. Auf meine einleitenden Worte sagt sie schroff: „Nein, wir unterschreiben nichts.“ Ihr Mann bleibt stehen, schaut in Richtung Tisch, zögert einen Moment und geht dann zu seiner Frau, die sich schon missmutig umschaute. Ich habe schon einen Knoten in der Zunge von den sich ständig wiederholenden Sätzen. Eine halbe Stunde will ich noch durchhalten. Ein älterer Herr kommt auf mich zu. Er hat unseren Aufsteller gelesen und fragt mich: „Glauben Sie, dass sich durch die Unterschriftensammlung etwas ändert? Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen. Ich unterschreibe nichts mehr.“ Ich entgegne: „Aber wenn man nichts tut, dann kann

Zukunft braucht Schule und

# Demokratie

bedingungen so mühevoll ist. Jetzt versuche ich es bei einem älteren Ehepaar. „Guten Tag, darf ich Sie ansprechen, wir sammeln Unterschriften gegen Schulschließungen und für kleinere Klassen. Würden Sie dafür unterschreiben?“ – „Für die Schule unterschreiben wir immer!“, sagt der Mann und sie gehen zum Tisch. Endlich habe ich Glück gehabt. Mit frischem Elan mache ich weiter. Ein gut gekleideter Mann Mitte vierzig kommt auf mich zu. „Guten Tag, wir sammeln Unterschriften gegen“ – „Haben Sie etwas Schriftliches, was ich mir zu Hause durchlesen kann? Ohne gründliche Prüfung unterschreibe ich nichts“, sagt er, bevor ich ihm die Unterschriftenaktion näher erläutern kann. Ich gebe ihm das gewünschte Papier und er verschwindet damit im Fußgängertunnel. Jetzt kommt eine Familie mit zwei Schulkindern auf mich zu. Sie hören sich mein Anliegen an, um nach einigen Überlegen festzustellen, dass sie irgend so was Ähnliches schon unterschrieben haben. Also weiter. Jetzt versuche ich es bei zwei jungen Mädchen. Ob die schon 18 sind? Mal sehen. Sie hören meinen Erklärungen interessiert zu und meinen: „Na klar,

dann nach kurzer Überlegung: „Ach, unsere Kinder sind schon lange aus der Schule und Enkel haben wir nicht, da brauchen wir nicht zu unterschreiben.“ Diesen Satz höre ich an diesem Nachmittag noch öfter. Man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Ich versuche es noch mal bei einer Frau mit einem Kleinkind. Sie hört mir gar nicht zu, sondern geht gleich weiter.

melnen auch kein Geld, sondern Unterschriften gegen Schulschließungen.“ – „Ach so, da unterschreibe ich natürlich.“ Und sie lächelt verlegen. Eine alte Frau schaut interessiert zum Tisch. Ich erzähle ihr unser Anliegen. Sie fragt mich, ob die Unterschrift Folgen hat. „Nein, es passiert nichts, wenn Sie unterschreiben.“ – „Ich habe an meiner Wohnungstür mal was

sich doch auch nichts ändern. Unterschreiben Sie doch, denn die Chancen, dass sich etwas ändert, werden doch größer, je mehr Leute etwas dagegen tun.“ – „Da glaube ich nicht mehr dran“, sagt er und geht weiter. Schade, denke ich.

Inzwischen ist unsere Standzeit abgelaufen. Wir packen alles zusammen. Obwohl viele vorbeigelaufen sind, haben doch ungefähr 400 Leute unterschrieben. Erst jetzt fällt mir wieder ein, dass heute das NOK entscheidet, welche Stadt sich für die olympischen Spiele 2012 bewerben darf. Ob wir gewonnen haben? Ich frage den nächsten Passanten, der aus der Innenstadt kommt. „Es ist noch keine Entscheidung gefallen“, meint er. Ich überlege, ob ich noch zu den vielen wartenden Menschen auf den Marktplatz gehe, aber wegen meiner müden Füße und meiner trockenen Kehle wähle ich den Nachhauseweg. Im Radio höre ich von der Entscheidung für unserer Stadt. Ob wir mit unseren gesammelten Unterschriften auch etwas bewirken können?

Nachsatz: Leider ist unsere Unterschriftensammlung für den Volksantrag „Zukunft braucht Schule“ gescheitert.

**Ich hätte nicht gedacht, dass das Sammeln von Unterschriften für bessere Schulbedingungen so mühevoll ist. ...**

**„Ach, unsere Kinder sind schon lange aus der Schule und Enkel haben wir nicht, da brauchen wir nicht zu unterschreiben.“ Diesen Satz höre ich an diesem Nachmittag noch öfter.**

Aus der Unterführung kommt ein Mann mit einem Kinderwagen. Der unterschreibt bestimmt nicht. Aber was soll's. Eine weitere Absage verkrafte ich auch noch. „Guten Tag! Wir sind eine Elterninitiative, die gegen Schulschließungen und für kleinere Klassen kämpft. Wenn sie auch dafür sind, können sie auf den ausliegenden Listen unterschreiben.“ Er drückt mir seinen Kinderwagen in die Hand und geht

unterschrieben und da bekam ich dann lauter Zeitschriften.“ – „Nein, Sie brauchen keine Angst zu haben, hier passiert nichts.“ Sie schaut mich skeptisch an, überlegt einen Moment und geht dann zu den Listen. Von den nächsten fünf Leuten, die ich anspreche, höre ich: „Keine Zeit“ oder „Ich habe einen Termin“ oder sie ignorieren mich ganz. Dann ruft mir eine Frau im mittleren Alter mit einem Jun-

Von **JUTTA DONATH**

**W**eihnachten droht und folglich das Fest für Menschen, die nicht mehr alle Tassen im Schrank haben. Zum Beispiel Sammeltassen und andere obskure *BkM*-Produkte. Die von uns besuchte *Cadeaux* – alljährliche Fachmesse für geschenk- und Wohnideen – hilft Ihnen garantiert weiter. Mit ihren Humpen und Guardian Angels, mit Rudolf, dem Rentier, mit Kantenhockern, Klinkenbären, Porzellanfiguren, Elfen, Trollen und natürlich mit Bernd, dem Brot, in Plüsch, schließt sie nicht nur allerletzte Versorgungslücken, nein, sie offenbart uns auch, wofür *BkM* steht, nämlich für *Braucht kein Mensch*.

Das Chaos ist auf dem Vormarsch, nicht nur im All. Um aus Frust- Lustkunden zu machen, legt Seyko-Keramik den Fokus auf „lustige tierische Teelichter“. Wenn Gottvater nur geahnt hätte, was aus seiner Tierschöpfung wird, die Arche Noah wäre untergegangen! Frösche, Elche, Dackel, Elefanten aus Ton, handgeformt im Drahtmantel, landen im Messeregal. Und während ich noch rätsle, was das Tierische, geschweige denn Lustige am „lustigen, tierischen Teelichthalter, grau“ ist, gerate ich gleich am nächsten Messestand ins Grübeln: „Kantenhocker“ – ein dem Duden und der Kultusministerkonferenz ferner Begriff. Löst er etwa das umgangssprachliche und pejorativ gebrauchte „Warmduscher“ ab?

Jung gebliebene Erwachsene würden auf so was stehen, weiß der eifrige Standbetreuer Florian Arnold von Present&card, Hannover, und auch auf die niedlichen Klinkenbärchen. An die Haustür gehängt, signalisierten sie dem unerwarteten Besucher, er solle sich trollen oder warten, je nachdem, ob es „Bin baden“ oder „Bin gleich zurück“ heißt. Neben solch biederen Ausreden für unwillkommene Gäste



vermisste ich in der *art list* trendy-Texte wie „Bin zur Demo“, „Fülle mit meinem Fall-Manager Hartz IV-Anträge aus. Bitte die nächsten 14 Tage nicht stören!“ Dass Dicke nicht von vornherein zu einer Problemgruppe gehören, sondern zu einer gemacht werden, zeigen weitere schöne Exponate dieser Firma: Dickmams als Kerzenhalter, Buchstützen, Kleiderhaken, Butlerinnen für Visitenkartenpartys oder Minimagnet im Stil der

Nike vom heiligen Phallus. „Gemütlichkeit bleibt Mode. Was man selbst gern trägt, das steht auch der Wohnung gut zu Gesicht“, heißt dazu der passende Slogan. Von wegen: Advent ist im Dezember! Räucherkerzenambiente, psychedelische Klänge und weihnachtliche Weisen im Äther schon seit September. Stau vor den Vitrinen der Kunstgewerbe-Werkstätten Olbernhau (KWO). Die neue Nussknacker-Generation ist da! Nicht, was Sie jetzt denken – die Charakterköpfe von Merkel, Stoiber, Schily & Co wurden noch nicht in Holz geschnitzt und auch harte Polit-Nüsse sind immer noch nicht mit dem Tischnussknacker zu knacken, auch wenn sich der Begleitprospekt als Wahlspot bestens eignet: „Dank einer neuartigen und patentierten Technik können diese Nussknacker garantiert auch Nüsse knacken, was viele der bisherigen leider nicht immer konnten.“

**T**urbulenzen wie auf dem Münchner Oktoberfest herrschen vor dem glasbruchgefährdeten Stand der Kristallglasfabrik Spiegelau. Der zuständige Verkäufer für Deutschland, Arno Seemann, präsentiert die ultimative Lösung aller Probleme – die Mystical-Serie mit

# Geschenkt

Impressionen von der Herbst-Cadeaux in Leipzig

dem Energy-Design des in den österreichischen Wäldern hausenden Stardesigners Thomas Chochola. Die Glasgefäße folgten in ihrer sechswelligen Dynamik dem Naturgesetz des Goldenen Schnitts. Wasser nähme mit Chochola-Rundungen höhere Schwingungen auf, wodurch es in seiner lebendigen Kraft stärker und in seinem Geschmack blumiger würde. Besonderes Highlight: die Karaffe „Alladin“ Diese Karaffen nun seien wahre Wunderwerke des menschlichen Fortschritts, glaubt man Herrn Seemanns verrätselter Performance. O-Ton: „Die Ausstrahlung der Karaffe Alladin wurde von dem international bekannten Experten im Bereich Gesundheit und Naturenergien Prof. Dr. T. Y. Lim auf stark rechtsdrehende Energien getestet“, erläutert er seinem beratungsresistenten Publikum. „Die Aufladung der Flüssigkeit ist nach wenigen Minuten beendet und hält zirka eine Woche an. Durch die stark rechtsdrehende Energie von Alladin-Wasser werden vermehrt linksdrehende Giftstoffe aus dem Körper abgebaut.“

„Also – vorher waren die Kristalle von einem linksdrehenden schlechten Wasser verschrumpelt“, versucht er es volkstümlich mit zu Herzen gehendem Wortschatz, „und durch die Aktivierung über die Karaffe sind die Wasserkristalle schön gestaltet, das aktiv gewordene rechtsdrehende Wasser nimmt die störenden linksdrehenden Elemente aus dem Körper raus.“ Während ich überlege, wie man diesen verblüffenden Magic-Effekt für die Politik nutzen kann, wird's einem Zuhörer zu mulmig: „Dem denkenden Menschen dreht sich der Magen um bei diesem unverdaulichen Konglomerat aus Feng Shui, 5-Elementenlehre und fehlgedeuteten naturwissenschaftlichen Fakten“, protestiert der Chiropraktiker Dr. Wolf-Dieter Quart in bedenklicher Nähe zum revoluzzerroten Karton der neuen, strategisch waghalsig im Vordergrund platzierten Spiegelau-

Glasserie „Revolution“. „Es ist falsch, rechtsdrehend als günstig und linksdrehend als gefährlich zu bezeichnen. Beides kommt in der Natur vor und hat also seine Berechtigung. Die Strategie des



Verkäufers ist leicht zu durchschauen: rechts gedreht, links gedreht, den Kunden den Kopf verdreht und das Produkt ange-dreht. Entweder ist er ein arger Schelm oder selbst kein Vertreter, sondern ein Verdreher!“

Gelassener geht mit der in Handarbeit gefertigten Wunderkaraffe die Leipzigerin Gisela R. Schmidt um, die in einem vierzehntägigen Fortbildungskursus

ihrer Arbeitsagentur zur Sterndeuterin umgeschult wurde und jetzt als Ich-AG die Firma „Makara“ betreibt: „Ich brauche kein Wasser von Spiegelau, ich kann es mit meinen eigenen Händen selbst positiv aufladen“, toppt sie den Messezirkus. „Es kommt doch nur darauf an, welche Symbole man unter die Karaffe legt“, befehlt sie die Ungläubigen und gibt einiges von ihrem kostbaren Agentur-Wissen preis: „Wenn man es zum Beispiel auf das Wort schmutzig stellt, wird das Wasser ganz eklig, stellt man es auf das handgeschriebene Wort schön, wird es wunderschön.“ Allen bass Erstaunten drückt sie ihre Angebote in die Hand: „Zwölf Strahlen; Huna, Reiki; neun Totems, Feng Shui; Feinanalyse, Asteroiden, Halbsummen.“

Nach all diesen verhinderten Schamanen führt mich mein unsichtbarer Schutzengel zu einem leibhaftigen Glücksbringer. Der Thüringer Andreas vom Stand Schutzengeldepot Senf ist bekennender Ossischutzengel: „Alle lieben mich, bis hin nach China, Australien oder Amerika. Nur die tiefkatholischen Bayern musste ich erst in den Arm nehmen und ein bisschen missionieren, ehe sie unsere Schutzengel akzeptierten.“ Und wahrlich: Hier kann wirklich jeder mit einem Engel nach seiner Fassung selig werden! Es sind Charakterdarsteller für alle Lebenslagen: Fußballer, Snowboarder, Computerfreaks, Trinker, Taucher, Musiker ... – nur leider, irgendwie sehen diese geflügelten Heilsbringer alle aus wie Brockenhexen.

**A**m Fotografieren gehindert werde ich im Linder-Terrastudio Hamburg – Küchenuhren en gros und en detail. Die verständliche Sorge des Geschäftsführers: ich sei der Scout aller unschöpferischen Uhrendesigner dieser Erde und würde China, Korea und Taiwan mit Linder-Ideen beliefern. Ob man in Fernost diese Messe braucht, um auf Ideen zu kommen, sei dahingestellt, aber

fest steht: Alle Linder-Artikel haben Gebrauchs- und Geschmacksmusterschutz! Dass das schon mal klar ist! Ich tat gut daran, mich als harmlose Messebesucherin und deutsche Tierfreundin zu outen.

Eine raffinierte vertrauensbildende Maßnahme, wie sich herausstellte, denn bei Linder ist die ganze Arche Noah im Keramikofen gelandet und als Küchenuhr wiederauferstanden. Walter Linder reicht zum Prospekt sogar eine Deutung dieses beeindruckenden Runs auf seine nostalgischen Zeitmesser nach: „Und je härter die Zeiten draußen in der Welt sind, desto mehr möchte man sich in seinen eigenen vier Wänden eine heile Welt gestalten.“ Sympathie-Tiere, wie die Gans, kommen folglich nicht mehr nur in die Röhre, sondern auch an die Wanduhr. „Wir haben es auch mit anderen Tieren als Uhrschmuck oder Pendel versucht, aber bei den Damen geht nichts über die Gans“, sagt Linder. „Weil Gänse ihrem Partner treu sind bis in den Tod.“

Während ich zwischen Schutzengeln, Kantenhockern, Trollen, Klinkenbärchen und thailändischem Flair aus Mitzmannsdorf bei Meuselwitz flaniere, fällt mir meine *Mission impossible*, die mich auf diese Messe geführt hat, wieder ein: „Schenke mit Geist, ohne List. Sei eingedenk, dass Dein Geschenk Du selber bist!“ Ich gerate in eine Identitätskrise: Wer oder was bin ich? Das lebensechte Speedy-Ei „Pfützty, der Pfützentreter“, halb aufgeschlagen in Polyäthylen von Casablanca etwa oder der Brillenständer „Eule“ aus Softschaumgewebe von Kuhnert ...

Kurz vor dem erlösenden Ausgang ins Freie dann der Scherzartikelstand des fröhlichen, zu seinen Produkten stehenden Handelsvertreters Stefan Blaskowitz aus Moißburg mit blutigen Füßen, Totenköpfen, aufblasbaren Männern und Frauen, Riesenspinnen und Plastikakerlaken als Haustieren fürs Dschungelcamp und kariösen Vampirzähnen als Alternative zur



Gesundheitsreform – so können Sie testen, wie Sie in zehn Jahren zurücklächeln werden: „Zahnteil einfach über die natürlichen Zähne stülpen und andrücken. Hält ohne weitere Hilfsmittel.“

Lizenzen aber waren die Krönung dieses Geschenkigipfels. Wer Bernd, das dröge Kommisbrot, oder Claude Monets „Mohnfelder“ für innovationsresistent hält, irrt gewaltig. Sie hatten ihre Chance gehabt – im Bäckerladen, im Kinderkanal oder mit Öl auf der Leinwand. Nun ist ihre Zeit abgelaufen und ab sofort müssen sie ihre Wiedererweckung zum Schlüsselanhänger, zur Fingerpuppe, als Kaffeetassen- und Wandtellermotiv tapfer ertragen.

Mit Bedauern reift dem Betrachter dieser Messe die Erkenntnis: Das Allerwichtigste ist nach wie vor nicht erfunden worden – kompostierbare Produkte, die sich kurz nach dem Verschenken selbst zerstören.

## KLEINE CHRONIK

# Leipziger Skandale 2004

### Januar

Der Chef des Regionalschulamtes fordert von der Stadt über bisherige Pläne hinaus die Schließung von sieben Mittelschulen und drei Gymnasien.

Die Entlassung von Lehrkräften, überfüllte Hörsäle und Seminarräume, die Kürzung der Mittel für die Studentenwerke und das Drängen der Landesregierung auf Studiengebühren veranlassen Studenten, bei einem Protestmarsch symbolisch die Bildung zu Grabe zu tragen.

Die Stadt streicht radikal Mittel für Arbeitsgemeinschaften an Schulen, um fünf Millionen Euro im Etat des Schulverwaltungsamtes einzusparen. An Grundschulen werden gar keine AG mehr gefördert.

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Sachsen (MDK) verweigert einem schwerstbehinderten Kleinstkind eine Pflegestufe. Erst nach öffentlicher Empörung wird ein neues Gutachten angefertigt.

### Februar

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft muss die Sanierung von 239 Wohnungen am Löbniger Rundling stoppen, weil ein privater Investor abspringt und keine Fördermittel bewilligt wurden.

Statt der angekündigten Pflege, Auslichtung und Beseitigung auswalduntypischer Bäume hat im Connewitzer Holz eine großflächige Waldzerstörung stattgefunden. 600 starke, gesunde Eschen wurden abgeholzt, vermutlich, um sie zu Geld zu machen.

Sich verdichtende Verdachtsmomente wegen undurchsichtiger Parteispenden und einer Provision im Zusammenhang mit dem Stadionumbau veranlassen den Oberbürgermeister, Stadtkämmerer Kaminski vom Dienst zu suspendieren.



Wegen ausbleibender städtischer Zuschüsse bangen Hunderte Vereine, die in der Jugendhilfe sowie im Kultur- und Sozialbereich tätig sind, um ihre Existenz. Vielen droht Zahlungsunfähigkeit. Regierungspräsidium und Stadtverwaltung weisen sich gegenseitig die Schuld zu.

Die Sanierung des Grassimusseums wird nahezu 3 Millionen Euro teurer als geplant. Für verdeckte Mängel, die bei solch einem historischem Bau normal sind, war kein Geld vorgesehen. Ohnehin war das Vorhaben aus Kostengründen auf das Notwendigste reduziert und zeitlich gestreckt worden.

### März

Der Chef der Stadiongesellschaft, Stephan Brendel, wird verhaftet wegen des Verdachts, dem Kinowelt-Geschäftsführer Kölmel geholfen zu haben, Millionenbeträge aus der Konkursmasse seines Unternehmens herausgelöst zu haben.

Der Abriss des einstmaligen renommierten Leipziger Schwimmstadions, das nach 1990 dem Verfall preisgegeben wurde, beginnt. An seiner Stelle soll ein Parkplatz entstehen.

Leipzigs Stadtplaner wollen im Zuge der Verkehrsplanung für Olympia bereits früher verworfene Straßenbauvorhaben durchsetzen, die Grünzonen durchschneiden – im Falle des Mittleren Ringes Südost den Stünzer Park und bei der Wolfswinkelkurve den Aueward.

Das Rechnungsprüfungsamt ermittelt, dass beim Umbau der Erdgeschosszone im Alten Rathaus die Baukosten um 100 Prozent überschritten wurden. Geplante Mieteinnahmen kommen nicht, da das Brauhaus Reudnitz als Mieter die Miete bis 2007 mit selbst finanzierten Kosten verrechnen darf. Der von Bürgermeister Kaminski geschlossene Mietvertrag wurde nicht, wie vorgeschrieben, dem Grundstücksverkehrsausschuss zur Bestätigung vorgelegt. Es gibt weitere Verstöße von Verantwortlichen der Verwaltung gegen städtische Vorschriften.

Die Stadtverwaltung sieht vor, das Stadtbad nach der Sperrung der großen Halle wegen defekter Hallendecke ganz zu schließen. Aus Kostengründen soll das Bad von der Sanierungsliste gestrichen werden. Von Schließung bedroht ist auch die Schwimmhalle in der Arnoldsche-Straße.

Auf der Buchmesse tritt entgegen dem Protest vieler Schriftsteller und Verleger die Bundeswehr mit einem eigenen Stand auf, an dem auch Kriegsspiele demonstriert werden.

Die Jury für den Architekturwettbewerb zum Universitätsneubau am Augustusplatz favorisiert den Entwurf des Rotterdamer Büros Erick van Egeraat mit einem dominant mittelalterlichen Erscheinungsbild, der zudem den funktionalen Anforderungen an eine modernen Universität nicht gerecht wird.

Unter Sparzwang und entsprechend dem mit der Landesregierung abgeschlossenen Hochschulpakt will sich die Leipziger Universität von den Studiengängen Niederlandistik und Umweltchemie trennen. Die Magisterausbildung in der Diszi-

Schwärzungen versehene Fassung des Berichtes des Rechnungsprüfungsausschusses zur Stadion-Provisions-Affäre um Kämmerer Kaminski.

Leipzig hat sich, wie ein Sprecher des Landeskriminalamtes feststellt, zur Drehscheibe für Heroin und Kokain entwickelt. Die Drogen kommen meist aus den Niederlanden und werden von Leipzig aus auch in andere Bundesländer verkauft.

Die international bekannte Ballettschule der Oper muss aus finanziellen Gründen schließen, nachdem Verhandlungen mit einem freien Träger scheiterten.

Nachfragen der Vorsitzenden einer Bürgerinitiative zu Höhe und Verwendung von Spendengeldern für die Kongresshalle, die bei bfb-Konzerten gesammelt wurden, bringen zu Tage, dass die Mittel zweckentfremdet eingesetzt wurden, und offenbaren eine Reihe Widersprüche.

### Mai

Am 1. Mai dürfen der Hamburger Neonazi Worch und seine Anhänger mit verwaltungsgerechtlicher Genehmigung zum elften Male seit 2001 in Leipzig aufmarschieren, um ihre rechtsradikalen und nationalistischen Forderungen zu propagieren. Der Einsatz der etwa 1000 Polizeibeamten kostet die Stadt rund 1 Million Euro.

Die von Bundesinnenminister Schily vorgelegte Kriminalstatistik für 2003 weist aus, dass in Leipzig die Anzahl der erfassten Fälle je 100 000 Einwohner gegenüber dem Vorjahr von 13 838 auf 15 587 gestiegen ist und die Stadt damit fast das Kriminalitätsniveau von Hamburg erreicht hat.

Im städtischen Haushaltplan für 2004 ist ein Defizit von 20,6 Millionen Euro erkennbar. Es resultiert aus dem auf 2005 verschobenen Wirksamwerden der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Mehrausgaben für den Landeswohlfahrtsverband und fünf Millionen Euro geringeren Einnahmen als Folge der Gewerbesteuerreform. „Das ist weder akzeptabel noch verkraftbar“, klagt Oberbürgermeister Tiefensee.

Die Treuhand-Nachfolgerin TLG will das ehemalige Robotron-Gebäude in der Gerberstraße wegen Unterbelegung stilllegen, womit sie einen zentral gelegenen Komplex dem Verfall preisgibt.

Das Kultusministerium lässt für das kommende Schuljahr an zwei Leipziger Gymnasien und fünf Mittelschulen wegen zu geringer Schülerzahlen keine fünften Klassen mehr zu, obwohl für die Zukunft die Gewährleistung der Mindestbesetzung vorausgesehen ist.

plin Logik und Wissenschaftstheorie wird eingestellt.

### April

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft hebt trotz des großen Leerstandes in 2000 Fällen die Bestandsmieten für Wohnungen in günstigen Lagen an.

Die Polizei stellt den kostenlosen Service der Codierung von Fahrrädern ein, nachdem der Vertrag mit den letzten vier ABM-Kräften ausgelaufen ist und die Arbeitsagentur keine neuen Stellen genehmigte.

Der traditionsreiche Verein des ersten deutschen Fußballmeisters VfB Leipzig beendet mit Beschluss der Gäubigerversammlung wegen Insolvenz (Verbindlichkeiten in Höhe von 4,8 Millionen Euro) und fehlender Rettungskonzepte seinen Spielbetrieb. Der Erbpachtvertrag mit der Stadt für das Stadiongelände in Probstheida wird gelöst, der Verein aus dem Vereinsregister gelöscht. Der Stadt entstehen 1,4 Millionen Euro Unkosten.

Oberbürgermeister Tiefensee übermittelt den Stadträten nur eine von der Stadtverwaltung überarbeitete, gekürzte und mit

## Juni

Die Kosten für den Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums in der Reichsstraße sind um 1,159 Millionen Euro, rund 21 Prozent, überzogen worden. Der Planungsdezernent hat die Summe akzeptiert, ohne den Stadtrat zu informieren.

Für den Bau der Hans-Weigel-Brücke in Engelsdorf werden aufgrund von Versäumnissen bei der Vertragsgestaltung zwischen Bund, Bahn und Stadt Nachforderungen des Bundes an die Stadt in Höhe von rund 500 000 Euro zusätzlich fällig.

Mit dem Aus für die Leipziger Olympiabewerbung streicht die Landesregierung die für die Sanierung des Hotels Astoria zugesagten Fördermittel.

Beim geplanten Abriss der denkmalgeschützten „Kleinen Funkenburg“ in der Jahnallee umgeht die Stadtverwaltung durch trickreiches Agieren Vorschriften zur Bürgerbeteiligung und zum Erhalt schützenswerter Gebäude.

Leipzig ist unter den deutschen Städten Spitzenreiter bei der Zwangsversteigerung von Immobilien. Die Halbjahresstatistik weist einen Anstieg auf 2492 Fälle aus; das sind 13 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das Regierungspräsidium beginnt Voruntersuchungen gegen Oberbürgermeister Tiefensee wegen Pflichtverletzung. Es wirft ihm vor, im Zusammenhang mit Kostenüberschreitungen beim Umbau im Alten Rathaus und beim Bau des Zentralstadions sowie im Zusammenhang mit Provisionszahlungen bei der Suche nach Stadioninvestoren ungenügend informiert zu haben.

Der mit 300 000 Euro verschuldete Leipziger Rennclub ist gezwungen, Insolvenzantrag zu stellen. Die Lizenz zur Austragung von Galopprennen im Scheibholz ruht. Wesentlich Schuld an der Situation hat das ungenügende Engagement der Stadt. Seit vielen Jahren ist die Sanierung der Tribüne fällig.

Wie Überprüfungen von ADAC und Polizei an Schulen ergeben, benutzen 79 Prozent der Kinder mit Mängeln behaftete Fahrräder: fehlende oder defekte Bremsen, Beleuchtung oder Klingel. Im Vorjahr waren es 44 Prozent.

Berechnungen im Rathaus ergeben, dass für den Etat 2005 bis zu 130 Millionen Euro gespart werden müssen. Das kürzlich von der Ratsversammlung verabschiedete Bibliothekskonzept wird wieder in Frage gestellt.

Die sächsische Antikorruptions-einheit INES ermittelt im Zusammenhang mit dem Bau der



Am 1. Mai dürfen Neonazi Worch und seine Anhänger mit richterlicher Genehmigung zum 11. Male seit 2001 in Leipzig aufmarschieren.

Gaststätte „Lotter und Wiedemann“ gegen Stadtkämmerer Kaminski, Stadtbaurat Lütke Daldrup und andere Verantwortliche im Rathaus sowie mehrere Planungsbüros wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil des öffentlichen Eigentums. Der Stadt war ein Schaden von 400 000 Euro entstanden.

Die Verschuldung der Stadt Leipzig je Bürger beträgt am Monatsende 1741 Euro.

## Juli

Der Stadt drohen Millionenverluste wegen fehlender Käufer für die Neubauten in der Thomas-Müntzer-Siedlung und im Schönauer Viertel von Grünau.

Die Rathausspitze will angesichts der prekären Haushaltslage im nächsten Jahr 440 Stellen streichen und dafür 700 Ein-Euro-Jobs schaffen. Über lange Zeit werden die Personalvertretungen nicht in die Diskussion darüber einbezogen.

Die Spiele des Fußball-Eröffnungsturniers im umgebauten Zentralstadion finden jeweils nur etwa 5000 Zuschauer und bringen den Veranstaltern Verluste in sechsstelliger Höhe ein. Die Veranstaltungen waren von technischen Pannen begleitet; so versagte die eine halbe Million Euro teure Anzeigetafel.

Zum Zeitpunkt der Eröffnung des Zentralstadions sind seit Monaten fällige Außenstände der Stadt bei Baufirmen in Höhe von mehreren Millionen Euro noch nicht beglichen.

Die Stadtverwaltung will den Stadtratsfraktionen künftig nur noch 800 000 statt 1,1 Millionen Euro für ihre Arbeit bereitstellen. Damit drohen Personalabbau und verringerte Wirkungsmöglichkeiten.

## August

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund einschließlich der Leipziger Verkehrsbetriebe erhöht

erneut die Tarife für die Nahverkehrsmittel. So sind für eine Straßenbahn-Kurzfahrt 1,30 Euro zu entrichten. Auf die teurer werdenden Schüler-Abo-Karten kommt noch ein Aufschlag, wenn sie in monatlichen Raten bezahlt werden.

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft will das Wohnensemble Krähenhütte in Dölitz an einen Investor verkaufen, wobei die damit anstehende Sanierung mit steigenden Mieten zwingen würde. Die Stadt tut nichts, um das zu verhindern.

## September

Für 70 000 Leipziger Haushalte, die das „Bestpreis Strom“-Angebot der Stadtwerke Leipzig nutzen, erhöhen sich die Preise im Schnitt um neun Prozent; bei einem Verbrauch bis zu 1676 Kwh steigen sie sogar um über 34 Prozent.

In den Leipziger Landtagswahlkreisen 28 und 31 können die beiden Direktkandidaten der PDS nicht ihr passives Wahlrecht ausüben, weil der Landesvorstand der Partei nicht alle Wahlunterlagen termingerecht eingereicht hat.

Der Werbeverlag „Blitzpunkt“ missbraucht Schüler zum Verteilen von Wahl-Flugblättern der NPD.

In dem seit Juli 2002 andauernden Streit um die Besetzung des Chefpostens in der Staatsanwaltschaft Leipzig kommt das Sächsische Obergericht in Bautzen zu der Feststellung, dass das Justizministerium „eine rechtswidrige Auswahlentscheidung“ getroffen hat.

Im Meusdorfer Haftkrankenhaus wird ein Häftling grausam ermordet. Bedienstete werden beschuldigt, ihre Kontrollpflichten verletzt zu haben.

Die Sparkasse Leipzig will bis Jahresende weitere 50 Stellen abbauen, nachdem die Anzahl

der Mitarbeiter seit dem Jahre 2000 bereits von 1539 auf 1368 zurückgegangen ist.

Auf Montagsdemos hetzten vermutliche NPD-Leute mit einem Transparent: „PDS aus der Demo – Fangt Eure Ratten woanders“. Die Strafverfolgung wird von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung abgelehnt, es handle sich um eine zulässige politische Meinungsäußerung.

Oberbürgermeister Tiefensee kündigt an, dass dem Stadtrat im kommenden Jahr gegenüber 2004 120 Millionen Euro fehlen werden. Als Ursachen nennt er die schlechte Wirtschaftslage Deutschlands, sinkende Zuwendungen aus dem Solidarpakt und die ausbleibende Gemeindefinanzreform. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf enthält zahlreiche schmerzhaft Einschnitte, die die Lebensqualität der Bürger herabsetzen und die Rathausangestellten belasten. Die Investitionen sollen auf rund 65 Prozent gegenüber 2004 zurückgehen. Ungeachtet der Einsparungen weist der Etatentwurf eine Deckungslücke von 70 Millionen Euro auf.

Ein Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die am Bildermuseum gepflanzten Eichen deshalb zu einem großen Teil abgestorben sind, weil sie vertrockneten. Die Frage nach der Schuld bleibt offen.

Die Stadtgärtnerei soll nach dem Willen der Stadtverwaltung im kommenden Jahr geschlossen werden. Ab 2006 sollen nur noch Parks und Grünanlagen im Stadtzentrum und an touristischen Zielen bepflanzt werden.

## Oktober

Das Rathaus streicht eine Vielzahl vorgesehener Investitionsobjekte, da der vorgeschriebene Eigenanteil (in der Regel 25 Prozent) für die abrufbaren Fördermittel nicht aufgebracht werden kann. Betroffen sind vor allem Stadterneuerung und Wohnungsbau.

Ohne Genehmigung des Denkmalschutzes reißt die LWB ein stattliches Wohnhaus in der Karl-Heine-Straße ab, dessen Verfall sie mit verschuldet hat.

Die Leipziger CDU schlägt vor, zusätzlich zu der bereits vorgesehenen Streichung von 440 Stellen in der Stadtverwaltung weitere 104 Stellen wegzulassen.

## November

Die Sparforderungen der Stadt an das *Leipziger Schauspiel* – u. a. eine Senkung der Personalkosten um 10 Prozent, nachdem bereits in den vergangenen Jahren die Beschäftigtenzahl um ein Drittel reduziert wurde –, veranlassen Direktor Wolfgang

Engel zur Rücktrittsdrohung. Riccardo Chailly, künftiger Gewandhauskapellmeister, äußert: „Müssen Musiker gehen, gehe ich auch.“

Zu den vorgesehenen Arbeitsplatzreduzierungen in der Stadtverwaltung zählen, wie jetzt bekannt wird, zwei Stellen für Kraftfahrer der Albert-Schweitzer-Schule für körperbehinderte Kinder. Das bedeutet auch das Aus für die beiden Schulbusse.

Die Verwaltungsspitze im Rathaus will ab der Spielzeit 2005/2006 die Eintrittspreise für Oper und Musikalische Komödie erneut verteuern, nachdem der Stadtrat erst im März einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatte.

Die Stadtverwaltung will die Schulzahnklinik mit ihren fünf Niederlassungen im September kommenden Jahres schließen, um jährlich 300 000 Euro einzusparen.

Der Chef dramaturg der Oper und Direktor der Musikalischen Komödie, Bernhard Hellmich, sieht angesichts der finanziellen Situation keine Möglichkeiten mehr, das Niveau der Spielstätte in Lindenau zu halten, und kündigt sein Ausscheiden aus dem Amt an.

Ungeachtet starker Proteste der Betroffenen und der Ablehnung durch im Stadtrat hält der OBM zunächst an Plänen zur Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer fest.

Die Anzahl der Arbeitslosen erreicht mit 69 941 den höchsten Wert, der je Ende November im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig ermittelt wurde.

## Dezember

Der am 15. Dezember (nach Redaktionsschluss) tagenden Ratsversammlung liegt ein unausgeglicherer Etatentwurf für 2005 vor, der durch die größten Einschnitte in der jüngeren Geschichte der Stadt, durch neue erhebliche Belastungen für Bewohner und Unternehmen geprägt ist. Sie betreffen die Daseinsfürsorge für die Bürger mit erheblichem Stellen- und Sachkostenabbau, Einschränkungen im kulturellen Leben wie auch eine weitreichende, arbeitsplatzbedrohende Reduzierung der Investitionen.

Im Zusammenhang mit einem schwarz-grün-gelben Vorschlag zur Einsparung von zusätzlich 220 Stellen und von 10 Millionen Euro im Kulturretat erwägen die CDU- und die FDP-Stadtratsfraktion die Schließung des Schauspielhauses. Auch die Schließung der Musikalischen Komödie wird wieder zur Diskussion gestellt.

**Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...**

Kann ein Theaterstück, das im Original eigentlich vor 160 Jahren spielt, heute noch so aktuell sein, dass es die Justiz beschäftigt? Gerhart Hauptmann mag es gehaut haben – „Echte Dramen sind immer: Gegenwart“. Volker Löschs Inszenierung von Hauptmanns „Die Weber“ am Dresdner Staatsschauspiel mit 33 Laiendarstellern ist die zweifelhafte Ehre nach der Premiere am 30. Oktober beschieden worden. Die Dresdner „Weber“ spielen in Deutschland 2004 und zeigen den Aufstand gegen den Ausschluss von einem Leben mit Arbeit. Während die Kritiken das Stück eher zwiespältig beurteilten, trat „BILD Dresden“ mit dem umstrittenen, völlig aus dem Kontext gerissenen Satz eines Chormitgliedes „Wen ich sehr schnell erschießen würde, das wäre Frau Christiansen“ den vermeintlichen Skandal los, obgleich die Autorin des Artikels das Schauspiel nach eigenem Bekenntnis gar nicht gesehen hatte. Es war daher nur eine Frage der Zeit, dass Sabine Christiansen gegen den angeblichen Rufmord gerichtlich vorging. Ihre Aussichten offenbar selbst nicht übermäßig rosig einschätzend, führ-

## „Echte Dramen sind immer: Gegenwart“

Zum umstrittenen Verbot des Hauptmann-Stückes „Die Weber“

te die ungekrönte Palaverkönigin des deutschen Fernsehens offenkundig den Rechteinhaber des Stückes, den Verlag Felix Bloch Erben, zusätzlich ins juristische Feld. Mit Schützenhilfe der Dichter-Enkelin Anja Hauptmann wurde am 24. November 2004 vor dem Berliner Landgericht eine einstweilige Verfügung erwirkt, der zufolge bis auf weiteres die Aufführung wegen der zugefügten Chortexte verboten bleibt.

Kurzerhand organisierte das Staatsschauspiel als Ersatz für das verbotene Stück eine Podiumsdiskussion. Obwohl kein Schauspieler auf der Bühne stand, erlebte das Publikum im vollbesetzten Haus an diesem denkwürdigen Donnerstag einen fulminanten Theaterabend, der unter dem Motto eines Zitats von Heinrich Böll über die Freiheit der Kunst stand – „sie muss also zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit sie gehen darf“. Besonderen Eindruck hinterließen die vortrefflichen Analysen von Intendant Holk Freytag, Volker Lösch, dem Direktor des Leipziger Schauspielhauses Wolfgang Engel sowie dem Theaterwissenschaftler der Universität Leipzig Prof. Dr. Günther Heeg zum derzeit beklagenswerten Zustand der öffentlichen, besser der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik. Lautstarken Protest der deutlichen Mehrheit des Publikums erntete das Auftreten der Hauptmann-Enkelin sowie der Vertreterin des Verlages Felix Bloch Erben, als beide in bekennender Unkenntnis über die Dresdner Aufführung halsstarrig das Verbot verteidigten und als trojanisches Pferd von Sabine Christiansen quasi eine Vorstellung ganz eigener Art gaben.

Nur zehn Minuten brauchte das Dresdner Landgericht am vergangenen Donnerstag, um sein Urteil zu verkünden: Die Moderatorin Sabine Christiansen unterlag mit ihrem Antrag, die entsprechende Passage aus der Inszenierung streichen zu lassen. Das Gericht folgte damit der Auffassung der Staatsanwaltschaft Dresden, die bereits am 24. November ein Ermittlungsverfahren gegen die „Weber“ mit dem Verweis auf die Kunstfreiheit eingestellt hatte. Diese Entscheidung hat allerdings vorerst keine unmittelbaren Folgen. Volker Löschs Version der „Weber“ darf wegen der einstweiligen Verfügung des Theaterverlages Felix Bloch Erben weiterhin nicht gespielt werden. Man darf gespannt sein, wie das Landgericht Berlin am 11. Januar 2005 entscheiden wird.

• VOLKER KÜLOW

# Meisterhaftes und Experimentelles in Leipziger Konzerten

Zwischen zahlreichen Weihnachtsmusikern gehen in Leipzig als Musikstadt Orchester- und Kammerkonzerte in kaum verminderter Zahl weiter. Da zwingt die Vielfalt, das Besondere auszuwählen. Herbert Blomstedt beschloss im alljährlichen Unicef-Gewandhauskonzert mit der zweiten Sinfonie „Die vier Temperamente“ seinen Carl Nielsen gewidmeten Zyklus. Mit ihm dokumentierte er nachdrücklich: Dieser dänische Meister verdient im Gewandhaus seinen festen Platz neben Gustav Mahler, Richard Strauss, Claude Debussy, Leos Janacek, Jean Sibelius, Hans Pfitzner und anderen Komponisten dieser Generation.

In der MDR-Reihe „Zauber der Musik“ fesselte die amerikanische Dirigentin Karen Kamensek mit Musik der mexikanischen Komponisten Silvestre Revueltas und José Pablo Moncayo sowie mit „El Salón Mexico“ ihres Landsmannes Aaron Copland. Waltraut Wächter war an diesem Abend als großartig musizierende, klanglich bewegende und technisch absolut souveräne Solistin des höchst anspruchsvollen Violinkonzertes von Benjamin Britten zu erleben. Im 3. Rundfunkkonzert stellte der 33-jährige Komponist Matthias Pintscher als Dirigent seine dramatische Szene „Hérodiade-Fragmente“ mit der bezaubernden Sopranistin Marisol Montalvo vor. Das in Stim-

mung und Klang kontrastreiche Werk weckte starke Emotionen, ohne als Ganzes voll überzeugen zu können. Zum Teil mag das an Pintschers Direktionsweise gelegen haben. Denn auch seine Gestaltung der in Leipzig wohl noch nie gespielten, weit in musikalischen Neuland vordringenden vier Stücke für Orchester op. 12 von Béla Bartók ließ manche Wünsche offen. Mit seinem Jubiläumskonzert zum 50-jährigen Bestehen zeigte sich das seit Anbeginn von Horst Förster mit großen Einsatz geleitete Akademische Orchester ganz auf der Höhe seiner erstaunlich beständigen Leistungsfähigkeit. Das will in Leipzig etwas heißen, wenn ein Amateurorchester Peter Tschaikowskis fünfte Sinfonie so überzeugend spielen kann. In der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater wartete das Sinfonieorchester der Franz-Liszt-Hochschule Weimar unter Gunter Kahler mit dem ausdrucksstarken „Stilleben“ des 1957 geborenen finnischen Komponisten Harri Ahmas und der überzeugend gespielten zweiten Sinfonie von Jean Sibelius auf. Verdient stürmischen Beifall erhielt die Klarinettistin Susan Johst. Sie bewältigte die enormen musikalischen und spieltechnischen Anforderungen des Klarinettenkonzertes von Carl Nielsen wie selbstverständlich. Zudem gab es eine Vielzahl von Kammermusiken. Das vom Gewandhaus-

Solocellisten Christian Giger begründete internationale Kammermusikfestival war diesmal Mozart und ungarischer Kammermusik gewidmet und bedachte vor allem Ernő Dohnányi. Im Schumann-Haus beendete das Hyperion-Trio eindrucksvoll seine vier Konzerte umfassenden Reihe mit Robert Schumanns Klaviertrios. Das Leipziger Streichquartett faszinierte mit sieben erlebnisreichen Abenden „Musikstadt Leipzig“ in den Leipziger Kammermusiksalen.

Einer dieser Abende fand innerhalb der Reihe „Musica nova“ des *Ensembles Avantgarde* statt und lenkte die Aufmerksamkeit schon auf das vom „Forum zeitgenössische Musik“ und der „Galerie für Zeitgenössische Kunst“ an zwei Wochenenden veranstaltete „Festival für zeitgenössische Musik Leipzig“.

Unter den Begriffen „Grenzregionen“ und „LINE\_IN Neue Musik Territorien“ wurden Werke aus neuen EU-Ländern, aber auch aus Serbien-Montenegro und Bulgarien vorgeführt. Kombinationen von Film oder Bildern und Elektronik, Stücke, die neue Spielweisen fordern, drangen in ein weites Feld vor. Dabei verloren sich die Spieler zuweilen auch in diesen Weiten. Das Streben nach Neuem stand öfters weit vor überzeugenden Ergebnissen.

• WERNER WOLF

## ZU EHREN EDVARD GRIEGS:

### Eine weitere Musikgedenkstätte in Leipzig entsteht

Ein Glück, dass das einst stattliche Leipziger Stammhaus des 1800 gegründeten traditionsreichen Musikverlages C. F. Peters denkmalgeschützt ist. Schon zu DDR-Zeiten stark sanierungsbedürftig, war es nach der Rückgabe an den inzwischen in Frankfurt am Main angesiedelten Stammsitz nur noch wenig genutzt und dem weiteren Verfall preisgegeben – bis es in private Hände verkauft wurde. Der jetzige Besitzer, der in Wiesbaden ansässige Arzt Mohammed Aziz, will es wieder in ursprünglicher Pracht erstehen lassen. Er zeigt sich aber nicht nur am Bauwerk interessiert, sondern auch an dessen wechselvoller Geschichte. Unter den zahlreichen verlegerischen Leistungen, die von Erstausgaben Beethovens beginnend über Wagner, Mahler, Schönberg bis in die Gegenwart führen, nimmt der Einsatz für das Gesamtwerk des Norwegers Edvard Grieg eine besondere Stellung ein.

Seit seiner Studienzeit 1858/62 pflegte Grieg den Kontakt zur Musikstadt Leipzig. Im Peters-Chef Max Abraham und dessen von den Nazis im KZ Auschwitz ermordeten Nachfolger Henri Hinrichsen fanden er und seine Frau Förderer und wahrhafte Freunde. Grieg wurde mit seiner Musik in Deutschland sozusagen der erste Botschafter seines Heimatlandes.

Um diese Verbindungen und Leistungen zu wahren, gründeten Forscher und Liebhaber der Musik Edvard Griegs 1998 den Verein *Edvard Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte Leipzig* e. V. Sein Ziel ist seinem Namen ent-

sprechend die Einrichtung und Betreuung einer Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte im ehemaligen Verlagshaus, in der auch Kammermusiken stattfinden sollen.

Die Arbeit für die inhaltliche Gestaltung dieser Gedenkstätte und die weitere Popularisierung von Edvard Griegs Werk leisten Vereinsmitglieder ehrenamtlich, vor allen die Vorsitzende Prof. Dr. Hella Brock als international angesehene Grieg-Forscherin, ihre Stellvertreterin Ina Adler als Mitarbeiterin des norwegischen Konsulats und Norbert Molkebur als Schriftleiter der seit 1999 erscheinenden informativen Mitteilungsblätter. Allein schon über die Mühen, in Leipzig eine Straße nach Edvard Grieg als berühmtesten ausländischen Studenten des Leipziger Konservatoriums zu nennen, könnte leicht eine Zeitungsseite geschrieben werden. Im Clara-Zetkin-Park, zwischen Karl-Tauchnitz- und Ferdinand-Lasalle-Straße, mündet jetzt die Edvard-Grieg-Allee unmittelbar in die Beethovenstraße und die Anton-Bruckner-Allee.

Eine internationale bedeutsame Leistung vollbrachte der Verein mit der Vorbereitung und Gestaltung des dreitägi-



Edvard und Nina Grieg, Martha und Henri Hinrichsen (v. l.) 1907 in Leipzig

gen 5. Deutschen Edvard-Grieg-Kongresses zum Thema *Edvard Grieg – Weltbild und Werk* im September dieses Jahres. Im Zusammenklang von manchen neuen Forschungsergebnissen und Aufführungen Griegscher Werke führte der Kongress zu eindrucksvollen und nachhaltigen Erlebnissen.

Nun steht für den 7. Juni 2005, dem 100. Jahrestag der Loslösung Norwegens von der schwedischen Krone, als nächster Höhepunkt – sofern Bauarbeiten termingemäß abgeschlossen werden – die Einweihung der Begegnungs- und Gedenkstätte im einstigen Verlagshaus Talstraße bevor. Und weitergehend wird schon an die Würdigung des Komponisten zur 100. Wiederkehr seines Todestages am 4. September 2007 gedacht.

• WERNER WOLF



Zwei der Kunstwerke, die im Neubau des Museums der Bildenden Künste am Leipziger Sachsenplatz zu sehen sind: Die Installation von Bogomir Ecker „Tritterpeifen und Ghetoblaster“ und von Max Klinger „Die blaue Stunde“. Fotos: Museum der bildenden Künste

## Leipzig hat sein Bildermuseum wieder

Die Euphorie ist groß – doch kritische Töne sind ebenfalls angebracht

Leipzig kann seine Bilder wieder zeigen. Das Museum der bildenden Künste hat endlich – mit zweijähriger Verspätung – sein neues Haus in Besitz genommen und die Türen für die Besucher geöffnet. Der offizielle wie der mediale Lobgesang auf den angeblich ersten Museumsbau nach 1945 in Ostdeutschland war groß, er sollte dennoch nicht vergessen machen, dass, bei aller Euphorie, auch kritische Töne in diesem Zusammenhang berechtigt sind.

Die jetzt überall zu hörende Behauptung, dass dies der erste Museumsneubau im Osten nach 1945 sei, ist schlichtweg falsch. Als völliger Neubau entstand beispielsweise um 1970 die Kunstgalerie in Rostock. Außerdem entstanden nach 1949 zahlreiche Museen wie in Dresden oder Berlin durch Wiederaufbau faktisch neu. Auch „hausten“ die Bilder des Leipziger Museums nicht „mehr schlecht als recht“ im ehemaligen Reichsgericht. Die Räumlichkeiten waren aber für die großformatigen Gemälde der Sammlung wenig geeignet. Übrigens verfügt das neue Bildermuseum auch nicht über mehr Ausstellungsfläche als im Dimitroff-Museum, jedoch über größere und höhere Räume.

Im Gebäude am heute umbenannten Di-

mitroffplatz, an historischer Stätte des Reichstagsbrandprozess, haben im Rahmen der Jugendweihervorbereitung zehntausende Leipziger Jugendliche das Leipziger Bildermuseum kennen gelernt und besuchten Bilderbesprechungen wie zur niederländischen oder antifaschistischen oder der DDR-Malerei. Höhepunkte in Vorbereitung der regelmäßigen DDR-Kunstaustellungen waren die jeweiligen Leipziger Bezirksausstellungen im Bildermuseum.

Dass Leipzig ein attraktives Bildermuseum benötigt, war keine Eingebung des vereinten Deutschland. Vielmehr sollte Leipzig zwar nicht wieder Hauptstadt des deutschen Rechts werden, aber die (west-)deutsche Justiz begehrte das ehemalige Reichsgericht für das Bundesverwaltungsgericht. Stadtrat und Verwaltung haben diesem Begehren unter der Bedingung zugestimmt, dass Leipzig einen Bilder-Museumsneubau erhält, der zu großen Teilen von Bund und Land finanziert würde. Für so manchen Stadtrat und Stadtoberen ergab sich damit auch die Chance, das im vereinigten Deutschland als suspekt angesehene Dimitroff-Museum als wichtige Stätte des antifaschistischen Widerstandes gleich mit zu „entsorgen“.

Im Ergebnis verschiedener Standortuntersuchungen wurde für das Museum der

Sachsenplatz inmitten der Innenstadt favorisiert. Nach Auffassung der PDS-Stadtratsfraktion sollte sich der Baukörper selbstbewusst in Randlage zum Markt oder Brühl präsentieren – nicht aber als „versteckter Schatz“ aus einer Blockrandbebauung in Form eines 30 Meter hohen Glaskörper über die 20 Meter hohen historischen Gebäude herausragen. Kritikwürdig ist auch, dass der vom Preisgericht und später von der Mehrheit im Stadtrat favorisierte Entwurf deutlich teurer wurde als geplant. Wenn die Mehrkosten jetzt im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich liegen, davon ein nicht unwesentlicher Teil wegen Bauzeitverlängerung, führt das logischerweise weder in der Stadtverwaltung und im Stadtrat noch bei den Fördermittelgebern zu Jubel.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Das Museum ist dienstags und donnerstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, mittwochs von 12 bis 20 Uhr.

Der Eintritt kostet 5 Euro (3,50), zu Wechselausstellungen ab 6 Euro (4), das Kombiticket (Wechselausstellung & Sammlung) 8 Euro (5), die Jahreskarte kostet 40 Euro (28). Jeden 2. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei.

Auf Wiedersehen!“ ruft Anton 1987 auf der letzten Seite der 13. Auflage des Lexikons *Von Anton bis Zylinder* seinen jungen Lesern zu. Und siehe da, 2004 meldet sich der lustige Bursche, frisch aufgeputzt, wieder zurück. Die Neuaufgabe jenes Buch-Hits, das viele neunjährige DDR-Kinder seit 1968 auf ihren Geburtstagstisch fanden, ist dem Beltz Verlag zu verdanken, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein beliebte Titel des Berliner Kinderbuchverlages neu herauszugeben. Auf kindgemäße, heitere Art wird darin für die Jüngsten die Welt ins Kinderzimmer geholt. Freilich hat zuvor eine gründliche Verjüngungskur stattgefunden,

## Verjüngtes Kinderlexikon

und das nicht nur bei Papier, Illustrationen und Ausstattung. Ein Vergleich zeigt: Die Unterschiede gehen bei A wie Aale (alt: Aabc) los und enden bei Z wie Zypern (alt: Zylinder). Wie die Zeitmaschine gearbeitet hat, zeigt sich nicht nur bei nicht mehr aufgenommenen gesellschaftspolitischen Begriffen wie *Feldfutterproduktion, agrochemisches Zentrum, Kinderferienlager, Solidarität*, sondern auch im Freizeit- und Kulturbereich. Aus *Federball* wurde *Badminton*, für *Arkadi Gaidar* („Timur und sein Trupp“) kam *Mahatma Gandhi, Gleichungen* fiel raus, um Ge-

schlechtsmerkmalen Platz zu machen. *Demokratie, Fastfood, In-line-Skating, Greenpeace, Gorbatschow, Grass, Handy, Hardware* und viele andere Begriffe sind neu. Mehr als 1450 alphabetisch geordnete Stichwörter und über 1000 farbige Abbildungen enthält dieses Lexikon. Einigkeit besteht immerhin in beiden Ausgaben darin, dass *Goethe* zu den bedeutendsten deutschen Dichtern gehört und *Gutenberg* den Buchdruck mit beweglichen Lettern erfunden hat. Auch die *Affen* durften bleiben mit der Erläuterung, eine große Ähnlichkeit zum Menschen aufzuweisen.

Europa und Frieden erfuhren Aktualisierungen. Erhalten blieb, was das Buch seit seinem Erscheinen auszeichnet: leichte Handhabbarkeit, lesbare, sachliche Texte und lustige Buchstaben-Figuren, die durch das Buch geleiten. Ein hilfreiches Nachschlagewerk – nicht nur für wissbegierige Kids, sondern auch für Erwachsene, die die alte Ausgabe noch im Schrank haben. Sie sollten sich das Vergnügen gönnen, die Zeitenwende am Wandel der Stichwörter nachzuvollziehen.

• JUDO

Von *Von Anton bis Zylinder. Das Lexikon für Kinder. Bearbeitet von Caroline Kazianka/Claudia Welker. Der KinderbuchVerlag bei Beltz. 480 S., 19,90 Euro.*

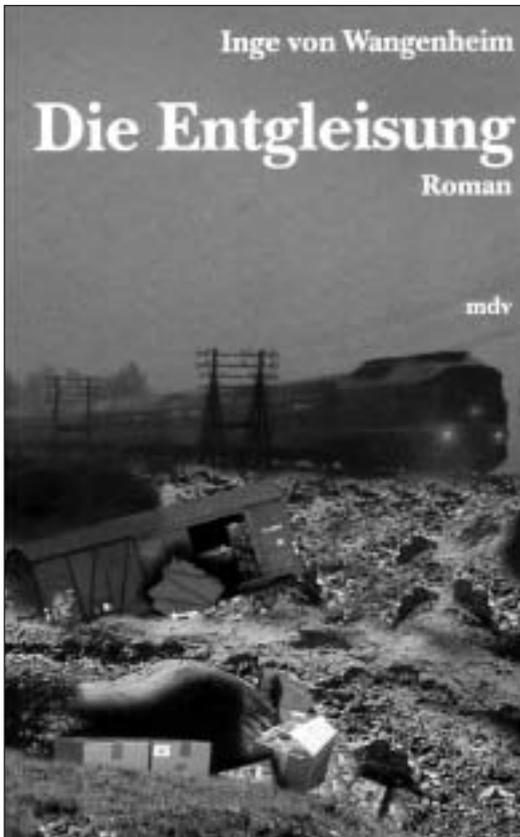
## Verwirrendes Experiment

Die von Schließungsgerichten geplagte *Neue Szene* hat sich nicht in die Schmollecke zurückgezogen, sondern wieder einmal mit einer Inszenierung für Gesprächsstoff und produktive Verwirrung gesorgt: *Mach die Augen zu und fliege oder Krieg ist böse 5*. Autor und Regisseur Armin Petras hat sich einem oft verdrängten, fast tabuisierten Thema zugewandt. Er hievte das Thema Sehschwäche und Blindheit revueartig auf die Bühne, in einer Mischung von Versatzstücken aus Grimelshausens Roman *Der abenteuerliche Simplicissimus*, aus Anspielungen auf antike Stücke und aus Alltagssituationen.

Ausgangspunkt und Inspiration für Petras war eine Reise von ihm nach Sao Paulo, wo er Blinde beobachtete, wie sie sich durch den Alltag bewegen. Bei einem Projekt an der dortigen Blindenschule trifft er auf eine mit ihrem Schicksal nicht hadernde Frau aus Europa: Pernille Sonne; sie tanzt nun in der Leipziger Aufführung. Wird sie anfangs noch von anderen in ihren Gesten geführt, dreht sie alsbald den Spieß um, gibt den Takt an, die Richtung vor. Respekt und Anerkennung vor ihrer Leistung! Unterstützt wird sie von der Tänzerin und Choreographin Lara Kugelmann, den Schauspielern Peter Moltzen, Andrej Kaminsky und Martin Reik.

Und doch trägt sich dieser Theaterabend, gestaltet von Autor und Regisseur in Personalunion, nicht. Die szenische Collage aus Tanz, Videoschnipseln und frei gesprochenen wie gelesenen Texten ergibt eine Reiz- und Assoziationsüberflutung. Der Handlungsfaden, sehr dünn, wird mehrfach durchschnitten, wieder zusammengeflickt, überdehnt. Schade. Die Aneinanderreihung von Regieeinfällen, wie der spontane Einsatz einer jungen Zuschauerin aus der ersten Reihe oder das Verlesen von Briefen, macht noch kein Stück. Vollends unverständlich wird es zum Ende hin, als chaotisch und schier motivationslos eine weiße Leinwand mit Strichmännchen und -weibchen bespinselt wird. Da ist bei Armin Petras trotz – oder vielleicht wegen? – des deutlich spürbaren Engagements für die Sache und der gewollt provokativen Verunsicherung irgendetwas konzeptionell aus den Fugen geraten.

Doch eines bleibt: Ein in der veröffentlichten Meinung zum Schweigen gebrachtes, verdrängtes Schicksalsthema durfte endlich auf der Bühne den Mund aufmachen. • D. M.



## Als eine Kleinstadt rot sah

In dieser Gegend, im Urstromtal zwischen Saalfeld und Jena, wo Inge von Wangenheim jenes von einer Zügentleisung erschütterte *Groß-Naschhausen* hindichtete, bin ich aufgewachsen. Und mir ist, als hätte es da tatsächlich Gerüchte über pornografische Devisendrucke in Pösneck gegeben.

In der „Entgleisung“ kommen die für Schweden bestimmten „Reizwerke sexuellen Charakters“ genau aus diesem „Roßbecker“ Kombinat Fortschritt auf der Strecke Rom-Stockholm am Ufer der Saale unters brave und um so mehr empörtere DDR-Volk ... herausgeschleudert, aufgerissen liegen die „Machwerke“ zerstreut im Gras und ausgerechnet die Kinder finden sie.

Acht Auflagen hatte *Die Entgleisung* in der DDR, seit sie 1980 in Halle erschienen war. Acht mal zigtausend Bücher, denn kleiner ging es im Leseland DDR ja nicht.

Acht mal zigtausendfaches Vergnügen an den Sex-Problemen des ABV, des Schulleiters, des Bürgermeisters, der verklemmten Kleinbürgerinnen und

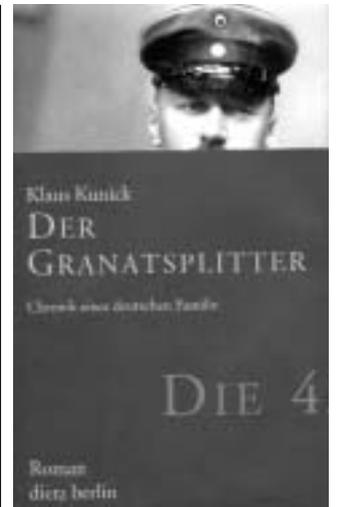
Genossinnen und einer aufgeschreckten Parteiobrigkeit.

Ja, wir konnten über uns lachen. Und wie! In diesem Fall war das seinerzeit gewiss auch ein heilsames Lachen!

Inge von Wangenheim hat beinahe für jeden Satz in diesem geistvollen, ironischen, witzsprühenden Buch den Karl-Marx-Orden verdient. Den einen, den sie anlässlich ihres 75. Geburtstages tatsächlich bekam, gab sie am 7. Dezember 1989 zurück. Die einzig schwache Leistung dieser Frau. Die mit dem Orden verbundenen 20 000 Mark hätte sie auch ohne diese überflüssige Geste der Volkssolidarität zu Verfügung stellen können.

Dennoch dem Mitteldeutschen Verlag sei Dank, dieses Buch nun noch einmal herausgebracht zu haben. Eine erfrischendere Erinnerung an uns in der DDR, an die Art und Weise wie wir uns ernst nahmen, gibt es kaum. Und erst diese Sprache, diese Milieuzzeichnungen!

*Inge von Wangenheim: Die Entgleisung. Mitteldeutscher Verlag, 320 Seiten, 14,80 Euro*



Klaus Kunick, der Autor verkörpert die vierte Generation seiner Familie, deren Geschichte zwischen 1915 und 1930 er erforscht und gekonnt fabulierend aufschreibt. Am Vorabend des Faschismus wird er

## Poetische Chronik

als Sohn einer ledigen Mutter und jungen Parteigenossin in eine Familie hineingeboren, die wahrlich genug Stoff für Spannung und Konflikte liefert. Allein die Reise von Mutter Emma an die Erste-Weltkriegsfront zu ihrem Mann, der dank Arno quasi vom Tod auferstanden ist. Oder ihr kommentarlos Abhängen des Kaiserbildes, als die Todesnachricht gekommen war.

Das ist Literatur vom Feinen. Und sehr politisch, scheinbar ganz nebenbei. So, wenn der gemeingefährliche Baron Dickow zurückfragt. „Seit wann weiß das Volk, was richtig ist? Das muss noch immer die Elite entscheiden.“ Oder die Beschreibung des Naziaufmarsches in Leipzig zum Völkerschlachtdenkmal – als wär es heute ...

*Klaus Kunick: Der Granatsplitter. Chronik einer deutschen Familie. Karl Dietz Verlag Berlin; 321 S., 19,90 Euro*

Fünf Bücher gelesen und sehr oder weniger empfohlen von  
**MAXI WARTELSTEINER**



## Was für ein Blick zurück

Nicht auch noch ein Porträt von der Birthlern, dachte ich genervt, als ich im Inhaltsverzeichnis des Bandes las, der Geschichten über die „DDR im Rückspiegel“ verspricht. Dann schlug ich aber doch als erstes genau dieses Porträt auf und war fasziniert, wie es Kerstin Decker einfädelt, diese Frau nach Gauck mitsamt ihrer „absolut zukunftsweisenden Tätigkeit“ – ja was denn nun? – bloßzustellen, zu entlarven? Ach nein, das ist nun wiederum zu bissig. Aber allein diese ketzerische letzte Aussage, die natürlich Bezug hat zu vorherigen Einlassungen: „Draußen läuft sie am Drachentöter vorbei. Es ist gar nicht Gauck. Es ist Rudolf Virchow, der Arzt.“ Dann diese beiden beinahe schrulligen Alten, die letzten proletarischen Schriftsteller, Elfriede Brüning und Jan Kopolowitz. So liebevoll, so ernst, so schön, so muss man über Menschen schreiben können – oder es besser bleiben lassen.

Oder diese Sätze der gelernten Verkäuferin und studierten Journalistin und Philosophin: „Wenn der Ostler dem Pa-

radies einen Geruch hätte geben müssen, es wäre wohl der der Intershops gewesen. Seit wir im Westen sind, können wird den Westen nicht mehr riechen.“ Vordergründig? I wo! Irre sprachspielerisch!

Selber lesen! Und keine Angst vor verklärter Ostalgie, die kommt nicht vor – und doch ... Ist schließlich alles eine Frage der Auslegung.

Ein Leseschmaus sind natürlich auch die ironischen wie nachdenklich machenden Porträts und Reportagen ihres Mannes Gunnar Decker, über Eva Strittmatter, über Joop oder Rolf Hochhuth, über Maxie Wander, über die Russen von Dresden oder die Klugkeit des Semikolons. Lesen!

Dies ist ein anderer Blick zurück, da kann man wirklich nur den Klappentext zitieren: Denn wer im Rückspiegel nur den Unrechtsstaat sieht, sieht fast nichts.

*Kerstin Decker/Gunnar Decker: Letzte Ausfahrt Ost. Die DDR im Rückspiegel. Miltzke Verlag, 236 S. 14,90 Euro*



## Draufblicke

Cox Habbema, die Niederländerin, die 1969 zu einem Regie-Praktikum in die DDR kam, blieb 20 Jahre als Schauspielerin. In ihrer Heimat ist sie heute eine Persönlichkeit im Theater- und Kulturleben. Gute Schule zahlt sich eben aus. Ihr Pendlerleben zwischen Ost und West prädestiniert sie, Vergleiche anzustellen, Veränderungen nachzuspüren. Neues über das Verhalten von Ost- und Westbürgern wird allerdings kaum offenbar. Wie auch, nach 15 Jahren und zu vielen Büchern vor ihr. Doch sie beobachtet gut. Andererseits, kannte sie den DDR-Alltag wirklich? Oder wie sonst sind solche Aussagen zu verstehen: „Ich spielte eine ehemalige Profschwimmerin, die, nach ihrer erfolgreichen Karriere Fabrikarbeiterin geworden war. Im Film war ich kinderlos, was Rückschlüsse darauf zuließ, wie man in der DDR mit Berufssportlern umging.“

Wer die Schauspielerin einst gerne sah, wird ihre Geschichten mit Vergnügen lesen und dabei eine kluge Frau erleben.

*Cox Habbema: Mein Koffer in Berlin oder das Märchen von der Wende. Miltzke Verlag; 189 S., 19,90 Euro*

## Einblicke

Wen soll man mehr lieben und bewundern, den einzigartigen Schauspieler Ludwig oder seine beiden Frauen, die ihn ertragen haben? Die zweite, Gisela Ludwig, ging das Risiko noch dazu sehenden Auges ein. Das erkennt der notorische Säufer, von Schicksalsschlägen gebeutelte und dem Ruhm zumeist hilflos ausgelieferte Volksschauspieler dankbar an. Ein Mensch, der einen anrührt, trotz seines augenzwinkernden Schreibens, seiner Schnurren und Stammtischweisheiten.

Was hat der Mann gearbeitet! Und gelitten, allein zu Haus nach all den stürmischen Ovationen. Und vergessen in der Kneipe nebenan mit wildfremden Kumpels – oder mit Kollegen, nicht weniger bekennenden Trinkern. Himmel, was wurde gesoffen in der DDR – aber auch geleistet für die Kultur, für ein kulturvolles Leben, für höchstes Niveau auf der Bühne, ohne Sparzwang, ohne die Drohung, das Theater könnte demnächst geschlossen werden.



*Rolf Ludwig: Nüchtern betrachtet ... Erinnerungen eines Volksschauspielers, aufgeschrieben von Gabriele Stave. Das Neue Berlin; 320 S., 16,90 Euro*

## Wieder bald von der Wirklichkeit eingeholt?

Die neue SPD. Menschen stärken, Wege öffnen. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004. 350 S., 14,80 Euro

Als die deutsche Sozialdemokratie nach langer und intensiver Beratung im Dezember 1989 ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedete, holte sie nur einen Monat zuvor die weltpolitische Wirklichkeit ein.“ So fängt einer der Beiträge an (Politikwissenschaftler Wolfgang Schröder), mit denen der Sammelband die begonnene Debatte über eine Erneuerung des geltenden Programms der SPD befruchtet will. Wissenschaftler, Mandatsträger und Funktionäre der Partei kommen hier zu Wort. Doch wenn man das Buch nach der Lektüre aus der Hand legt, fragt man sich: Könnte sich nicht bald das Debakel von 1989 wiederholen? Diskussionsgrundlage ist jetzt ein neuer Programmentwurf.

Das gegenwärtige Auseinanderdriften von täglicher Politik und deklariertem „historischer Mission der SPD“ scheint den Autoren wohl bewusst, spiegelt sich aber nur in gedämpfter Form in den Erörterungen wider. Neben übergreifenden Fragen sind die Hauptkapitel je-

weils durch mehrere Beiträge untersetzt.

– *Die Grundwerte der Sozialdemokratie heute:* Sigmar Gabriel plädiert für mehr Zukunftsvisionen anstelle des alltäglichen politischen Pragmatismus, zugleich aber reduziert er Willy Brandts einstigen Slogan „Mehr Demokratie wagen“ weitgehend auf „Mehr Politik wagen“, womit er vor allem die Perfektion des Systems der politischen Institutionen meint.

– *Staatsaufgaben, Föderalismus und Teilhabe der Bürger:* Globalisierung und innere Sicherheit, Föderalismus und wirtschaftliche Aufgaben des Staates sind hier dominante Themen, während die Rechte und das demokratische Engagement der Bürger als inhaltsleere Staffage erscheinen.

– *Deutschland, Europa und die Welt:* Hier ist die Rede von Nachbarschaftspolitik und gerechter Globalisierung, und globaler Stabilisierung, vom Kampf gegen Armut, Terror und Unterdrückung, dem die Auslandseinsätze der Bundeswehr angeblich dienen sollen.

Weitere Kapitelthemen sind:

– *Wissensökonomie und Kulturgesellschaft;*

– *Arbeit, Wirtschaft und Sozialpolitik in der Zukunft;*

– *soziale Investitionen und neu-*



er Sozialstaat;

– *wissenschaftliche und technische Innovationen;*

– *nachhaltige Politik zugunsten von Mensch und Umwelt.*

Abschließend werden die wesentlichsten Impulse für ein neues Parteiprogramm zusammengefasst.

Man vermisst hier wie in den einzelnen Beiträgen nach der Serie von Wahlunterlagen und der Formierung einer Wahlalternative bohrende Fragen: Was haben wir verkehrt gemacht? Eher dominiert ein mit manchen Ideen zu Einzelfragen angereichertes „weiter so!“. Dementsprechend vermisst man kritischen Tiefgang, Polemik und neue, kühne Ideen. Dieses Grundkonzept drückt sich auch in der Form der Publikation aus. In den meisten Fällen werden begrenzte Fragestellungen auf sechs bis zehn Seiten abgospult. Vieles läuft auf die Begründung und Verteidigung der Agenda 2010 hinaus, ohne dass dabei die öffentliche Kritik zum Ansatz genommen wird. • G. L.

## Frauenschicksale

Elfriede Brüning: Gefährtinnen. Porträts vergessener Frauen. Karl Dietz Verlag, Berlin 2004. 158 Seiten, 9,90 Euro

Elfriede Brüning – Autorin vielgelesener Bücher über Antifaschismus, Frauen- und Jugendprobleme – porträtiert acht Frauen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Das sind: *Cläre Jung* (1892–1981), Ehefrau des kommunistischen Schriftstellers Franz Jung, Autorin des Familienromans „Baumanns Erben“, der das Leben dreier Generationen umfasst, und des Buches „Aus der Tiefe rufe ich“, eine Chronik der Jahre von 1938 bis 1943, in der Lebensberichte jüdischer Menschen enthalten sind, erschienen 1946 im Aufbau Verlag; *Ilse Stöbe* (1911–1942), die jahrelang unter dem Decknamen „Alta“ mit Rudolf Herrnstadt im antifaschistischen Widerstand tätig war und am 22. Dezember 1942 im Alter von 31 Jahren hingerichtet wurde; *Hella Manigk* (1909–1996), die dem Antifaschisten Carlo Mierendorff (SPD) ihre Berliner Wohnung für illegale Treffs zur Verfügung stellte und die zwei geflohene russische Kriegsgefangene 52 Tage lang versteckte, sie mit Kleidung und Nahrung versorgte und ihnen dadurch das Leben rettete; *Anni Sauer* (1906–1996), Tanzpädagogin, Jüdin und Kommunistin, die in der Sowjetunion verhaftet und 18 Jahre ihres Lebens in einem sibirischen Straf-

lager verbringen musste und damit Zeugin einer Barbarei war, die unter Stalin um sich gegriffen hatte, die aber trotzdem ihren Idealen treu geblieben war;

*Lisbeth Samain* (1899–1963), die als Jugendrichterin an das Gute im Menschen glaubte;

*Karin Wilske* (geb. 1925), deren Leben von Freude und Leid als Dorfbibliothekarin im Oderland, einem früheren Notstandsgebiet, geprägt war;

*Berta Waterstradt* (1907–1990) und *Anemarie Auer-Zak* (1913–2002), Schriftsteller-Freundinnen, von denen erstere als Buchautorin und Satirikerin Rang und Namen hatte, die unter Hitler als Jüdin in einer sogenannten Mischehe lebte, in der DDR zur Opposition gehörte, die den Staat demokratisch verändern wollte, und die jedes Jahr sechs Monate in Israel verbrachte, während ihre Freundin Annemarie, bekannt als scharfsinnige Kritikerin, wegen ihrer vernichtenden Besprechung des Buches „Kindheitsmuster“ von Christa Wolf in der Zeitschrift „Sinn und Form“ zur „unverbesserlichen Stalinistin“ gebrandmarkt wurde.

Jedes dieser Lebensbilder vermittelt einen Einblick in Ziele, Hoffnungen und Sehnsüchte von Frauen, die in ihrem Leben nicht nur Erfolge hatten, sondern oft auch Niederlagen oder gar bittere Enttäuschungen erlitten. So trägt diese kleine Auswahl an Schicksalen dazu bei, zurückliegende Jahrzehnte zu sichten. • KURT SCHNEIDER

Peter Alheit, Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft. Karl Dietz, Berlin 2004, 470 S., 19,50 Euro

Das soziale Geflüge der kapitalistischen Gesellschaft, ihre soziale Struktur, gewinnt mit der Globalisierung und Neoliberalisierung wieder zunehmendes Forschungsinteresse. Die Suche nach dem entscheidenden sozialen Subjekt zur Veränderung sozialer Verhältnisse unter den neuen Bedingungen stellt erneut auch die Frage nach der Rolle der Arbeiterklasse.

Trotz des Scheiterns des Versuchs, eine sozialistische Alternative in der DDR zur kapitalistischen Gesellschaft der BRD zu schaffen, bleiben Fragen nach der Rolle der Arbeiterklasse im real existierenden Sozialismus offen, und es ist bemerkenswert, dass historische Abhandlungen zur Arbeiterklasse, ihrem ökonomischen und politischen Wirken in der DDR nach 1989/90 veröffentlicht werden.

## Studie zu Industriearbeitern in der frühen DDR

Es ist hinlänglich bekannt, mit wie viel Unverständnis und Voreingenommenheit nicht wenige westdeutsche Autoren die Realitäten in der DDR beurteilen. Die Autoren des vorliegenden Werkes sind sich der Gefahren und der Schwierigkeiten wohl bewusst. „Und gerade wenn wir den nahe liegenden Fehler vermeiden wollen, das Umschreiben der Zeitgeschichte aus der Sicht der vermeintlichen Sieger vorzunehmen, sind wir auf äußerste Sorgfalt und zurückhaltende Rekonstruktion angewiesen.“ Dieses Vorhaben ist dank der sachlichen, den objektiven Gegebenheiten weitgehend entsprechenden Forschung und Interpretation gelungen.

Alheit und Haack untersuchen die Rolle der Industriearbeiter der Neptunwerft Rostock in den 50er Jahren. Es ist die Zeit des Aufbruchs, in der gewissermaßen die erste Generation Industriearbeiter die volkseigenen Betriebe auf- und ausbaut. Die Neptunwerft ist symptomatisch für viele Großbetriebe der DDR. In verdienstvoller Weise wird ei-

ne Fülle Archivalien und Literatur ausgewertet und werden noch lebende Arbeiter der Neptunwerft interviewt. Es wird unterlassen, von den Arbeitern als Klasse zu sprechen. „Wir haben bei unserer Gegenstandsbeschreibung den Klassenbegriff weitgehend vermieden und uns auf den Begriff des Arbeitermilieus konzentriert.“ Mit dem Inhalt dessen, was als Milieu bezeichnet wird, gelingt es, das pralle Leben der Arbeiter im Betrieb, in der Familie, in der Freizeit zu schildern. „Milieu wird dabei nicht nur als Kategorie der sozialen Platzierung betrachtet, sondern auch als lebensweltlicher Prozess der Vergemeinschaftung in historischer und alltäglicher Perspektive.“ Im Mittelpunkt stehen Brigaden der Produktionsarbeiter, ihre vielfältigen Aktivitäten in der Produktion und der Freizeit. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich die Arbeitsbrigaden zu autonomen Formen mit erstaunlichem Beharrungsvermögen entwickeln, die unter dem Einfluss der Män-

gel in der Planwirtschaft, des Materialmangels, der Arbeitsorganisation und Gängelei sich sukzessiv mit dem sozialistischen System auseinandersetzen. Es entstand ein neues autonomes Arbeitermilieu „Unbestreitbar erscheint allerdings, dass die unterste Produktionsebene, also die Ebene der Brigade, in ... Funktionskonflikten an Autonomie und (symbolischer) Macht gewinnt.“ Die Verfasser sehen, wie sich in der jungen DDR bereits ein Konflikt entwickelt, „der ihre Legitimität bedroht, kein ideologischer Konflikt, sondern ein pragmatisches Dilemma um Arbeit und Lohn“. Es scheinen weitere sozialhistorische Untersuchungen speziell auch für die Jahrzehnte nach 1960 notwendig zu sein, um die Legitimität der Schlussfolgerung zu erbringen, dass „die Arbeiterschaft zum entscheidenden Protagonisten des ökonomischen Niedergangs der DDR weit vor der Wende“ geworden ist. Bei aller Anerkennung für das vorgelegte Werk und überlegenswerte Denkan-

sätze, können nicht wenige der vorgelegten Erkenntnisse auch anders interpretiert werden. Zweifellos sind noch weitere Untersuchungen vonnöten, um das Gesamtbild differenzierter darstellen zu können. Die vor allem untersuchten Industriearbeiter haben vor und nach der Gründung der DDR die Maschinen aus den Trümmern geborgen und unter den widrigsten Bedingungen die Betriebe wieder aufgebaut, in Gang gesetzt und beachtliche Produktionsleistungen vollbracht. Für diese Arbeiter war die Entfremdung in erstaunlichem Maße aufgehoben und eine reale Vergesellschaftung eingetreten. Tatsache bleibt auch, dass die Arbeiter nicht nur mit Wehmut und Tränen in den Augen, die letzten Lichter in den Werkhallen der großen Industriebetriebe auslöschten, sondern gerade sie, gemeinsam mit Vertretern der technischen Intelligenz, in Leipzig 1989 eine bessere DDR, einen freien und demokratischen Sozialismus wollten und erhofften.

• HARRY PAWULA



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Es ist allerhand los im Sport und obendrein klingen die Weihnachtsglückchen. Da möchte sich der LN-Leser zurücklehnen, darauf verzichten zu erfahren, was ihm Hartz IV noch alles einbrocken könnte, sondern sich beim Sport ein wenig entspannen. Zugegeben, auch im Sport verliert meist einer, aber der hat in der Regel nächstes Wochenende wieder eine Chance.

Wo also anfangen? Vielleicht bei dem Thema, das einen Hauch von Hartz IV im Sport verbreitet? Das NOK und der DSB sollen zusammengelegt werden. Man muss sparen. Als die Debatte über das Thema begann, meldete sich ein als Aktivensprecher in freier und geheimer Wahl bestimmter ehemaliger Ruderer zu Wort und wollte die Vorschläge der Aktiven vortragen. Da er schnell begriff, dass seine Meinung gar nicht gefragt war, sagte dieser Stefan Forster deutlich: „Die Akzeptanz liegt unter Null, unsere Beteiligung auf den Feldern, die den Spitzensport betreffen, ist offenbar nicht gewünscht.“

Hat der Leser noch weitere Fragen? Vermutlich kaum. Und denen, die unentwegt dafür plädieren, dass man die Erfahrungen des DDR-Sports nutzen sollte, wollte ich mal am Weihnachtstisch zuplaudern: „Das war einer der Unterschiede: Zu DDR-Zeiten wurde auf die Athleten gehört!“

Schon am Abend vor der Debatte um die „Fusion“ hatte sich herumgesprochen, dass die neue Superspitze „verschlankt“ werden soll – statt 130 Mitarbeiter vorerst höchstens noch 111. Das wird Blasen ziehen. Schily, der zuständige Minister, ließ denn auch keine Zweifel aufkommen: „Hier muss gründ-

lich aufgeräumt werden. – Na denn! Wechseln wir das Thema. Die DDR wird mühsam jeden Tag neu begraben und die Zahl der Dopingfälle wächst dennoch! Das soll mir mal einer erklären! Demnächst werden viele Athleten ihre Medaillen zurückgeben müssen und so manche Statistik muss neu geschrieben werden. Marion Jones zum Beispiel aus den USA könnte fünf Goldmedaillen zurückgeben müssen. Inzwischen ist eine neue leistungssteigernde Droge in Umlauf, die noch niemand erforscht hat. Selbst Präsident Bush wurde eingeschaltet. Ein rühriger Anwalt hatte ihm angeboten, dass er ihm den Namen des Erfinders gegen die Zusicherung der Straffreiheit offe-

ren gefegt! Das nächste Spiel fand in Neu-Delhi statt und der Stadionverwalter ließ sich von mir eine DDR-Fahne aushändigen, die auch prompt gehisst wurde. Es war das erste Mal, dass das geschah, und ich hoffe, dass man in meinem Nachruf erwähnt, ich hätte dafür gesorgt, dass die Fahne unseres Landes – darf ich das so sagen? – zum ersten Mal in Indien gehisst wurde. Auch da lag nämlich eine bundesdeutsche Intervention vor, aber die hatte den Stadionverwalter nicht erreicht. Die Fahne vor vollen Rängen wieder runterzuholen wagte niemand. blieb noch die Heimkehr rechtzeitig zu Weihnachten. In Kalkutta, wo wir das dritte Spiel bestritten, schüttelten sie in allen Flugbüros traurig die Köpfe. Vor Weihnachten kein freier Platz! Da kam mir der rettende Gedanke: Ich versprach einem Flugbürochef und seiner Freundin Plätze auf der Regierungsbank. Daraufhin räumte der „aus technischen Gründen“ eine Maschine, nahm neben dem Minister Platz und tags darauf gingen wir an Bord. Das war mein erfolgreichster Auftritt als Weihnachtsmann, obwohl meine Enkel in dieser Hinsicht nichts auf mich kommen lassen.

## Sportkolumne

# Ich war Weihnachtsmann

riern würde! Aber bis jetzt kam keine Antwort aus dem Weißen Haus. Versteht man auch – der Mann hat genug um die Ohren. Vielleicht kommt der Deal irgendwann im Februar zustande. Man sollte Optimist sein. Das einzige, was garantiert werden kann: Die DDR kann nicht schuld daran sein! Welch beruhigendes Weihnachtsgefühl!

Nächstes Thema: Unter den Eisschnellläuferinnen soll wieder mal Streit ausgebrochen sein. Ein Böswilliger soll sogar eine harmlose Hymne gedichtet und in Umlauf gebracht haben: „Wettkampfstimmung auf den Eis – schafft Emotionen heiß und kalt.“

Ich könnte Ihnen noch bis zum Morgenrauen erzählen, was sich dieser Tage alles im deutschen Sport zugetragen hat, aber ich lasse es und beschränke mich zeitgemäß auf eine Weihnachtsgeschichte.

Vor vierzig Jahren kurz vor Weihnachten startete die DDR-Hockeynationalmannschaft bei den Olympischen Spielen 1964 in Tokio. Als die Mannschaft gegen die legendären Indier ein sensationelles 1:1 erzielte, wurde das Team augenblicklich nach Indien eingeladen. Die Spieler wollten nur wissen, ob sie Weihnachten auch zu

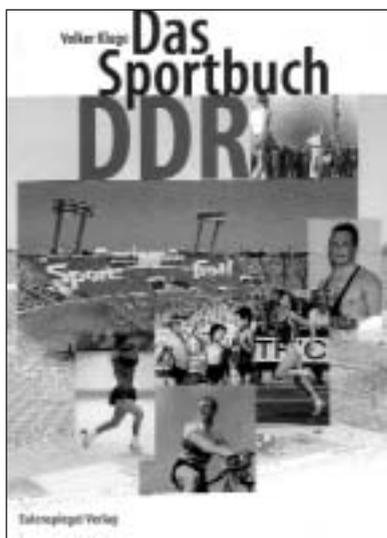
sen gefegt! Das nächste Spiel fand in Neu-Delhi statt und der Stadionverwalter ließ sich von mir eine DDR-Fahne aushändigen, die auch prompt gehisst wurde. Es war das erste Mal, dass das geschah, und ich hoffe, dass man in meinem Nachruf erwähnt, ich hätte dafür gesorgt, dass die Fahne unseres Landes – darf ich das so sagen? – zum ersten Mal in Indien gehisst wurde. Auch da lag nämlich eine bundesdeutsche Intervention vor, aber die hatte den Stadionverwalter nicht erreicht. Die Fahne vor vollen Rängen wieder runterzuholen wagte niemand. blieb noch die Heimkehr rechtzeitig zu Weihnachten. In Kalkutta, wo wir das dritte Spiel bestritten, schüttelten sie in allen Flugbüros traurig die Köpfe. Vor Weihnachten kein freier Platz! Da kam mir der rettende Gedanke: Ich versprach einem Flugbürochef und seiner Freundin Plätze auf der Regierungsbank. Daraufhin räumte der „aus technischen Gründen“ eine Maschine, nahm neben dem Minister Platz und tags darauf gingen wir an Bord. Das war mein erfolgreichster Auftritt als Weihnachtsmann, obwohl meine Enkel in dieser Hinsicht nichts auf mich kommen lassen.

## TELESKOP

### Moderne Nibelungen

Ist es Zufall, dass der Nibelungenstoff gegenwärtig vielfältig auflebt? Nach dem Leipziger Schauspiel im vorigen Jahr kam er jüngst in München und in Zwickau auf die Bühne und war nun als deutsch-amerikanischer Fernseh-Zweiteiler in Sat1 zu sehen. Vergleicht man diese „Nibelungen“ mit den Heroen aus Wagners „Ring“, mit Fritz Langs Stummfilmadaption oder auch mit Hebbels Drama, fällt zunächst auf, dass in der TV-Produktion blutvolle Menschen mit allzu menschlichen Eigenschaften agieren. Götterwelt und Magie sind in der TV-Produktion kaum mehr als Staffage. Die Sage wurde den fast acht Millionen Zuschauern als landläufiger Mystery-Film, vor allem aber als Action-Spektakel und konventionelle Love-Story serviert.

Dass mit der Handlung des mittelhochdeutschen Epos sehr frei umgegangen wird, ist da kaum verwunderlich, aber auch kaum angreifbar – schließlich ist bereits das Nibelungen-Epos selbst aus mehreren Quellen und durch die Vereinigung unterschiedlicher Handlungsstränge entstanden, die schon bei Wagner und auch im Film wieder entflochten werden (Etzel und die Hunnen sind ganz ausgeblendet). Und erst recht verdeutlichen die divergierenden dramatischen Adaptionen seit dem 19. Jahrhundert Elemente unterschiedlichster Anschauungen ihrer Schöpfer – nationalistische bis präfaschistische, aber auch kapitalismuskritische. Und nun eine scheinbar weitgehend ideologiefreie Variante. Aber Goldgier, Macht und Rivalität, Intrige, Verrat und Rache, Treue, Liebe und Hass als Begleiter menschlichen Zusammenlebens erfahren im Film ihre durchaus zeitgemäße Ausprägung. Sind heute nicht Erfolgs- und Machtstreben das absolute Kredo für die Lebensweise? Sind nicht wieder Helden gefragt mit titanischen Eigenschaften – als Ordnungsmacht? Und die Nibelungentreue, enges National- und Traditionsbewusstsein – werden sie nicht wieder modern? – Man darf gespannt sein auf die Nibelungen-Parodie, die in Arbeit sein soll. •LD.



Volker Kluge: Das Sportbuch DDR. Eulenspiegel Verlagsgruppe 2004. 224 S. geb. mit Schutzumschlag, 19,90 Euro

Autor Volker Kluge sagt es klar, was einen mit diesem Buch erwartet: „Eintauchen soll man bekanntlich nicht im erhitzten Zustand. Was jeder Schwimmer weiß, gilt auch für den Leser, zumal wenn dieser sich einem Buch über den DDR-Sport zuwendet, der einst zu den erfolgreichsten und weltweit bewunderten Errungenschaften der anderen deutschen Republik zählte. Daß dieser nach der ‚Wende‘ um so mehr verrissen wurde, läßt erahnen, wie schmerzhaft der Westen sportliche Niederlagen gerade auf diesem populären Feld der Alltagskultur empfunden haben mag. Doch auch für einstige DDR-Bürger ist es ratsam, sich vor dem Eintauchen abzukühlen und das ‚Gewässer‘ nicht zu verklären. Freilich kann man sich nur im Flachen aufhalten, aber wie schnell stößt man auf unbekannte Tiefen oder gerät in einen Strudel. Wie sollte man ein ‚Sportbuch DDR‘, das die Ansprüche vieler zufriedenstellt, anlegen? Auf diese Frage antwortete mir ein

## Der DDR-Sport wie er war

Freund: ‚Schreib doch einfach, wie es war‘. Aber wie war es denn eigentlich? Wie in anderen gesellschaftlichen Gebieten auch gibt es im DDR-Sport nicht nur das eine Bild von der Realität, sondern viele, oft sehr unterschiedliche. Einige dieser, von denen der Autor meint, es könnten die wichtigsten und typischen sein, sind in diesem Buch vereint. Jedes steht für ein Stück Lebenswirklichkeit.“

Personen, Fakten, Zahlen, Chronik, dazu Episoden, Kuriositäten Hintergründiges – trotz aller Warnungen des Autors wirklich ein Buch zum Festlesen, auch für solche, die vom Sport zwar nicht allzu viel verstehen, aber begeistert zuschauen, wenn unsere Frauen und Männer Medaillen abräumen. Oder auch für Leser, die das Phänomen

DDR-Sport nur verzerrt aus Westmedien kennen.

Natürlich kann man lächeln über die Erinnerung gleich auf den ersten Seiten, dass das kleine Land DDR groß war in seinen Gesten, „selbst bei Kreisspartakiaden brannte ein, olympisches Feuer“. Die talentiertesten Mädchen und Jungen wurden von Kindesbeinen an vorbereitet, die Republik einmal ‚würdig zu vertreten‘. Eben. Das Geheimnis des Sportlandes DDR ist ergründbar.

Doch auch das macht Volker Kluge deutlich: Fast alles, was im Osten geschah, war eine Antwort auf Geschehnisse im Westen. Wenn auch der Ausgangspunkt sehr verschieden war: Während man im Westen an einen „unpolitischen“ Sport anknüpfte, der unbeschadet über die Zeiten gekommen sei, setzte man in der DDR auf eine antifaschistisch-demokratische Sportorganisation ohne Trennung in politisch oder konfessionell beeinflusste Verbände. Ein guter Start ...

# Der Marsch der Nazis in die Parlamente

## 1924–1933

Die Eroberung der Macht durch die Nazis vollzog sich seit der Aufhebung des Verbots der NSDAP im Jahre 1924 nicht nur auf der Straße mit einschüchterndem Terror und Krawall, nicht nur durch demagogische Beeinflussung der öffentlichen Meinung, nicht nur durch das Verbünden mit den ökonomisch Mächtigen, sondern auch über das schrittweise Eindringen in die Parlamente und das Agieren im Reichstag, in den Landtagen und den kommunalen Vertretungen.

Bereits kurz nach dem Scheitern des Putsches vom 9. November 1923, das auch das vorübergehende Verbot der NSDAP, der SA und des „Völkischen Beobachters“ zur Folge hatte, äußerte Hitler: „Statt die Macht durch Waffengewalt zu erringen, werden wir zum Ärger der katholischen und kommunistischen Abgeordneten unsere Nasen in den Reichstag stecken. Wenn es auch länger dauert, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, so wird uns schließlich ihre eigene Verfassung den Erfolg garantieren.“ Dass die Hitler-Leute aber nie an ein konstruktives Mitregieren dachten, sondern das Parlament nur als Sprungbrett zur diktatorischen Macht verstanden, offenbart ein Artikel von Goebbels vom November 1929 zu den Kommunalwahlen in Preußen, in dem es heißt: „Wir denken nicht eine Minute daran, irgendwie in der verschuldetsten Stadt Deutschlands (gemeint ist Berlin) etwa mitverantwortlich zu sein oder gar positive Aufbauarbeit zu leisten.“ Im September 1932 äußert Hitler, die Demokratie sei überholt, der Staat müsse „vom Volke her erneuert werden“. In Erwartung der baldigen Machtübertragung aber, am 22. Januar 1933, gelobt er, die demokratischen Spielregeln achten zu wollen.

### Der Weg in den Reichstag und zur Macht über Deutschland

Zum ersten Male nahm die Hitlerpartei 1924 an Reichstagswahlen teil und gewann im Mai 6,5 und im Dezember 3 Prozent der Wählerstimmen. Im Mai 1928 war ihr Stimmenanteil auf 2,6 zurückgegangen, aber schon im September 1930 kam sie auf 18,3 Prozent und wurde mit 107 Abgeordneten zweitstärkste Fraktion hinter der SPD. Göring wird Reichstagspräsident. Insbesondere hatten viele Jungwähler, frühere Nichtwähler und von den regierenden Parteien Enttäuschte, sofern sie nicht zum Wählerzuwachs für die KPD (1,3 Millionen) beitrugen, der Nazi-Partei im Glauben an deren demagogische soziale Versprechungen und antikapitalistischen Losungen ihre Stimme gegeben.

Dass sich der Stimmenanteil der Nazi-Partei in weniger als zwei Jahren mehr als verdoppelte, hat die gleichen Ursachen. Die Wirtschaftskrise hatte ihren Höhepunkt erreicht, und die Nazi-Partei nutzte die Ausweglosigkeit, die große Teile der Bevölkerung bedrängte, um sich als Retter anzupreisen. Bei den Reichstagswahlen Ende Juli 1932 bringt sie 37,4 Prozent der Wähler hinter sich, erlangt 230 Reichstagsmandate und wird damit stärkste politische Kraft. Dass ihr Zulauf wenige Monate später, im De-



Hitler mit den 1930 gewählten 107 Reichstagsabgeordneten der NSDAP

zember des gleichen Jahres, deutlich rückläufig ist (33,1 Prozent, minus zwei Millionen Stimmen und 34 Mandate), erklärt sich mit dem beginnenden Abflauen der Krise. Insgesamt aber bildet der krisenhafte Zustand Deutschlands namentlich zu Beginn der 30er Jahre den Boden für die Eroberung der Macht durch die Nazis über die Parlamente.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie Weimarer Prägung vollzieht sich binnen weniger Monate. Der entscheidende Schritt war die der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Es folgt die Ausschaltung des Reichstages durch Hindenburgs Notverordnung am 1. Februar und einen Tag später das Ersuchen von Innenminister Frick (NSDAP) an die Länder, Zeitungen und Versammlungen der KPD zu verbieten – was in den NSDAP-regierten Ländern unverzüglich geschieht. Schließlich beschließt am 23. März der Anfang des Monats – schon unter den neuen Machtverhältnissen – gewählte Reichstag das Ermächtigungsgesetz. Der inszenierte Reichstagsbrand und seine propagandistische Ausnutzung dienen der Forcierung der terroristischen Elemente der Macht und sichern den Nazis den Zuspruch großer Bevölkerungsteile. Mit der schrittweisen Ausschaltung aller anderen Parteien wurde der Reichstag zu einem reinen Repräsentations- und Akklamationsorgan der faschistischen Diktatur fernab jeglicher parlamentarischen Kultur.

### Die NSDAP in Landtagen und Kommunalparlamenten

Die schrittweise Eroberung des Reichstags durch die Hitlerpartei war von Anfang an begleitet vom Eindringen der Nazis in die Landtage und die Kommunalparlamente. Hier konnte sie teilweise sogar früher als im Reichstag Einfluss und Macht gewinnen. So in Thüringen, wo bereits im Januar 1930 Frick erster nationalsozialistischer Minister im Deutschen Reich wird, zu dessen ersten Amtshandlungen es gehört, Remarques Roman „Im Westen nichts Neues“ für die Schulen zu verbieten, ein Ermächtigungsgesetz für drastische Sparmaßnahmen in den Landtag einzubringen und eine Verfügung gegen „Negerkultur“ zu erlassen, mit denen er gegen „fremdras-

sische Einflüsse“ vorgehen will. Gegen das Votum des Beirates des Deutschen Nationaltheaters Weimar verfügt er 1931 die Entlassung von Generalmusikdirektor Praetorius. Kurz darauf gelingt es zwar, die beiden Nazi-Minister zum Rücktritt zu zwingen. Aber schon im Jahr darauf wird die NSDAP – nach Hessen – stärkste Partei im Landtag.

Bereits 1929 hatte die Partei Hitlers in Berlin 13 von 225 und in Baden sechs von 88 Mandaten gewonnen, im gleichen Jahr zieht sie auch in den Landtag von Mecklenburg-Schwerin ein – drei Jahre später gewinnt sie hier die Hälfte der Stimmen, und ein Nazi wird Ministerpräsident. Im Stadtrat von Coburg erlangt die NSDAP über eine Listenverbindung mit bürgerlichen Parteien die absolute Mehrheit. Bei der Landtagswahl in Schaumburg-Lippe gewinnt sie 27 und im Januar 1933 rund 40 Prozent der Stimmen, und eine NSDAP-Regierung tritt an die Spitze des Landes.

Im Land Oldenburg wird die Nazi-Partei im Mai 1931 mit 37,2 Prozent der Stimmen stärkste Fraktion – erstmalig in den deutschen Ländern mit 19 (vorher 3) von 48 Mandaten. Im November scheidet die Wahl des Nationalsozialisten Böhmcker zum Ministerpräsidenten nur an der Zweidrittelmehrheit. Aber nach dem Erreichen der absoluten Mehrheit im Mai 1932 kann sie doch den Ministerpräsidenten stellen. Ebenfalls große Gewinne für die Nazi-Partei gibt es in diesem Jahr in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg.

Im Landtag von Braunschweig gelingt es der NSDAP 1931 im Bündnis mit anderen rechten Parteien, den 1. Mai als Feiertag im Lande abzuschaffen.

In Preußen fordert im Juli 1932 der NSDAP-Landtagspräsident Kerrl den Reichskanzler auf, den Belagerungszustand über das Land zu verhängen, da die Landesregierung den „kommunistischen Terror“ nicht ausreichend bekämpfe.

### Das parlamentarische Emporkommen der Nazis in Sachsen und Leipzig

Der parlamentarische Aufstieg der Nazis in Sachsen und in Leipzig ist sicher eines speziellen Beitrags wert. Hier soll er des-

halb nur kurz skizziert werden.

Sachsen war – nach Bayern – das zweite deutsche Land, in dem sich die NSDAP auszubreiten begann. Schon im Oktober 1921 wird in Zwickau die erste außerbayerische Gruppe der Partei gegründet. Bei den Landtagswahlen 1926 kann sie zwei Mandate erringen, 1929 sind es bereits fünf. Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erhält die NSDAP in Sachsen 45 Prozent der Stimmen und kann – nach dem Gesetz über die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 – entsprechend diesem Stimmenanteil den Landtag besetzen (für die inzwischen verbotenen Parteien KPD und SAP trifft das nicht zu). Schon im Januar 1934 bestimmt dann das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, dass der sächsische Landtag, wie alle Landtage, aufgelöst wird.

In Leipzig blieb die Hitlerpartei bei der Wahl der Stadtverordneten 1926 mit nur 9287 Wählern noch deutlich unter drei Prozent und gewinnt nur ein Mandat, aber im November 1932 geben ihr 101 090 Wähler ihre Stimme. Und schon im März 1933 beginnt die Demontage der Volksvertretung mit dem Ausschalten der Stadtverordneten der KPD, im Juni trifft es auch die der SPD.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 geben rund 189 000 Leipziger Wähler den Nazis ihre Stimme.

\*

Als die faschistische Partei die Macht in Deutschland erlangt hatte, aber vielfach schon lange vorher, zeigte sich, dass ihr Aufstieg in den Parlamenten aller Ebenen alles andere war als ein Ausdruck ihrer Orientierung auf eine parlamentarische Demokratie, ein Akzeptieren demokratischer Regeln und ein Respektieren des Volkswillens. Vielmehr war er für sie nur ein Weg zur Installation einer zutiefst volksfeindlichen diktatorischen Macht, ein Weg zur Abschaffung selbst formaler und ausgehölter bürgerlich-demokratischer Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, ein Ersetzen jeglichen Rechts durch Willkür. Es war ein Weg, dessen parlamentarische Aktivitäten stets flankiert waren von den Methoden künftiger Herrschaft: physischer Terror, brutale Einschüchterung und schamlose Lüge.

• GÜNTER LIPPOLD

Von OTTO SEIFERT

# Ein Altnazi als Wahlhelfer Helmut Kohls und der CDU

Als Helmut Kohl mit seiner CDU antrat, die ersten Wahlen nach der Einheit zu bestreiten, stützte er sich nicht nur auf die Wahlmaschine seiner Partei und die umfangreichen staatlichen Institutionen der BRD, sondern er setzte auch seinen gesamten politisch-ideologischen und propagandistischen Schattenapparat ein. Kohls Wahlhelfer verteilten Anfang November 1990 etwa 70 bis 100 000 Exemplare einer Sonderausgabe des *Deutschland Magazins* mit dem Titel „Der Kanzler der Einheit an die Wähler im Osten“. Es enthielt ein großes Exklusiv-Interview mit Kohl, in dem er gegen Feinde polemisierte, die Erfolge der Ostdeutschen als seine Aufgabe bezeichnete und große innen- und außenpolitische Versprechen verkündete. Kurt Biedenkopf und Wolfgang Schäuble, der noch im Sommer 1989 Deutschland in den Grenzen von 1936 wollte, pries das Magazin als künftige Interessenvertreter der Ostdeutschen an. Christian Schwarz-Schilling mit seiner nationalkonservativen, zum rechten Rand orientierte Neigung und Volker Rühle, der enge Beziehungen zum Parteigenossen und NS-Geheimdienstexperten für Osteuropa Theodor Oberländer sowie zu rechten Verlegern unterhielt, erschienen als künftige Vorbilder, gefolgt von anderen Akteuren des rechten Flügels der CDU. Zugleich legte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag fest, dass das Gebot im Grundgesetz, dem deutschen Volk bei seiner Wiedervereinigung eine Verfassung zu geben, ignoriert wird. Befürworter des Artikels 146 des Grundgesetzes stempelte er im Grunde als Feinde des deutschen Staates ab. Dregger sah in der SPD und den Grünen eine Gefahr für Deutschland. Er tendierte zu einer Regierung des „Bürgerblockes“, sogar mit Schönhubers Republikanern. Die Schrift versuchte, Jörg Haider als Zukunftskraft Österreichs und neuen Politikertyp hinzustellen. Die Grundtendenz des Magazins war eindeutig. Nur, viele von Kohl ernannte Bürgerrechtler übersahen sie geflissentlich, einigen waren ihr sogar geistig nahe. Das Heft wurde durch Werbung finanziert, und zwar von der Telekom, der Bayer A. G., der Bayrischen Landesbank, von Sparkassen und Verlagen wie dem Herder Taschenbuch Verlag sowie vom Pozun-Pallas-Verlag – bekannt durch seine die Wehrmacht und SS verherrlichende Literatur.

## Wahlhelfer Ziesel und seine Instrumente

Der Herausgeber des „Deutschland Magazins“ und Generalsekretär der Deutschland Stiftung e. V. Kurt Ziesel erklärte sich zum Volksvertreter sowie Sieger der Wende und warb im Leitartikel für den Wahlsieg der Unionsparteien. Ziesel steigerte sich in seinen manipulierenden Ergüssen so weit, dass sich der Absolvent einer Offizierschule in Potsdam von 1943/44 sogar als Opfer des Krieges, als Geschädigter der Roten Armee hinstellte. Das „Deutschland Magazin“ war, wie auf seiner Rückseite über Jahre verkündet, auf „besonderen Wunsch Konrad Adenauers“ entstanden und Ziesel wiederum auf dessen Wunsch zum Herausgeber sowie zum Generalsekretär der mit dem

Magazin verbundenen Deutschland-Stiftung e. V. ernannt.

Wer war dieser Kurt Ziesel, den Kohl als Symbol der CDU, als Propagandist für seinen Wahlkampf und auch als Symbol der Einheit einsetzte?

Kurt Ziesel, geboren in Innsbruck, trat bereits 1930 dem NS-Studentenbund und 1931 der NSDAP bei und arbeitete bei einer Zeitung dieser Partei. Nach dem blutigen Putsch gegen die österreichische Regierung musste er fliehen. In München übernahm ihn Reichsleiter Amann vom *Franz Eher Verlag* als Volontär des *Völkischen Beobachters*. Ziesel stieg danach zum Redakteur von NS-Zeitungen auf und wurde schließlich Chefredakteur des „Hanseatendienstes“ der nationalsozialistischen Hanseatischen Verlagsanstalt. In Schriften glorifizierte er Max Amann als den neuen Mann der Presse, pries den „Völkischen Beobachter“ als das einzig wahre Blatt und verherrlichte den Kurs der NSDAP. 1938 schickte ihn die NSDAP wieder nach Österreich, wo er als Propagandist und „Dichter“ wirkte. Goebbels ließ ihn auf die Listen der zu fördernden Literatur, als zugelassenen Reichsredner und als auserlesenen Gast der von ihm inszenierten Weimarer Dichtertage setzen. Schließlich wirkte er als von der NS-Reichspressingleitung ausgesuchter und gesteuerter „Kriegsbericht“.

Das „Sozialdemokratische Mitglieder Magazin“ zitierte Ziesel im März 1983 aus dem Jahr 1934: „Ich bin Nationalsozialist und ich bin Parteigenosse kraft der Leistungen und der Taten, die ich getan habe.“ Den Propagandisten und Wahlhelfer Adenauers und Kohls charakterisierte das Magazin wie folgt: „Er wütete gegen Juden und Judenknechte“

und rühmte sich in einem Brief an Staatssekretär Hinkel (Hinkel leitete u. a. die Verfolgung kulturell tätiger Juden, d. A.) seiner praktischen Beteiligung an der Lösung der Judenfrage. Ziesel zeichnete seine hasserfüllten Kolumnen im „Völkischen Beobachter“ der Hitlerpartei mit demselben Kürzel wie später seine Beiträge im „Bayernkurier“ der Straußpartei – mit KZ. Drei Jahre später (Mai 1986) informierte der *Vorwärts*, dass Ziesel extreme konservative und reaktionäre Auffassungen verbreitet und überzeugter NS-Täter gewesen war. Am 6. August 1943 zeigte der einstige „NS-Gebrauchsschriftsteller“ (*Stern*) Kurt Ziesel seine 22-jährige Köchin Theresia Kassin beim Amtsgericht Heinfeld wegen angeblicher „staatsfeindlicher Äußerungen“ an und wies gleich die Richtung für eine exemplarische Bestrafung: Die Gesinnung der Köchin, so Ziesel, sei reif für das Konzentrationslager. Es gab damals noch Sozialdemokraten, SPD-Mitglieder, die erst Adenauer und dann Kohl auf die für die BRD untragbare Rolle Ziesels aufmerksam machten. Beiden CDU-Politikern war dieser Nazi aber wichtig für ihre Politik des Kalten Krieges.

Als Kriegsbericht des NS-Presseschefs schrieb Ziesel zum Beispiel in den *Armee-Nachrichten* am 1. Januar 1941, ein „Rassenkaos“ herrsche auf dem Balkan durch Juden, Armenier, Zigeuner. Und auch dies: „Diese Stimme. Ja diese Stimme! Volltönend, mahnend, keinem Deutschen fremd, diese Stimme, die voll des Glaubens ist.“ Frauen, die dort Hitlers Reden lauschen, würden zu Tränen gerührt. So mobilisierte Ziesel „Kämpfer“ für den Rassenwahn. Am 20. April 1943, zu Hitlers Geburtstag, um nur noch ein Beispiel zu nennen, verlangte

Ziesel in der „Deutschen Zeitung im Osten“ von den Soldaten „bedingungslose Gefolgschaft“ für Hitler und ihr Opfer auf dem „Schlachtfeld“ für des Führers „Größe“.

## Ziesel, die CDU und das schwarz-braune Netz

Nach 1953 wirkte er in Vertriebenen-Verbänden, sammelte alte und neue Nazis sowie Rechtskonservative in der Stiftung um sich, ließ sie publizieren und verteilte als Generalsekretär mit den Vorsitzenden der CDU Adenauer-Preise.

Ziesel war auch Mitbegründer der Gesellschaft für freie Publizistik. Dieses Instrument – eines unter vielen – des Kalten Krieges setzte sich aus Führungskräften der SS, des Propagandaapparates der NSDAP und fanatischen NS-Dichtern zusammen. Zur Charakteristik sollen nur einige genannt werden:

*Helmut Sündermann*, seit 1930 Mitglied der NSDAP, SS-Obersturmbannführer, Stellvertreter des Reichspresseschefs, Stabschef beim Reichspresseschef Dietrich, Herausgeber der Nationalsozialistischen Korrespondenz, Vorgesetzter der Kriegsbericht, nach 1945 Mitbegründer des SS-Verlages von „Nation Europa“, Mitbegründer des Verlages von alten und neuen Nazis, des Drüffel-Verlags.

*Peter Kleist*, SS-Sturmbannführer, Ostreferent bei Goebbels, nach 1945 Chef der „Deutschen National-Zeitung“ der und „Soldaten-Zeitung“.

*Erich Kernmayer*, SS-Hauptsturmführer, Mitarbeiter im Gaupropagandaamt Wien, NS-Redner, NS-Dichter, Kriegsbericht.

*Herbert Böhme*, seit 1931 NSDAP-Mitglied, Leiter der Fachschaft Lyrik in der von Goebbels gesteuerten Reichsschrifttumskammer, Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, persönlicher Referent bei Ribbentrop, „Dichtungen“ wie „Des Blutes Gesänge“ u. a., Lehrkraft der in Polen gegründeten Reichsuniversität Posen, nach 1945 Mitglied des Gauleiterkreises alter NS-Führer, Gründer des neonazistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“, Herausgeber der fast nationalsozialistischen „Klüter Blätter“.

*Theodor Oberländer*, Teilnehmer am Hitlerputsch gegen die Republik und die Demokratie, NSDAP-Mitglied, Gauleiter, Verfechter der Vertreibung von Polen und Juden im besetzten Polen, Professor und Dekan an der von der SS gesteuerten Prager Universität, Spionage-Experte der Wehrmacht, Aufbau des Bataillons Nachtigall, Führer von ausländischen NS-Hilfsgruppen, besonders von Kosaken im „Endkampf“, auf Vorschlag des CIA Minister bei Adenauer, Experte für den Kalten Krieg und einen möglichen neuen den ostdeutschen Bürgern in „Das Parlament“ als Opfer des Kommunismus vorgestellt.

*Wilhelm Pleyer*, Schriftleiter im besetzten Sudetenland, stark antisemitisch, rassistisch, Propagandist des Nationalsozialismus, nach 1945 Arbeit in Verbänden der Vertriebenen, Verfechter nationalsozialistischer Politik, Mitarbeit in der rechtsradikalen „National-Zeitung“.

*Will Vesper*, NS-Funktionär und Dichter, Herausgeber einer Literaturzeitschrift, extremer Antisemit, veröffentlichte Listen von nach seiner Meinung zu liquidierende Verleger, Buchhändler und zu vernichtende jüdische Literatur in Österreich, verlangte „Ausmerzungen“ der Verlage von Heinrich, Thomas, Klaus und Erika Mann und aller deutschen Emigranten im westlichen Ausland, arbeitete

Fortsetzung auf Seite 23



Der Hitler-Propagandist und Kohl-Berater Kurt Ziesel starb in diesem Jahr. Sein Haus- und Magenblatt widmete ihm im Juni einen Nachruf in großer Aufmachung.

# Kein Grund, diese Verfassung zu verteidigen

LN-Gespräch mit KEITH BARLOW,  
der für die PDS auf Listenplatz 10 für  
das EU-Parlament kandidierte

**LN:** Als Gregor Gysi auf dem Potsdamer Parteitag sagte, die PDS könne womöglich dereinst an einen Punkt kommen, die EU-Verfassung – sollte sie je angenommen werden 2 stärker zu verteidigen als jene, die ihr wortgewaltig zugestimmt haben, klang das nach Max Reimann, als er im 1. Deutschen Bundestag die Ablehnung der KPD zum Grundgesetz begründete ...

**Keith Barlow:** Aber ein solcher Vergleich funktioniert nicht. Die politischen Bedingungen von 1949, als das Grundgesetz verabschiedet wurde, sind nicht mit denen bei der Verabschiedung der EU-Verfassung zu vergleichen. Außerdem gibt es wesentliche Eckpunkte im Grundgesetz, die achtenswert sind, die jedoch keinen Platz im EU-Verfassungsentwurf gefunden haben. Es ist also höchst fragwürdig, ob es sich je lohnen könnte, diese Verfassung zu verteidigen, falls sie denn zustande kommt.

**LN:** Welche Eckpunkte des Grundgesetzes meinen Sie?

**K. B.:** Zwei wichtige Punkte: Erstens: Artikel 26(1) im GG verbietet die Beteiligung der BRD an einem Angriffskrieg und macht eine solche Beteiligung strafbar. Dieses Verbot fehlt im EU-Verfassungsentwurf. Stattdessen gibt es dort unter Teil I Artikel 40 sogar die Verpflichtung für die EU-Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern sowie für die Errichtung eines Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten zu sorgen –



Plakat des Bochumer Sozialforums

also eine Pflicht zur Militarisierung. Zweitens: Mit der Festlegung „einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ im Teil III des Entwurfs wird eine marktradikale Wirtschaftsordnung in den Verfassungsrang erhoben. Im Grundgesetz dagegen ist keine Wirtschaftsordnung festgeschrieben. Stattdessen gibt es zu beachten: Die BRD (Art. 20(1)) ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Durch Artikel 14(2) ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums festgeschrieben und durch Artikel 15 ist sogar eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft als Möglichkeit legitimiert. Es gibt da also einen ganz gravierenden Widerspruch zwischen diesen, wahrlich auch von Kommunisten und Sozialisten zu verteidigenden Punkten des deutschen Grundgesetzes und Teil III des EU-Verfassungsentwurfs.

**LN:** Und das erklärte Ziel der Vollbeschäftigung im Entwurf?

**K. B.:** Das stimmt, nachzulesen im Teil I Artikel 3(3), aber wie ist ein solches Ziel zu erreichen angesichts der politökonomischen Grundlagen, die im Teil III definiert sind? Dort ist auch der harte Kern des Vertrags von Maastricht fest verankert. Angesichts des von mir bereits formulierten Marktradikalismus in Einheit mit den strengen monetaristischen Bedingungen für die Einführung des Euros mangelt es dem Ziel Vollbeschäftigung ganz einfach an Substanz. Das heißt aber auch: Unter solchen Bedingungen ist ein solches Ziel

nur durch die Schaffung eines Billiglohnssektors zu schaffen. Dafür allerdings werden bereits Weichen gestellt, siehe die Umsetzung der Hartz-Vorschläge.

**LN:** Also müssen wir umgekehrt das Grundgesetz gegen die EU-Verfassung verteidigen, falls sie zustande kommt?

**K. B.:** Wie gesagt, im Kampf für Frieden und Abrüstung sowie gegen die Demontage der sozialstaatlichen Errungenschaften, die teilweise durch EU-Politik beeinflusst ist, gibt uns das Grundgesetz durchaus Rückenstärkung. Ein wichtiges Beispiel ist, dass Klagen gegen Hartz IV vor dem Bundesverfassungsgericht in Vorbereitung sind. Wie die Richter in Karlsruhe diese Klagen beurteilen werden, liegt allerdings wie manche andere vor Gericht auszutragende Frage in den Sternen. Auf der Grundlage des Grundgesetzes zu klagen scheint mir jedoch entschieden hoffnungsvoller als auf der der EU-Verfassung. Denn, wie gesagt, sie schreibt die marktradikale Wirtschaftsordnung fest. Und da ist kaum Spielraum für die Bedürfnisse der Lohnabhängigen.

**LN:** Der PDS-Parteitag in Potsdam hat sich aus diesen Gründen ja auch mehrheitlich für die Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs ausgesprochen ...

**K. B.:** Wenn der Parteitag sich anders zu diesem wichtigen Thema positioniert hätte, wäre das für uns schädlich gewesen.

Die politische Klasse in Deutschland hat eine neue Gefahr ausgemacht, die der Bildung sogenannter Parallelgesellschaften.

Abeid Karume, nach einer Insel-Revolution im Januar 1964 erster Präsident von Sansibar, erließ nach seiner Machtübernahme eine denkwürdige Anordnung. Zur Eindämmung des ethnischen Konflikts zwischen Afrikanern und Arabern auf der Insel sollte jeder Afrikaner im heiratsfähigen Alter eine Araberin heiraten.

Eine ähnliche, noch erweiterte Variante dieser Maßnahme bietet sich zur Verhinderung der Entstehung von

## Wie man Parallelgesellschaften verhindern kann Nur ein Vorschlag

Parallelgesellschaften in Deutschland an.

Jeder deutsche Mann im heiratsfähigen Alter sollte eine Ausländerin heiraten und jede deutsche Frau einen Ausländer. Für diese Eheschließungen könnte eine hohe Prämie gezahlt werden, verbunden mit der Auflage, dass eine Scheidung erst frühestens nach zehn Jahren möglich ist.

Die Variante hätte neben der Verhinderung von Parallelgesellschaften weitere erfreuliche Nebenwirkungen.

Der Zulauf von Einwanderern würde anwachsen, denn deutsche Frauen und Männer sind als Eheleute wegen verschiedener Vorzüge weltweit gefragt. Die Vergrößerung der Gesellschaft nähme ein Ende und auch der Rückgang von Geburten. Damit wären Bevölkerungswachstum gewährleistet und Überalterung der Gesellschaft verhindert, der Weg aus der demografischen Falle gezeigt. Und nicht zuletzt – auch der internationale Terrorismus würde einen empfindlichen Schlag erhalten und das Christentum gerettet.

Was aus der Anordnung auf Sansibar geworden ist? Nun, die Araber verließen in Scharen die Insel. Die Anordnung hatte auch ohne ihre Befolgung zur Verhinderung einer Parallelgesellschaft geführt.

• MANFRED BOLLS

Fortsetzung von Seite 22

nach 1945 für den Bertelsmann-Konzern, förderte neonazistisches Gedankengut und deren Gruppierungen sowie die Aufrüstung. Wurde als Kultfigur gehandelt. Dieser Kreis kann mit Personen wie H. Grimm, E. G. Kolbenheyer, Verleger wie K. Vowinckel, neonazistische Politiker wie Dr. Gert Sudholt und viele andere fortgeführt werden.

### Alte Seilschaften nach der formalen Einheit

Mit diesen ideologischen Apparatschiks und den Vorsitzenden der CDU und CSU im Rücken, nutzte Kurt Ziesel sein Magazin, um jede Tendenz nach mehr Demokratie in seiner Partei zu stoppen. So polemisierte er 1988/89 scharf gegen den CDU-Funktionär Geisler sowie andere CDU-Mitglieder, die die Partei zur Mitte

öffnen wollten. Er bezeichnete sie sogar als mögliche „Totengräber“ der CDU. Zugleich propagierten er und beispielsweise auch das CDU-Bundestagsmitglied Heinrich Lummer eine Öffnung der CDU in Richtung Republikaner.

Dieser nationalsozialistische, neonazistische Dunstkreis störte CDU und CSU nicht, sie hüteten sogar diese Apologeten und deren Parolen für den ideologischen Kalten Krieg. Heute haben viele Politiker, Journalisten und „Aufklärer“ wie die Chefin des Stasimaterials einen künstlichen „Blackout“ für diese Vorgänge. Vierzehn Jahre nach der Einheit führen sie auf neuem Niveau den psychologischen Kalten Krieg gegen Ostdeutsche.

Merkel setzte zu den jüngsten Landtagswahlen Kohl völlig instinktiv als Wahlkämpfer der CDU in den ostdeutschen Bundesländern ein. Noch peinlicher wird ihre Haltung, wenn man beach-

tet, dass Bundeskanzler Kohl den „alten Kämpfer“ und Agitator Hitlers, Kurt Ziesel – der sich für einen „gesunden Rasseninstinkt“ und gegen Juden aussprach, der für die CDU den rechten Rand sammelte und mobilisierte – demonstrativ als Begleiter für seine offizielle Reise nach Israel auswählte. Das alles ohne große „Aufklärung“ und Protest der Medien.

Bernhard Vogel, der einst unter Kiesinger und Kohl an der geistigen Wende nach rechts mitwirkte, der geschickt als Geschickter zum Thüringer Ministerpräsidenten gekürt wurde, hatte den Altnazi vielfach in höchsten Tönen gelobt und arbeitete mit Ziesel auch als „Thüringer“ zusammen.

Biedenkopf, von Westjournalisten und der „objektiven“, angeblich für alle Deutschen sprechenden Sabine Christiansen als Sprecher Ostdeutschlands ausgegeben, müsste als Generalsekretär der

CDU die braunen Seilschaften der „alten Länder“ in Regierungen und Parlamenten sowie Apparaten kennen. Er führte doch damals gegen Willy Brandt und dem „Wagnis nach mehr Demokratie“ die CDU im Kampf für eine Wende nach rechts. Ihm sollten auch die braunen Schatten seiner Partei bekannt sein. Ein Professor mit Gedächtnisschwund? Ein Professor, der nach der Wende Berufsverbote in Sachsen einführte, rigoros „abwickelte“, der Elemente aus seiner Kalten-Kriegs-Zeit, nämlich den Radikalerlass von 1975 für Ostdeutsche einführte und eine von ihm selbst getragene Verwaltungsvorschrift zur Ausgrenzung praktizierte, der selbstherrliche autoritäre Regierungspraktiken gegen SPD-Mitglieder betrieb, eine Partei mit über 20 Prozent Wähler ignorierte, zeigt sich heute taktisch nachdenklich, jedoch unfähig, die Ursachen für den Absturz seiner Partei zu erkennen.

HOCHVEREHRTER,  
LIEBER HANS LAUTER!

Wir lernten uns erst nach dem Sieg der Konterrevolution, die manche Wende nennen, in der Arbeit kennen, und es waren schwierige Aufgaben, die uns verbanden. Ich fand wie andere auch in dir einen weiteren erfahrenen politischen Lehrer, dem als erstes Respekt gebührt. Du verkörperst jene Tradition in der deutschen Geschichte, die ihr ganzes Leben dem Ringen um Frieden und Sozialismus gewidmet haben. Du und andere Antifaschisten nahmen unsereinen mit den Erfahrungen des „Werner Holt“ bei der Hand. Ihr haltet den faschistischen Unrat in unseren Köpfen zu beseitigen und eröffnet uns neue Welten, zeigtet uns den Weg zu humanistischen Utopien und sozialistischen Idealen. Noch heute gehört es zu deinen Gewohnheiten, lange Passagen aus Lessings „Nathan“ und Goethes „Faust“ zu zitieren. (Ich erinnere mich, dass es Görlitzer Antifaschisten waren, die mit uns Jungen Ostern 1946 den „Faust“ auf der Landeskronen bei Görlitz rezitierten: „Vom Eise befreit ...“. Und da war nicht nur die Natur gemeint. Aufbruch, Neuanfang, Völkerfrühling waren einige der Vokabeln.)

Als du 1945 in Chemnitz „Aktivist der ersten Stunde“ wurdest, hattest du schon schwere politische Prüfungen hinter dir. Du wurdest am 22. Dezember 1914 in Adelsberg (damals Niederhermersdorf) bei Chemnitz geboren. Das war wenige Wochen nach Beginn des ersten Weltkrieges. Imperialistische Kriege überschatteten dein Leben bis heute, aber du gehörst zu den Aufrechten, die sich nie mit ihnen abgefunden haben. Dein Vater war Maschinenformer, deine Mutter war Krankenpflegerin. Die Familie und das proletarische Milieu in Chemnitz prägten deine Kindheit. Du wurdest Glasschleifer, eine gute Schule für Präzisionsarbeit. Deine aktive Betätigung im Arbeitersport vor 1933 war eine hervorragende Ergänzung, weil du Eigenschaften erwarbst, die deine Weg- und Kampfgefährten an dir anerkennen: Selbstdisziplin, Leistungswillen, Zuverlässigkeit, Zähigkeit.

Im biografischen Lexikon „Wer war wer in der DDR?“ (Bonn 2001, S. 506) wird über deine Tätigkeit vor 1933 vermerkt: 1931/32 Mitglied der Unterbezirksleitung Chemnitz des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), 1932–1934 politischer Leiter des KJVD in Chemnitz Ost. Aber was verbirgt sich hinter dieser lapidaren biografischen Angabe?

Das war dein leidenschaftlicher Einsatz gegen die heraufziehende faschistische Gefahr, die Entlarvung der Nazi-Demagogie unter jungen Arbeitern und Sportlern, die Organisierung von Protesten mit den damaligen Losungen wie bei der Reichstagswahl 1932: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! (Die SPD-Führung rief zur Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls Hindenburg auf, als Thälmann gegen ihn kandidierte.)

Deine politische Entscheidung in den Jahren vor 1933 war unwiderruflich. Als Vertreter der Chemnitzer kommunistischen Jugend nahmst du 1934 an einer illegalen Konferenz in Moskau teil und teilst deine Erfahrungen mit. Nach deiner Rückkehr nahmst du die illegale Arbeit unter falschem Namen in Westsachsen auf. Du wurdest verhaftet. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte dich 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu

zehn Jahren Zuchthaus. Du lernst Folter, Misshandlung und Erniedrigung kennen, zuerst im Zuchthaus Waldheim, später in den Moorlagern im Emsland. Das wurden deine Universitäten, in denen du Erfahrungen gesammelt und, wenn und wo möglich, mit Literatur zur Klassik, Kulturgeschichte und Mathematik verschlungen hast. Du überlebst das „Dritte Reich“.

Im Februar 1945 warst du Häftling im Gefängnis Radebeul-West und wurdest zu Aufräumarbeiten in Dresden eingesetzt. Dir gelang die Flucht. Immer auf der Hut vor den Häschern der Nazis, schlugst du dich inmitten des Chaos der letzten Kriegswochen zur Roten Armee durch – wurdest aber von den ersten Sowjetsoldaten, auf die du trafst, nicht freudig als deutscher Kommunist umarmt. Du hattest keine Papiere. Warum sollten dir die

Juli 1950–Mai 1953 Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der SED, verantwortlich für Kultur. Du fielst einer Verleumdung zum Opfer, deren Unwahrheit sich bald herausstellte. Du wurdest rehabilitiert, zugleich bewahrheitete sich auch in deiner Biografie, was Hermann Kant später aussprach: Nicht jede unserer Narben stammt vom Feind. (Ich würde hinzufügen: Schläge aus den eigenen Reihen sind unverzeihlich.)

Ab 1953 warst du in Leipzig tätig, zunächst am Franz-Mehring-Institut, dann als Sekretär für Kultur in der SED-Bezirksleitung. Im Zusammenhang mit Konflikten um die Kultur- und Kirchenpolitik wurdest du 1969 abgelöst. Ein Punkt der Auseinandersetzung war der Streit um den Abriss der Universitätskirche; ein Streit, an den du, wie wir sehen werden, Anfang 2004 noch einmal schmerzlich erinnert wurdest.

zistisch und propagandistisch tätig. Der Sieg der Konterrevolution 1989/90 trieb dich nicht in die Resignation, und du wurdest auch kein Renegat. Du bliebst deiner Überzeugung und deinen Prinzipien treu. Ich erlebte das nach 1990 in nächster Nähe, in der Arbeit im „Rat der Alten“ beim Parteivorstand der PDS und in der Tätigkeit der VVN/BdA Sachsen, in dem du trotz deines Alters die Verantwortung und Bürde des Vorsitzenden trügst. Auch jetzt gehst du keinem Streit aus dem Wege und biederst dich bei niemandem an. Die Leser von Leipzigs Neue können das beurteilen. In jüngster Zeit waren es zwei Ereignisse, die deine Standfestigkeit auf den Prüfstand stellten. Als voriges Jahr das sächsische Gedenkstättengesetz zur Diskussion stand, das inzwischen zum Modell zu einem Entwurf für ein gesamtdeutsches Gesetz wurde, hast du vor seiner Annahme

Zum 90. von Hans Lauter

## Ein Antifaschist, der nicht zum Schweigen zu bringen ist



Foto: Wart

Befreier glauben? Deine persönliche Befreiung begann also mit einigen Tagen Arrest, bis geklärt war, wer du bist. Deine Biografie nach 1945 ist einerseits die folgerichtige Fortsetzung deines Weges vor der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, sie widerspiegelt andererseits die völlig neuen Aufgaben und Anforderungen beim Werden und Wachsen der ersten Arbeiter- und Bauernmacht auf deutschem Boden, beim Aufbau und der Gestaltung der DDR. Aus dem Aktivist der ersten Stunde in Chemnitz wurde der Berufsfunktionär, der mit unterschiedlichen Aufgaben betraut wurde. Ich lese in dem schon genannten Lexikon als Stationen deines weiteren Lebens: 1947–1949 Parteihochschule Karl Marx. 1949/50 Mitglied der Landesleitung der SED Sachsen.

Du kehrtest ins heimliche Chemnitz, nun Karl-Marx-Stadt, zurück. Zunächst waren dir bis zu deiner Emeritierung 1979 Jahre fruchtbarer wissenschaftlicher Arbeit an der Technischen Hochschule gegönnt. Es gibt nicht wenige Studenten, die sich dankbar bis heute an deine Lehr- und Forschungsarbeit erinnern. Mit deiner Arbeit „Zum Verhältnis von Technik und Kultur bei der Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus“ hast du wissenschaftliches Neuland betreten. Bei manchem, was du damals geschrieben hast, zeigt sich die Bedeutung erst heute. Nach deiner Emeritierung 1979 hast du dich nicht zur verdienten Ruhe gesetzt. Du wurdest Vorsitzender des Stadtkomitees Karl-Marx-Stadt der antifaschistischen Widerstandskämpfer und warst erfolgreich publi-

gewart. Vor allem die Gleichsetzung der Opfer vor und nach 1945 fand deine Kritik, weil sie eine Schmähung für die Antifaschisten und eine De-facto-Rehabilitierung der Kriegsverbrecher und Nazis ist, die nach 1945 „am gleichen Ort“ (Torgau, Bautzen, Münchner Platz Dresden) inhaftiert waren. Du hast die Ehre und Würde der Hitlergegner verteidigt. Die sächsische Regierung und die Erzkonservativen in Sachsen hätten sich Schimpf und Schande ersparen können, hätten sie deine Mahnung beachtet. Das Fiasko kam postwendend, als die Opferverbände, die sich dem Vermächtnis der Naziopfer verpflichtet fühlen, ihre Arbeit in der „Stiftung sächsische Gedenkstätten“ einstellten. „Bitter bereut, wer des Weisen Rat scheut“? Bis jetzt nicht.

Im Frühjahr 2004 bat dich die PDS, Wahlmann für sie bei der Wahl des Bundespräsidenten zu sein. Ausgelöst durch einen Artikel des *Focus* stürzten sich auch andere Medien auf dich, um dich für den Abriss der Universitätskirche verantwortlich zu machen. So wollten sie dich verleumden und einen bewährten Antifaschisten zum Schweigen bringen. Auch das gelang nicht. Du erzielst solidarische Unterstützung von vielen. Bei der Wahl des Präsidenten am 23. Mai 2004 ergab sich dann eine Situation, die typisch für das Deutschland von heute zu sein scheint. Die CDU in Baden-Württemberg hatte ihren Ehrenvorsitzenden Hans Filbinger als Wahlmann angeboten, den Mann, der als Nazirichter in treuer Ergebenheit gegenüber dem faschistischen Regime noch nach dem 8. Mai 1945 Todesurteile fällte. Gehört das zusammen, was zusammengewuchert ist? Wenn du, lieber Hans, an deinem 90. Geburtstag auf dein Leben zurückblickst, kannst du mit Recht stolz sein. Aber wer dich kennt, weiß auch, dass du dich weiter rühren wirst. Wünschen wir dir also noch Kraft und Gesundheit für weitere Jahre des Kampfes um eine bessere Welt, eine Welt des Friedens und des sozialen Fortschritts.

DEIN HORST SCHNEIDER,  
DRESDEN



Steffi Deutschmann (stehend) und Elke Gladysz. Fotos: G. Märker

Am 1. Februar 1990 beging die PDS nach der zweiten Austrittswelle mit noch 900 000 Mitgliedern ihren 1. Parteitag als Nachfolgepartei der SED. Die innerparteilichen Diskussionen um die Auflösung waren vorbei, die Genossen sich einig: Die Partei mit ihrem Apparat muss gerettet werden. Sie steckte zwar noch 251 Millionen Mark in GmbH-Gründungen ehemaliger SED-Mitglieder, führte aber 3 Milliarden Mark an den Staatshaushalt ab. Bei 180 Immobilien, leider auch bei allen Bezirkszeitungen der SED, wird großzügig und für viele Genossen überraschend

ein „Rechtsträgerwechsel“ vorgenommen. Immerhin ging es um Vermögen, dass die Mitglieder auch mit ihren Beiträgen erwirtschaftet hatten.

Die Modrow-Regierung griff bereits die Stimmung „Wir sind ein Volk“ mit der Initiative „Deutschland – einig Vaterland“ auf und Helmut Kohl betrieb mit markigen Versprechen vom Westen aus wie auch bei Auftritten im Osten massive Wählerbeeinflussung. Die CDU-geführte Allianz siegte bei den letzten Volkskammerwahlen am 18. März 1990, die PDS erhielt 16 Prozent der Stimmen und ging in die Opposition.

## 15 Jahre PDS

# ... und zwei Frauen, die immer dabei waren

Werden die zwei jetzt ein bisschen sentimental? Auf jeden Fall wechseln Steffi Deutschmann und Elke Gladysz in diesen schwärmenden Blick, als von den allerersten Jahren der PDS die Rede ist, in diesen Blick, den – trotz alledem – damals Zigtausende hatten. Nicht, weil die DDR verloren war und damit erst einmal die sozialistische Alternative in Deutschland. Schon gleich gar nicht, weil bereits ab Mitte 1990 die ersten volkseigenen Betriebe zerschlagen wurden, es erstmals wirklich statistisch relevante Arbeitslose gab. Nicht, weil in der PDS eine Austrittswelle der anderen folgte. Nein, das seinerzeitige Schwärmerische der Genossen hatte zu tun mit einer Aufbruchstimmung, die wiederum so gar nichts mit dem Glücksgefühl anderer Zigtausender über die D-Mark und die Bananen zu tun hatte, sondern mit einem neuen Zusammengehörigkeitsgefühl. Man war sich einig in den Wohngebietsgruppen, in denen sich nun auch die Genossen aus den Betrieben treffen mussten: Protestlos liefern wir uns dem Kapitalismus nicht aus, das Recht auf politische Mitgestaltung, um Schlimmstes zu verhindern, lassen wir uns nicht nehmen. Und schließlich musste die gesellschaftliche Alternative zum herrschenden System weiter gedacht, weiter propagiert werden. Den auf dem jüngsten PDS-Parteitag in Potsdam-Babelsberg zelebrierten Begriff vom strategischen Dreieck gebrauchte damals keiner. Und trotzdem wurde er gelebt. Obwohl auch mancher Genosse wählte, Bande und Vorbereitungen für die Illegalität treffen zu müssen. War nicht die Sieger von 1990 doch ... Nein, sie haben nicht, weil sie überhaupt nicht daran glaubten, dass die PDS überleben würde. Und wie sie lebt. Auch Dank solcher Frauen wie Steffi und Elke, die heute sozusagen schon PDS-Inventar sind. Leipzigs Stadtorganisation hatte mit Thomas Bonesky, Klaus Hesse, Dietmar Pellmann und nunmehr mit Volker Külöw sich wahrlich aufreibende Vorsitzende. Aber die hatten immer die Geschäftsstellenleiterin Steffi Deutschmann und deren

Mitarbeiterin Elke Gladysz im Rücken, die ohne viel Worte wussten, was zu tun war. Eine Deckung, wie sie sich ein Kommandeur nur wünschen kann. Oder kann sich einer, der mit der PDS in Leipzig egal in welcher Beziehung steht, eine Situation denken, in der die beiden nicht auf Posten waren? Eine Demo, bei der sie nicht die PDS-Fahne trugen, eine Veranstaltung, bei der sie mit ihrem Stand nicht dabei waren und Informationsmaterial verteilten (dass ihnen übrigens mehr und mehr regelrecht aus der Hand gerissen wird)? Gibt es einen Tag in der Geschäftsstelle mit all ihren anstrengenden Umzügen und nunmehr im Liebknecht-Haus in der Braustraße zu Hause, an dem nicht wenigstens eine von beiden ansprechbar ist für organisatorische Hilfe oder für persönliche Sorgen und Nöte – immer mehr auch von Nichtgenossen?

**F**aktotum, Mädchen für alles, nannte man früher solche Leute. Und selten brachte das besondere Ehrung oder Anerkennung ein. Zu selbstverständlich ist ihr Wirken. – Nun lächeln sie aber doch ganz gegenwärtig: Nein, ihre Arbeit sei schon anerkannt, das sei zu spüren. Ob ihnen das auch mal richtig gesagt würde? Nun, eigentlich fällt ihnen da auf Anhieb nur Hermann Gerathewohl, der christliche Linke, ein ... Und dann natürlich die AG Senioren bei der PDS und deren Vor-

sitzende Gerda Uhlig. Da funktioniere das Miteinander prima, die Senioren seien immer bereit zu helfen.

Beides, das Lob aus christlichem Munde und die Aktivitäten der Älteren sind typisch für die angekommene PDS, deren fröhliche und auch fürsorgliche Aufbruchstimmung in der Alltagspolitik manchmal schon ziemlich untergegangen ist und deren Mitglieder immer älter werden.

Und die Jungen? Ach, da gäbe es sehr Aktive mit vielen Ideen. Aber ebenso viel Strohfeuer. Die *Woche der offenen Tür* vor einiger Zeit mit den vielen Veranstaltungen, sei schon eine tolle Sache gewesen, leider kam nichts hinterher. Doch das soll sich jetzt ändern. Demnächst wird ein Veranstaltungsplan herauskommen – und die Arbeit soll nicht an der Geschäftsstelle hängenbleiben ...

Steffi (50) und Elke (48) sind jünger als der PDS-Durchschnitt, aber sie sind typisch für die PDS. Elke lacht: „Ich hab zuhause mit meinem Mann und meinen beiden Söhne ja eigentlich eine eigene Basisgruppe, mein Mann gestaltet zudem neben seinem auch überlangen Arbeitstag die PDS-Internetpräsentation. Da gibt es sowieso Verständnis, wenn ich an Wochenenden oder abends auf Achse bin.“

Steffi nickt: „Aber neulich, ich war mit meinem Stadtbezirksbeirat – auch noch so eine ‚Nebenbei‘-Funktion – auf Stadtrundfahrt. So was müsste man öfter ma-

chen, oder spontan mal was mit Gleichgesinnten unternehmen, Wandern zum Beispiel. Vor ein paar Jahren war das Usus in der PDS, vor allem bei der PDS von Leipzig-Land. Mitmachen würde ich gerne, bloß nicht auch noch dafür verantwortlich sein.“ Beide lachen: Wir gehen doch sonst zum Batterieaufladen nur in unsere ehrenamtlichen Jobs. Elke beispielsweise ist „nebenbei“ Schatzmeisterin des Stadtverbandes, dazu Leiterin einer Geschäftsstelle eines Lohnsteuerhilfvereins, ebenfalls Stadtbezirksbeiratsmitglied ... Ziemlich viel ja, andererseits schaffe das auch gute Verbindung zu Menschen und ihren Problemen. Wobei die PDS als Ansprechpartner immer gefragter werde, das spüren beide täglich, vor allem seit den Hartz-Gesetzen.

**N**ein, sie haben sich ihre Partei nicht kaputtgemacht und schon gleich gar nicht kaputtgetreten lassen. Geht ja gar nicht, bei soviel sozialer und vor allem auch kommunalpolitischer Kompetenz. Obwohl es natürlich schlimm war anfangs. Steffi, als stellvertretende Leiterin des Hauses der Pioniere bereits abgewickelt, schaffte bei der SED-Stadtleitung einen kurzen Neuanfang. Elke war nach Studium und Babyjahr als Mitarbeiterin in die SED-Stadtleitung in die Bernhard-Göring-Straße gekommen. Und dann 1990 war alles abzuwickeln, das Mobiliar zu sichern und dem Haus der Demokratie zu übergeben, Akten waren zu sortieren, an Archive weiterzuleiten, dazu galt es, die Stadtbezirksleitungen aufzulösen und Unterlagen zu retten, auch wegen späterer Rentenansprüche der Genossen. Die Partei musste sich neu strukturieren und zudem organisieren, dass sich alle, die drin bleiben wollten, neu einschrieben – eine enorme Kraftanstrengung. Dann kamen die Entlassungen. Zu lange hatte die PDS noch über ihre Verhältnisse gelebt und viel zu viel Geld für Mitarbeitergehälter ausgegeben. Aber nun war Kapitalismus ...

Steffi und Elke erhielten die Chance, zu bleiben, sich in das Neue einzubringen. Verlockend – bis zum heutigen Tag.

M. WARTELSTEINER



„Hinter dem Aufruhr in Kiew stehen die USA“ – so die Überschrift eines Beitrags von Ian Traynor im britischen „Guardian“ am 26. November, der das Drehbuch für die „samtenen Revolutionen“ in Belgrad, Tbilissi und derzeit in Kiew enthüllt. Die „Orangen-Revolution“ sei nach außen hin zwar von Ukrainern getragen, in Wirklichkeit jedoch von den Amerikanern als eine hochentwickelte und brillant durchgeführte Werbungs- und Marketingkampagne gemacht, die in vier Jahren in vier Ländern durchgezogen wurde. Ziel dabei, „unappetitive“ Regimes zu kippen.

Wörtlich heißt es dann bei Traynor: „Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte eine Schlüsselrolle. Und im vergangenen Jahr wiederholte er als US-Botschafter in Tbilissi das Kunststück in Georgien, wo er Michail Saakaschwili darauf trainierte, Scheuwadnase zu schlagen. Zehn Monate nach dem Erfolg von

## Drehbuch für Kiews „samtene Revolution“ entstand in den USA

Belgrad organisierte der US-Botschafter in Minsk, Michael Kozak (ein Veteran ähnlicher Operationen in Mittelamerika, besonders in Nicaragua), eine nahezu identische Kampagne, um zu versuchen, den belorussischen Hardliner Alexander Lukaschenko zu schlagen. Der Versuch schlug fehl. (...) Aber die in Serbien, Georgien und Belarus gesammelten Erfahrungen erwiesen sich als unschätzbar beim Aushecken des Plans, das Regime von Leonid Kutschma in Kiew zu schlagen.

Die Vorgehensweise, Demokratie auf der Wahlurne und zivile Ungehorsam aufzubauen, ist so ausgereift, dass sie eine Schablone für Siege bei den Wahlen anderer Völker darstellt.“

Das amerikanische Drehbuch weist vor allem jugendlichen Aktivisten des betreffenden

Landes eine zentrale Rolle zu. In Serbien sei die Studentenbewegung „Otpor“ (Widerstand), in Georgien die Studentenbewegung „Kmara“ (Es reicht), in Belarus „Zubr“ (Wisent) benutzt worden. In der Ukraine habe diesen Part die Studentenbewegung „Pora“ (Es ist Zeit) übernommen.

Traynor schreibt weiter: „Die normalerweise aufgesplittete Opposition muss sich hinter einem Kandidaten vereinigen, wenn es eine Chance geben soll, das Regime abzuwählen. Dieser Kandidat wird nach pragmatischen und objektiven Kriterien ausgesucht, selbst wenn er oder sie antiamerikanisch eingestellt ist.“

In Serbien stellten die US-Meinungsforscher Penn, Schoen und Berland Kompagnons fest, dass der protestliche Oppositionsführer Zoran Djindjic unpopulär war und keine Chance hatte, Milosevic in einer Wahl zu schlagen. Er wurde überzeugt, sich hinter den antiwestlich eingestellten Kostunica zu stellen.

... Offiziell gab die US-Regierung 41 Millionen Dollar seit Oktober 1999 aus, um die einjährige Operation zu organisieren und zu finanzieren, durch die Milosevic gestürzt wurde. Für die Ukraine werden Zahlen um 14 Millionen genannt.

Außer der Studentenbewegung und der vereinigten Opposition ist das andere Schlüsselement in der ‚demokratischen Schablone‘ die ‚parallele Stimmenauszählung‘. Es gibt eine professionelle Wahlüberwachung aus dem Ausland von Organisationen wie der OSZE, doch bei den Wahlen in der Ukraine wurden auch Tausende örtliche Beobachter eingesetzt, die von

westlichen Gruppen ausgebildet und bezahlt wurden.“

Die USA organisierten in der Ukraine die „größte zivile regionale Wahlbeobachtung“ mit mehr als 1 000 ausgebildeten Beobachtern. Gezielte Befragungen beim Verlassen des Wahllokals ergaben dann für Juschtschenko eine 11-Punkt-Führung, die der Ausgangspunkt für vieles von dem waren, was nach der Wahl geschah. Die Abstimmungen beim Verlassen des Wahllokals sind laut „Guardian“ ein wichtiges Element des Systems, „weil sie die Initiative im Propagandakampf mit dem Regime ergreifen, breite Medienwirkung haben und den Behörden die Beweislast auferlegen“.

Schlussfolgerung in der britischen Zeitung: Wenn die Ereignisse in Kiew die USA in ihrer Strategie bestätigen, wird sie sicher auch noch in anderen postsowjetischen Ländern angewandt werden: „Das Augenmerk ist auf Moldawien und autoritären Staaten Zentralasiens zu richten.“

**Am 1. Dezember erhielten wir eine Mail von Dr. FRANK STEFFEN: „Eure Zeitung lese ich solange es sie gibt und früher hatte ich hie und da mal Kontakt mit euch Machern. Allerdings tingle ich nun schon 12 Jahre als Bundesprogrammlehrer im Ausland herum - seit vier Jahren arbeite ich in Kiew/Ukraine. Ich weiß, dass Ihr in der Regel nicht ‚tagesaktuell‘ sein könnt, aber vielleicht passen ein paar Impressionen aus dem Kiew dieser Tage doch noch rein?“ Sie passen!**

Vor Unterrichtsbeginn sammeln sich die Kolleginnen auf den Fluren und diskutieren die letzten Meldungen. Bis in die Nacht hinein haben sie vor den Fernsehapparaten gesessen und auf ihre Männer und Kinder gewartet. „Vor zehn Jahren waren alle gegen Kutschma, und wer wurde unser Präsident? Kutschma! Da sagte ich mir auch diesmal: Egal wen du wählst, sowieso wird Janukowitsch Präsident. So dachte ich bis zum Oktober. Ich war ganz unpolitisch, meine Welt war nur die Schule.“ Natascha, Deutschlehrerin an einer der drei Kiewer Schulen, an denen sich die Schüler in diesen Wochen auf die Prüfungen „Deutsches Sprachdiplom“ vorbereiten, wundert sich immer noch über die Wandlungen, die in ihr und in ihrer Familie vorgehen. „Dann kam mein Sohn und hat mir alles erklärt: wer Janukowitsch ist, dass er in der Sowjetunion wegen Raub im Gefängnis gesessen hat ... Und jetzt geht sogar meine streng religiöse Schwiegermutter für Juschtschenko demonstrieren!“ Sie kann es nicht fassen. Ihr Sohn, Jaroslaw, gerade mal 18 Jahre alt und also noch ein „Maltshik“, ein „grüner Junge“, hat erst vor zwei Jahren an unserer Schule sein Abitur gemacht und nun steht er, ein gut erzogener junger Mann, mit seinen Kommilitonen auf dem Platz der Unabhängigkeit und protestiert gegen den himmelschreienden Wahlbetrug, gegen die allgegenwärtige Lüge und damit gegen die herrschende Kaste korrupter Politiker. Andere Kolleginnen äußern sich ähnlich. Ihre Söhne und

## Heißer Winter im eingeschneiten Kiew

Töchter haben es ihnen vorgemacht. Noch vor einer Woche wäre es der Schuldirektorin schwer gefallen, ihren Schülern ehrlichen Herzens eine eigene Meinung zuzugestehen oder zu tolerieren, dass sie etwas gegen die Mächtigen im Lande äußern.

### Aber wer wird ernten?

Viktor Juschtschenko, der besonders im Westen und im Zentrum des Landes populäre Führer der Opposition, kommt nicht aus dem Nichts. Er war Chef der Nationalbank und unter dem nun aus dem Amt scheidenden Leonid Kutschma schon einmal Ministerpräsident. Er weiß, wie begrenzt seine Möglichkeiten sind, und er sollte sich nicht darüber täuschen, dass die ihn tragenden Wirtschaftskreise zuallererst selbst etwas vom großen Kuchen abhaben wollen.

Nicht ganz zu Unrecht fürchten die Kumpel im Donezbecken und die Arbeiter der großen Stahlwerke in Dnepropetrovsk die Schließung unrentabler Zechen und Fabriken, und selbst das, was Kritiker einen möglichen „Ausverkauf des Landes“ nennen, wird wohl stattfinden. Juschtschenko steht für eine Öffnung nach Westen und das würde den Anschluss an internationale Globalisierungstendenzen bedeuten, die allerdings so oder so nicht aufzuhalten sind. Die von seinem moskautreuen Gegenspieler Janukowitsch geschürten Ängste der kleinen Leute dürften damit berechtigt sein. Erleben wir also den massenhaften Irrtum der Schüler und Studenten, der Lehrer und Straßenarbeiter, der Büroangestellten und kleinen Ladenbesitzer, die mit ihren orangenen Plastikstreifen, Wimpeln und Fahnen Kiew in ein Meer aus Orange



Vica Ovcharenko lässt sich den Spaß an den Demonstrationen nicht nehmen.

verwandeln?

### Demokratie soll Praxis sein

Wie kann man angesichts dieses Befundes geringschätzig herabsehen auf Tanja, die vor einem Jahr unsere Schule absolvierte und die nun erst einmal die Namen der Politiker, für die sie sich nie vorher interessiert hat, auswendig lernt, um dann zu erklären, warum sie gegen diese Leute ist?

So wie sie machen Schüler und Studenten, junge Arbeiter, Lehrer und auch Veteranen ernst und klagen moralische Werte ein, die bisher immer nur Schul-lehrstoff oder hohles Wortgeklänge politischer Sonntagsreden waren. Demokratie wird Praxis, wenn Ljuba zu Hause mit ihren Eltern streitet, ob sie schon alt und selbstständig genug ist, auf den Platz der Unabhängigkeit zu gehen, um dabei zu sein, wenn ihre Lieblingsband „Okean Elsy“ spielt. Eltern müssen hier oft noch lernen, dass ihre Kinder einen eigenen Willen haben und diesen auch durchsetzen wollen. Was tut es da zur Sache, wenn Dascha ihren Vater nicht versteht, der wenig Geld hat und dennoch das Zimmer der erst 17-jährigen Studentin einem Wildfremden kostenlos zur Übernachtung anbieten will, um so den Protest zu unterstützen? Es ist ihr Zimmer und sie geht nicht zur Demo, weil sie die freie Zeit lieber in der Bibliothek verbringt. Sie sieht deutlich, dass viele ihrer Kommilitonen nur Spaß haben und schwänzen wollen. Ist sie deshalb nicht so „politisch“ wie Vica, die mir stolz Fotos schickt, auf denen sie mit ihren Kameraden inmitten von Demonstranten zu sehen ist? Nein. Endlich hat Dascha Zeit, sich ihres „Verstandes frei und ohne Leitung eines anderen“ zu bedienen“, ein Satz, mit dem einst Immanuel Kant die Frage „Was ist Aufklärung?“ beantwortete und der bisher in dem verschulten Lehrbetrieb ukrainischer Universitäten klang, als käme er aus einer anderen Welt. Kommt er ja auch! Aber nun ist er hier, unübersehbar, unüberhörbar, nicht wieder aus den Köpfen zu bringen. Die Saat geht auf. Ob die Menschen die Ernte heute schon einfahren können, bleibt fraglich. Dennoch darf man gespannt sein, was daraus wird.

Von **SIEGFRIED SCHOLZE**

Wenn heute vom Ende des Kalten Krieges die Rede ist und die Sieger ihren Triumph bejubeln, heißt dies nicht, dass nun die Waffen schweigen. Es gibt auch noch Kräfte, die sich dem Willen und den Interessen der Sieger nicht beugen, die bestrebt sind, gegen sie gerichtete menschenrechts- und völkerrechtswidrige Machenschaften, darunter staatsterroristische Akte und Mordanschläge, zu durchkreuzen. Was erfordert, dass engagierte Antiterroristen unerkant in die Höhlen der Verschwörer und Terroristen eindringen und deren Aktionen rechtzeitig scheitern lassen.

Ein eindringliches Beispiel dafür sind die „Cuban Five“, die im Bush-Imperium wegen ihres Kampfes gegen antikubanischen Terror gefangen gehalten werden. Die fünf kubanischen Patrioten wurden schon vor sechs Jahren, am 11. September 1998, in den USA verhaftet und zu ungerechten, ungewöhnlich schweren Strafen verurteilt, weil sie – freiwillig und unbewaffnet – den von Miami aus gegen Kuba operierenden Terrororganisationen auf der Spur waren. Im Juni 1998 hatten kubanische Behörden ihre Kundschafterergebnisse an das FBI mit dem Ersuchen um Strafverfolgung der Terroristen übergeben.

Den Fünf war es gelungen, in über 170 Fällen Anschläge zu verhindern. Statt jedoch gegen die terroristischen antikubanischen Organisationen in den USA vorzugehen, zogen es die US-Behörden vor, gegen die fünf Kubaner zu ermitteln, sie zu verhaften und vor Gericht zu stellen. Es handelt sich um

**Gerardo Hernández** (verurteilt zu 2x lebenslänglich plus 15 Jahre Haft), **Ramón Labanino** (lebenslänglich plus 18 Jahre Haft),

**Antonio Guerrero** (lebenslänglich plus 10 Jahre Haft),

**Fernando González** (19 Jahre Haft) und **René González** (15 Jahre Haft).

Ramón ist Wirtschaftswissenschaftler. Antonio ist Flughafeningenieur, er leitete seinerzeit den Ausbau des Flughafens von Santiago de Cuba und ist – wie Ramón – auch als Dichter bekannt. René ist Fluglehrer, Fernando und Gerardo sind ausgebildete Diplomaten.

Die fünf Kubaner wurden in einem unfairen Verfahren in Miami verurteilt. Ohne jegliche Begründung mussten sie zunächst rund eineinhalb Jahre in Isolationshaft verbringen – ohne Kontakt zu ihren Anwälten und ohne Wissen ihrer Familien, wo sie sich befinden. Rund 800 Dokumente der Angeklagten wurden als „streng geheim“ eingestuft, was ihnen unmöglich machte, sie zu ihrer Verteidigung einzusetzen. Weder Zeugenaussagen zu Gunsten der Angeklagten von hochrangigen Militärs noch die mangelnde Beweislage seitens der Staatsanwaltschaft änderten etwas am vorausbestimmten Ausgang des Verfahrens. Die Militärs hatten übrigens ausgesagt, dass von den Fünf keine „Regierungs- oder Militärgeheimnisse ausspioniert“ wurden und sie auf den ihnen zur Last gelegten Abschuss von zwei Kleinflugzeugen (die in den kubanischen Luftraum eingedrungen waren) keinen Einfluss hatten.

In Miami (Florida), der Hochburg der exilkubanischen Gemeinde antikubanischer Terrorgruppen und öffentlicher, ge-



Wie hier in London demonstrieren überall auf der Welt Mitglieder von bereits über 200 Unterstützerkomitees für die Freilassung der von den US-Behörden kriminalisierten und zu Unrecht eingekerkerten fünf kubanischen Kundschafter, die ihr Land vor Terroranschlägen bewahrten. Mit über

20 000 Unterschriften wurde Präsident Bush gebeten, die Fünf in ihre Heimat zu entlassen. Keine Chance. Nun ist der Scharfmacher wieder gewählt. Erst recht keine Chance für die Fünf. Ihre Verteidiger und Freunde überall in der Welt aber sagen: Venceremos! Hasta la victoria siempre!

## VIVA LA SOLIDARIDAD!

Auch nach George Bushs Wiederwahl oder gerade deswegen wird die internationale Solidarität für die „Cuban five“ weiter wachsen

gen Kuba gerichteter Stimmungsmache, war keine unparteiische Jury zu erwarten. Der zuständige Gouverneur von Florida, Jep Bush, Bruder des gegenwärtigen Präsidenten der USA, hatte ohnehin grünes Licht gegeben.

Jeder der fünf Verurteilten wird in einem anderen Hochsicherheitsgefängnis der USA festgehalten. Entgegen allen Menschenrechtsnormen dürfen die Ehefrauen von Gerardo Hernández und René González sowie dessen gerade sechsjährige Tochter Ivette den Ehemann bzw. Vater nicht besuchen.

Eine Neuaufnahme des Verfahrens an einem Ort außerhalb Floridas – unter

Zu den Verteidigern der Fünf gehört der legendäre US-Bürgerrechtsanwalt Leonard Weinglass, der bereits Angela Davis und Mumia Abu-Jamal verteidigte. Es gelang den Anwälten, die im April 2003 ein Berufungsverfahren einleiteten, am 10. März 2004 eine mündliche Anhörung vor drei über 80 Jahre alten Richtern aus Atlanta in Miami zu erreichen.

Zu den Unterstützern der „Cuban Five“ gehören auch die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchu, der Linguist und Philosoph Noam Chomsky, die Pulitzer-Preisträgerin Alice Walker und Ramsey Clark, ehemaliger Justizminister der

und Aggression, mit der zehn aufeinander folgende Administrationen der USA versucht haben, das politische System in Kuba in ihrem Sinne zu verändern. Als „Schurkenstaat“ von den USA verdammt, drohen Militärschläge wie gegen den Irak. Gut finanzierte antikubanische, regimefeindliche und verleumderische Rundfunk- und Fernsehsendungen tragen dazu bei, legitime Maßnahmen Kubas zu seiner Selbstverteidigung zu verleumden. Neben den über die Medien gesteuerten Hetzkampagnen wurden jüngst für die nächsten zwei Jahre 59 Millionen US-Dollar für kubanische Dissidenten zur Verfügung gestellt und ein entsprechender „Entwicklungsfonds“ mit internationalen Geldern angelegt. Mit Recht fordern alle für die allseitige Wahrung der Menschenrechte eintretenden Kräfte

- die sofortige und bedingungslose Freilassung der fünf Kubaner aus der politischen Gefangenschaft der USA,
- die Beendigung und Verurteilung der antikubanischen Terrorakte und der Subversion seitens der USA und der von ihnen unterstützten Organisationen und Gruppierungen,
- die unmittelbare, vollständige und bedingungslose Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Kuba,
- die Verurteilung der systematischen Verletzung der Menschenrechte, einschließlich der Misshandlung der Gefangenen auf der USA-Militärbasis Guantanamo,
- die Verurteilung der militärischen Bedrohung Kubas seitens der USA und
- die Aufhebung aller, in jüngster Zeit wesentlich verschärften Sanktionen gegen Kuba, einschließlich der von der Europäischen Union verhängten, sowie die sofortige Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihr und Kuba.



Mit diesem ganzseitigen Inserat in der New York Times wollte das US-Verteidigungskomitee der Miami Five das offizielle Schweigen über diese Helden brechen. Warum, so fragen sie, werden die Terroristen aus Miami nicht verurteilt?

Gesponsert ist diese Aktion unter anderem von der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchu, von Harry Belafonte, dem Philosophen Noam Chomsky und von Ramsey Clark, ehemaliger US-Justizminister.

Einbeziehung der bisher verweigerten, unberücksichtigt gebliebenen Beweise zugunsten der Angeklagten und Überprüfung der Schuldangemessenheit der verhängten Strafen sowie der dabei erheblichen Überschreitung des gesetzlichen Strafmaßes – wurde den Angeklagten nicht zugestanden. Es wird an den Konstrukten der „Verschwörung zum Mord“ und „Verschwörung zur Spionage“ ohne hinreichende Beweise festgehalten. Obwohl die Fünf sich als vorbildliche Gefangene verhielten, wurden sie während des gesamten Monats März 2004, ohne Angabe von Gründen, innerhalb ihrer Gefängnisse auf Anordnung der Regierung wieder in eine folterähnliche Isolationshaft verbracht. Erst nach internationalen Protestbriefen, auch von Amnesty International, wurden sie daraus entlassen.

USA unter Präsident Johnson. Doch noch immer haben sich die Richter aus Atlanta nicht entschieden. Das macht um so deutlicher, wie wichtig die öffentliche Unterstützung der Fünf ist.

Der Bevölkerung im Osten Deutschlands dürfte noch bewusst sein, wie sehr die Massenkampagne der zu Unrecht angeklagten und vom Tode bedrohten Angela Davis geholfen hat, sie freizukämpfen. Eine solche Kraft ist heute nicht mehr in die Waagschale zu werfen. Dennoch existieren inzwischen mehr als 200 Komitees in rund 80 Ländern, die sich für die rechtsstaatliche Behandlung und Freilassung der Fünf einsetzen.

Die Vorgehensweise gegen die Fünf ist kein Einzelfall. Sie ordnet sich ein in die seit über 50 Jahren andauernde Politik der Blockade

Solidaritätsspenden erwünscht an Netzwerk Cuba, Postbank Berlin, BLZ 10010010, Kto. 32333 100, Stichwort: miami5

Soeben erreicht uns die alarmierende Nachricht von einer erneuten Haftverschärfung für die Fünf. Ohne Begründung wurde für sie – offenbar auf Weisung des US-Justizministeriums – erneut Isolationshaft verordnet. Sie bekommen nur noch kalte Nahrung, dürfen nicht mehr telefonieren und keinerlei Besuche empfangen (wovon, wie oben erwähnt, zwei der Fünf allerdings schon lange betroffen sind). Derartige willkürliche „Bestrafungen“ sind sowohl nach internationalem als auch nach US-Recht illegal.

## Worch und seine Nazis am 4. Dezember in Berlin

Zuerst die gute Nachricht: Die koordinierten parteiübergreifenden Gegenaktivitäten diverser Bündnisse gegen die sich im Aufwind wählenden Rechtsextremisten mobilisierten viele Treptow-Köpenicker. Der antifaschistische Protest war breiter, kreativer und lauter zu sehen und zu hören als je zuvor in unserem Bezirk, die Zahl der Gegendemonstranten um etliches größer als in der Presse zu lesen.

Die schlechte Nachricht: Der braune Mob durfte stundenlang unter massivem Polizeischutz von Adlershof bis Köpenick marschieren, trotz der Verwendung von nationalsozialistischen Hetzpropagandalosungen, was der Polizei jedoch nur drei Platzverweise wert war, während hunderte Antifaschisten am Zugang zu Gegenkundgebungen ab Oberspree gehindert und 150 (!) Platzverweise gegen Linke ausgesprochen wurden. Kaum gewährleistet war wegen weiträumiger Absperrungen die vorher zugesicherte Sicht- und Hörweite zu den Nazis – im Namen der Versammlungsfreiheit, wie die Polizei ihr Heerlager verteidigte. Und nach Demoschluss dann der feige Überfall von vier Nazi-Schlägern auf den jungen PDS-Bezirksverordneten Philipp Wohlfeil – da war auch keiner der 1300 Polizeibeamten mehr im Dienst.

HANS ERXLEBEN, BERLIN

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

In der Wächterstraße befand sich hundert Jahre lang die führende Leipziger Maschinenbauschule. Jetzt gehört die Bildungseinrichtung zur Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur.

40 Jahre nach ihrem Studienabschluss trafen sich nun im Ratskeller ehemalige Absolventen, um Erinnerungen auszutauschen und Bilanz eines jahrzehntelangen Arbeitslebens zu ziehen. 30 junge Männer hatten das Studium einst begonnen, die meisten kamen aus einfachen Verhältnissen. Sie kamen oft direkt aus der Produktion und mussten ihr Abitur erst einmal in einem Sonderlehrgang der Volkshochschule nachholen.

## Das Klassentreffen

Wir verloren nur drei Abbrecher gleich im ersten Jahr, alle anderen bestanden die Prüfungen und verließen das Haus als Ingenieure, um ausnahmslos in Betrieben einen Arbeitsplatz zu erhalten, vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung. Alle können von sich sagen, bis zur sogenannten Wende erfolgreich gearbeitet zu haben (einige auch noch danach), an der Entwicklung von Maschinenbauerzeugnissen beteiligt gewesen zu sein, die teilweise auch für den internationalen Markt bestimmt waren. Wir rechtfertigten das

Vertrauen, das unsere Delegationenbetriebe in uns gesetzt hatten, und auch das unserer Lehrereinrichtung.

Ein Vertreter unserer einstigen Schule ließ es sich nicht nehmen, uns Ehemalige durch das Haus zu führen. Da kamen schöne Erinnerungen auf. Dennoch endete das Treffen der Ingenieure in viel kritischen Bemerkungen zur gegenwärtigen Politik. Sie stellten ziemlich einmütig fest, dass der Zusammenbruch der Exportbetriebe auch bei den internationalen Partnern einen immensen ökonomischen

Schaden angerichtet hat. Und dass die Westdeutschen das Land rückentwickelt haben und weder Regierung noch Opposition fähig sind, ein tragfähiges Konzept zu erstellen. Man sprach von einer perfiden Volksverdummung, von Ablenkungsmanövern, um sich aus der Pflicht zu stellen.

Übrigens kamen diese klaren Worte nicht von ehemaligen SED-Genossen, auch hatten die meisten einst durchaus keine unkritische Einstellung zur DDR. Aber in der Bewertung des Westens hatte sich mancher in wichtigen Fragen eben doch geirrt.

J. SPITZNER,  
LEIPZIG

## Treffen offene Kirche

Immer wieder gelingt es in Chemnitz, Menschen zum kritischen Nachdenken über gesellschaftliche Sachverhalte zusammenzuführen. So auch bei der öffentlichen Herbsttagung der 1989 gegründeten Arbeitsgemeinschaft offene Kirche (AGOK) zum Thema „Politik und Wirtschaft neu denken – für einen Aufbruch aus neoliberaler Krise“. Angeregt waren diesmal diskutierende unterschiedlicher religiös-weltanschaulicher Überzeugung aus Sachsen, Thüringen und den alten Bundesländern, darunter Mitglieder der SPD, der PDS, von Bündnis 90/Die Grünen, Gewerkschafter sowie Christen aus evangelischen, katholischen und freikirchlichen Gemeinden. Der an der Universität Kassel tätige Politologe Dr. Ulrich Brandt verstand es ausgezeichnet, auf die Situation 15 Jahre nach der Wende in Ostdeutschland einzugehen. So scheint nichts mehr sicher. Der Sozialstaat wankt, Arbeitszeiten rauf, Löhne runter, Armut für alle statt Wohlstand.

Gibt es, so ist zu fragen, eine andere Art von Politik, mit der man

auch eine andere Art von Wirtschaft aufbauen kann, die vor allen den Menschen dient? Wie kann eine neue politische Bewegung entstehen, um eine humaner Welt aufzubauen? In künftigen sozialen Kämpfen müssen Fragen neu gestellt werden: die nach dem Eigentum und der Macht vor allem. Brauchen wir dafür nicht einen gemeinsamen Horizont, ein verbindendes gesellschaftliches Projekt?

Hinzu kommt, dass der Süden der Erde nach wie vor nur Rohstofflieferant oder Produktionsstandort mit billigen, nichtorganisierten Arbeitskräften ist. Gerade dieser von einem Attac-Vertreter vorgetragene Standpunkt fand viel kritisches Echo.

Fazit: Die kapitalistische Globalisierung ist nicht in der Lage, akute Menschheitsprobleme zu lösen, sie verschärft sie.

Interessant in diesem Zusammenhang die Diskussion darüber, ob nicht selbst unter frommen Christen Antisozialismus gedacht wird. Eine wahrlich zum Nachdenken anregende Tagung.

HERMANN GERATHEWOHL

## Vor 45 Jahren geschrieben und unglaublich aktuell

Lieber Werner Berthold, du machst in deiner LN-Rezension zu Neuerscheinungen zur Geschichte der Historiographie darauf aufmerksam, dass auch namhafte bundesdeutsche Nachkriegshistoriker – ebenso wie Blutjuristen, willige Journalisten und Diplomaten – den Faschisten ergeben gedient hatten. Für den Artikel gebührt dir Dank. Aber warum stellst du dein Licht unter den Scheffel? Du schreibst in LN 23/04 über Gerhard Ritters „fortgesetzten Kampf gegen Kommunismus und Marxismus nach 1945“. Warum erwähnst du dein Buch aus dem Jahre 1960 (erschienen bei Rütten & Loening) „... Großhungern und gehorchen“ nicht? Im Untertitel hieß es: „Zur Entstehung und zur politischen Funktion der Geschichtsideologie, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke“.

Mancher hat wie ich damals von dir gelernt, wie bitter nötig eine ständige und überzeugende Auseinandersetzung mit dem ideolo-

gischen Gegner ist. Geschichtsbilder haben stets mit politischer Strategie zu tun. Manches, was du vor 45 Jahren geschrieben hast, ist unglaublich aktuell. Das Kapitel „Der 17. Juni und die westdeutsche Remilitarisierung“ müsste heute manchen, der an den Entschuldigungsorgien beteiligt war, vor Scham erröten lassen (falls er Charakter hat). Du hast 1960 geurteilt: „Der am 17. Juni ausgelöste ‚Tag X‘ sollte den Sieg den diese (antifaschistisch-demokratischen, H. S.) Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik davongetragen, wieder rückgängig machen.“

Was folgte aus dieser Erkenntnis – damals wie heute? Wer heute deine Einschätzungen von 1960 liest, kann nur bedauern, dass sie zu wenig berücksichtigt wurden und werden. Könnte es sein, dass Albert Einstein bestätigt wird: „Die Majorität der Dummen ist für alle Zeiten gesichert“?

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

## Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

ZWEI SPOTTLIEDER machen in München die Runde: „Lebt denn der alte Wildmoser noch“ und „Das ist die perfekte Zelle ...“. Von Franz Josef über Max Strauß bis zur Strauß-Tochter Hohlmeier – Steuerhinterziehungen, Betrügereien und Wahlmanipulationen – die Kette der „Intrigantenstadel“ in der Münchner CSU und der politischen „Spezial-Wirtschaft“ auf höchsten blau-weißen Ebenen ist lang. Nicht ohne Schadenfreude verfolgen die Münchner daher den Prozess gegen Karl-Heinz Wildmoser jun. Die Staatsanwaltschaft wirft dem ehemaligen Geschäftsführer der Allianz-Arena GmbH und Sohn des langjährigen Präsidenten des blau-weißen Fußballvereins „TSV 1860 München“ Untreue im besonders schweren Fall, Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung vor. Wildmoser jun. soll dem österreichischen Alpine-Konzern Geheimnisse aus dem Vergabeverfahren zum Bau der neuen Allianz-Arena (hier wird im Juni 2006 die Fußball-Weltmeisterschaft angepfiffen) verraten und dafür 2,8 Millionen Euro kassiert haben.

DER HOCHHAUSSTREIT in der bayrischen Landeshauptstadt ist entschieden. Die Mehrzahl der Münchner hat sich gegen ein Klein-Manhattan an der Isar ausgesprochen und folgte damit der Initiative von Alt-Bürgermeister Kronawitter. Auch in Zukunft dürfen neue Wohn- und Geschäftshäuser die 100 m hohen Türme der Frauenkirche, das Wahrzeichen der Stadt, nicht überragen. Damit hat das Pro-Hochhaus-Bündnis unter Oberbürgermeister Christian Ude eine deutliche Schlappe einstecken müssen. Auch für viele Firmen, wie Siemens und den Süddeutschen Verlag, die bereits viel Geld in die Planung neuer Bürotürme investiert haben, ist die Entscheidung der Bayern ein herber Dämpfer. Doch die Bürger der bayrischen Landeshauptstadt haben – wie bereits mehr als 1000-mal zuvor – auch dieses Mal mittels Bürgerbegehren und Bürgerentscheid selbst entschieden und den Ambitionen der Kommunalpolitiker, das „Millionen-Dorf“ München mit den Symbolbauten des Hochkapitals zuzubetonieren, eine klare Abfuhr erteilt. Nach Einschätzung des bundesweit tätigen Fachverbandes „Mehr Demokratie e.V.“ verfügt Bayern in der Tat über eine der besten Bürgerentscheids-Regelungen in Deutschland, die übrigens durch einen Volksentscheid am 1. 10. 1995 eingeführt wurde. Damit ein Bürgerbegehren in einen Bürgerentscheid münden kann, muss in allen Bundesländern eine Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften vorgelegt werden. Dieses Unterschriften- oder Einleitungsquorum liegt in den meisten Bundesländern bei zehn Prozent der Bürger; das Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt verlangen 15 Prozent, Thüringen gar 20. Mehrere Länder weichen in bestimmten Fällen von der starren Prozentvorgabe ab und sehen ein nach Gemeindegrößenklassen gestaffeltes Unterschriftenquorum vor, das beispielsweise in Bayern bis auf drei (!) Prozent in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern sinkt. Damit sind die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger (ausschließlich) in kommunalen

Angelegenheiten in Bayern bundesweit mit am günstigsten.

RUND VIER MONATE VOR DEM START der prestigeträchtigen Bundesgartenschau (Buga) in München machen dem Veranstalter kostenintensive Sicherheitsaufgaben zu schaffen. Weil die Gefahr besteht, dass Besucher von Abendveranstaltungen in dem auf dem Buga-Gelände gelegenen Badeseer ertrinken, wird wohl ein teurer Wachdienst engagiert werden müssen, der die Gäste von einem nächtlichen Bad abhält. Ein zweites Problem ist die kletter-sichere Umzäunung des Buga-Geländes. Steht sie, dann gelten für den See die gleichen Vorschriften wie für ein Schwimmbad. Das heißt: Aus versicherungsrechtlichen Gründen müssen Lebensretter vor Ort sein, wenn sich Besucher auf dem Gelände tummeln – also auch nachts.

Wenn da nicht wieder jemand (finanziell) Baden geht ...

Schöne Grüße aus München **Ihr Matze**

Jeder kennt die Funktion des kleinen Wörtchens „aber“ im Sprachgebrauch. Im Verkaufsgespräch wird es vom Kunden hervorgeholt, um Einwände, also Beanstandungen oder Zweifel, gegenüber dem angebotenen Produkt zum Ausdruck zu bringen. „Was Sie mir da erzählt haben ist ja ganz gut und schön, aber der Topf hat doch gar keinen Deckel.“ Der geschulte Verkäufer ist natürlich auf die vielfältigsten Einwände des potentiellen Käufers bestens vorbereitet und freut sich, an ihnen die Flexibilität und Wirkungsweise seiner Argumentation zu erproben. Er bekämpft Einwände deshalb nicht, sondern er entkräftet sie.

„Ja“, sagt er also, „dieser Einwand ist aus einer bestimmten Sicht völlig berechtigt, aber haben Sie auch bedacht, dass der Topf ohne Deckel preiswerter ist und sie dadurch Geld sparen?“

Man nennt diese Taktik die „Ja, aber... Methode“. Dem Kunden wird scheinbar Recht gegeben. Gleichzeitig wird höflich auf einen bisher weniger beachteten, aber überlegenswerten Umstand hingewiesen.

Der professionelle Verkäufer fürchtet sich nicht vor Beanstandungen und Zweifel am Produkt. Sie sind für ihn ein Zeichen, dass der Kunde Interesse am Verkaufsgespräch hat und den Kauf vielleicht sogar in Erwägung zieht.

Einer der häufigsten Einwände ist der Vorwurf, das Produkt sei zu teuer. Unabhängig davon, ob er berechtigt ist oder nur Vorurteil oder ganz einfach Misstrauen, wird der Verkäufer in diesem Fall grundsätzlich fragen: „Was meinen Sie mit ‚zu teuer‘? Womit vergleichen Sie den Preis?“ Diese Frage verwirrt die meisten Kunden, denn ihre Kritik ist in der Regel rein gefühlsmäßig formuliert, vielleicht auch nur aus dem Bauch heraus oder eben aus Gewohnheit. Es wird ja alles teurer und nur der ist ein cleverer Käufer, der den Preis herunterhandeln kann. Schließlich will man später im Bekanntenkreis erzählen, wie man den Verkäufer ins Schwitzen gebracht hat.

Der Verkäufer hat sich für diese Situation vorausschauend natürlich eine Reihe guter Gegenargumente zurechtgelegt. Er vergleicht den Preis mit einer teureren Aus-

## Wie Verkäufer Einwände entkräften

Weihnachten naht und damit die Chance für viele Verkäufer, ihren Umsatz zu erhöhen.

Vorsicht also!

führung seiner eigenen Firma oder der Konkurrenz. Oder er stellt ihn Routineausgaben des Kunden gegenüber, wie Theaterbesuch, Tankfüllung, Restaurantsaufenthalt. Auch kann er den Preis „verkleinern“, indem er anfängt zu dividieren und zu multiplizieren, bis der Kunde nicht mehr folgen kann, sich aber scheut, das zuzugeben. Eine schöne Methode, die der Verkäufer in petto hat, ist die „Schockmethode“: „Eigentlich müsste das Produkt aufgrund des hohen Gebrauchswertes viel teurer sein. Gerade unser Preis ist sehr günstig, weil wir gut im Wettbewerb liegen und ihn uns leisten können.“

Auch das gesellschaftliche Geltungsbedürfnis des Kunden ist ein Faktor, den der Verkäufer in Betracht zieht. „Dieses Produkt für den Preis – da werden Ihre Bekannten Sie aber bewundern (beneiden!).“ Wenn das alles nichts nützt, hilft manchmal auch eine verunsichernde Gegenfrage: „Was glauben Sie, was dieses nützliche Produkt wert ist?“

Viele Kunden weichen einer Entscheidung mit einem Vorwand aus: „Darüber muss ich erst mit meinem(r) Partner(in) sprechen.“ Es handelt sich hier um eine der gefürchtetsten Ausflüchte, die eigentlich herausgekratzt wird, um nicht zugeben zu müssen, dass man sich die Ware nicht leisten kann oder dem Verkäufer ganz einfach nicht weh tun will.

Jetzt wird der Käufer in Erörterungen verwickelt. „Welche Einwände könnte den Ihr Partner(in) gegen ein solches Superprodukt haben?“ Die Einwandbehandlung spielt in der Schulung von Vertretern und Außendienstlern eine wichtige Rolle und wird immer wieder trainiert.

So hören sich entsprechende Verhaltensregeln an: Bleiben Sie bei Einwänden ruhig und sachlich und signalisieren Sie Aufnahmebereitschaft. Sie gewinnen Zeit, wenn Sie der Argumentation des Kunden erst einmal scheinbar interessiert zuhören und ihn ausreden lassen. Es ist grundsätzlich falsch, den Interessenten zu unterbrechen, wenn er seine Einwände noch nicht ausformuliert hat. Spielen Sie niemals den Besserwisser. Wenn der Kunde rechthaberisch ist, dann geben Sie ihm Recht und wenden die „Ja, aber Methode“ an. Ist er redselig, dann ist es am günstigsten, ihn zum Beispiel für seine „zupackende Art“ zu loben, und gibt er sich misstrauisch, dann ist es am besten, Sicherheit auszustrahlen und präzise und beweiskräftig zu formulieren.

Sagen Sie niemals „nein“ oder „falsch“ und gebrauchen Sie keine Fremdwörter. Der größte Fehler eines Verkäufers ist immer, wenn er recht haben will oder generell rechthaberisch ist. Wer den Kunden in der Diskussion besiegt, verkauft nichts.

E in besonders schlauer Verkaufstrainer empfiehlt in seinen Regeln des Verkaufs, die fünf besten Verkaufsargumente in einer bestimmten taktischen Reihenfolge zu bringen. Sie lautet: 2 5 4 3 1. Das beste Argument kommt also zum Schluss. Also Vorsicht beim Weihnachtseinkauf.

• MANFRED BOLS

## FUNDSACHEN

Wenn die Leute dem Rogowski noch weiter zuhören, dann glauben sie am Ende noch, dass vom Rasieren die Haare länger werden.

Kabarettist Volker Pispers

WDR

Loki, mit seinem Ortskern aus Bretterbuden, ist am Tropf internationaler Hilfsorganisationen aufgeblüht. Bis spät in die afrikanische Nacht plaudern junge blonde Entwicklungs-

helferinnen in Miniröcken an der gut bestückten Bar der Zeltlodge mit Beobachtern, die den frischen Waffenstillstand im Sudan überwachen.

Andrea Tapper in *chrismon*, das evangelische Magazin 10/2004

Das Niveau der sozialen Grundversorgung in Israel befindet sich im freien Fall. Vor dem polnischen Konsulat in Jerusalem sieht man immer mehr junge Israelis, die wegen der düsteren Zukunftsaussichten nach Polen auswandern wollen. In das Land, in dem

ihre Vorfahren einmal lebten.

Ein israelischer Schriftsteller, DLF 28. 11.

In seiner (Mehdorns) ersten Klasse treffen sich neuerdings die Klassen. Im Tarif-Wirrwarr der Deutschen Bahn ist der First-Class-Sparpreis billiger als ein Ticket der zweiten Kategorie. Und so kam es, dass ich am Leipziger Hauptbahnhof in den vordersten Wagen einstieg, um fast 50 Prozent zu sparen.

Warum heißt die Eifersucht von uns

Zweitklassigen eigentlich Sozial- und nicht Wirtschaftsneid? Und warum ist immer von sozial Schwachen die Rede, wenn arme Menschen gemeint sind, die sozial vielleicht ganz stark sind? Wo wir einmal beim Thema der seltsamen Sprache sind: Wer kann mir erklären, warum ich Arbeitnehmer bin, obwohl ich doch meine Arbeitskraft stets gebe?

mwö, beides LVZ 2. 12.

• gefunden von  
MANFRED ERBE

## Da kommen die Nürnberger...

... mit ihren klebrigen Herzen und sagen uns, wie unser Weihnachtsmarkt zu heißen hat. Genügt es nicht, dass übereifrige Fleischer sich seit der Konterrevolution partout süddeutsch als Metzger anbieten? Oder Bäcker als Backhäusle firmieren? Und nun also Christkindlesmarkt. Müsste man sich wundern, wenn angekommene Halbbayern und Halbf Franken, die in Leipzig das Sagen übernommen haben, in vorseilendem Gehorsam nächstes Weihnachten ein Schild mit *Christkindlesmarkt* an alle vier Marktseiten pappen?



Anzeige

„Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“

2004 endet mit dem Fest der Weihnacht, zu dem wir den Lesern von „Leipzigs Neue“, den freundlich-kritischen Beobachtern und Unterstützern unserer Arbeit, die Gesundheit und die Hoffnung für das nächste Jahr, mehr Zeit für Familie, Freunde und Genossen und Wohlergehen wünschen.

Die ganze Erde, Essen und Bildung allen Menschen, die guten Willens sind. Und die Tomate ist für Hartz IV!

**PDS**  
Fraktion im Sächsischen Landtag



### Allen Antifaschisten, allen demokratisch gesinnten Menschen

ein erholsames Weihnachtsfest und Zeit und Muse zum Kräftesammeln für 2005.

Lasst uns alle zusammenstehen für den Frieden in dieser Welt und gegen den Neofaschismus in unserem Land. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die USA und ihre Vasallen weitere Kriege entfachen.

Keine wie auch immer geartete deutsche Beteiligung an einem Krieg!

**LEIPZIGER BUND DER ANTIFASCHISTEN**

### Ein frohes Weihnachtsfest

und für das Jahr 2005

Kraft und Optimismus im Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau

Das wünscht Ihnen Cornelia Falken  
MdL Sachsen – Fraktion der PdS

### Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



#### VERANSTALTUNGEN

**Dienstag, 21. Dezember, 18 Uhr, Leipzig**  
*Antifaschistischer Widerstand und Verantwortung für den Neuaufbau in der DDR. Prof. Dr. Hans Lauter zum 90. Geburtstag.* In Zusammenarbeit mit VVN/BdA  
Harkortstr. 10

**Dienstag, 11. Januar, 18 Uhr, Leipzig**  
*Im Zwielficht der Erinnerung.* Eröffnung einer Ausstellung über Georg Schwarz, verbunden mit einer Lesung aus den Kindheits- und Jugenderinnerungen von und mit Sonja Kurella, der Tochter von Georg Schwarz.  
Harkortstr. 10

**Mittwoch, 12. Januar, 18 Uhr, Leipzig**  
*Für ein „Deutschland des Friedens und der Menschlichkeit“.* Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Ermordung von Georg Schumann, Otto Engert, Kurt Kresse, Georg Schwarz und Genossen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., PDS im Leipziger Stadtrat und VVN/BdA \*\*\*  
Neues Rathaus, Festsaal, Martin-Luther-Ring 4-6

**Mittwoch, 12. Januar, 19 Uhr, Dresden**  
*„Die antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes“ – Zur Ideologienentwicklung der NPD.* Mit Volkmar Wölk, Journalist, Grimma  
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 13. Januar, 17.30 Uhr, Leipzig**  
*Zur Situation in Polen nach dem Beitritt zur EU.* Mit Dr. Holger Politt, Warschau (Arbeitskreis Osteuropa). Kostenbeitrag 1,50 Euro \*\*\*  
Harkortstr. 10

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Der PDS-Stadtvorstand Leipzig wünscht allen Leserinnen und Lesern von *Leipzigs Neue*, allen Wählerinnen und Wählern der PDS, den Mitgliedern und SympathisantInnen der PDS ein frohes und friedliches Weihnachten sowie einen schwungvollen Start ins Jahr 2005

[www.pds-leipzig.de](http://www.pds-leipzig.de)



Für ein freies Denken –  
immer und überall,

für Frieden und soziale Gerechtigkeit –  
die Leipziger Gruppe des

### Freidenkerverbandes

wünscht ihren Sympathisanten  
geruhsame Weihnachtstage und viele selbst-  
bewusste und kämpferische Gedanken für 2005

### Die Gruppe

### Cuba Si

bedankt sich bei allen Spendern  
für die finanzielle und materielle Solidarität mit dem  
kubanischen Volk und bittet herzlich,  
die überlebenswichtige Hilfe fortzusetzen.  
Ihnen allen ein gesundes und  
erfolgreiches neues Jahr 2005

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. wünscht allen Leserinnen und Lesern von  
LEIPZIGS NEUE  
frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage  
und ein friedliches und solidarisches Jahr 2005

Dr. Monika Runge  
Stiftungsvorsitzende

Prof. Dr. Klaus Kinner  
Geschäftsführer

### Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruher Straße 54  
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

### SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale  
Straße des 18. Oktober 10a

**21. 12., 19 Uhr: Weihnachtsfeier für Jugendliche**

**6. 1., 15.30 Uhr: Piffikus gesucht** – Wissensspiel für Kinder

**13. 1., 19 Uhr: Romantik für Durchreisende** – ein musikalisch-literarisches Programm des Wolkenramper e. V. mit Mario Kulisch. Eintritt: 4,50 Euro

**15. 1., 16 Uhr: Puppenbühne** Schmidt zeigt für die Kleinen: *Der gestiefelte Kater*. Eintritt: 2,50 Euro

### Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

**6. 1., 16 Uhr, Führung: Durch Schatzkammer und Gefängniszellen. Anschließend Turmbesteigung**

**7. 1., 16.30 Uhr: Marktfrau Marlene tobt durch's Alte Rathaus.** Führung auf Sächsisch für Schaulustige und Markt müde. Eintritt: 6 Euro

**11. 1., 17. Uhr, Führung: August der Starke – Liebe, Leben, Leidenschaft**

### Lieber Gottfried,

mit Begeisterung und großer Anerkennung haben wir erfahren, dass ein gewisser Dr. Gottfried Braun unter 207 Teilnehmern der Senioren-Schachweltmeisterschaft in Halle einen 23. Platz erkämpft hat.

Wir gratulieren aufs Herzlichste und wünschen dir auch im neuen Jahr unendlich viel Spiellust.

Deine LN-Truppe

Ich wandere noch immer und zuweilen fragen mich auch Leser dieser ehrenwerten Zeitung, ob es nicht wichtigere Themen gäbe, als meine Wandererlebnisse. Denen widerspreche ich, denn nur unterwegs in Wald und Flur spürt man hautnah, wie sich die Dinge geändert haben. Dass die DDR „marode“ und von „Unrecht“ beherrscht war, können wir inzwischen singen und wer anderer Meinung ist, beeilt sich vorweg wenigstens zu versichern, dass so manches in der DDR mangelhaft war. Denken wir nur einen Augenblick an die Bananen oder an die Mercedes XPS – oder so ähnlich –, die wir dem Bürger nie offerieren konnten. Als ich dieser Tage durch Sarnow kam, erlebte ich – um nicht auf der Straße zu frieren – in einem geheizten Raum die Debatte der Gemeindevertreter, wo die Schulkinder künftig essen werden und ob sie überhaupt noch mittags eine warme Mahlzeit zu sich nehmen können. Wenn ich das alles richtig verstanden habe, gingen sie bislang über die Straße in die Kirche und aßen dort. Den Raum zu heizen und die Küche zu betreiben, kostet aber nach Auskunft des Bürgermeisters 500 Euro jährlich. Des-

## Wanderungen durch Neufünfland

halb hatte jemand vorgeschlagen, künftig einen Klassenraum zu räumen und dort zu essen. Der Veterinärarbeitsleiter gab zu bedenken, dass man das Essen dann in Einwegbehältern ausgeben es mindestens 65 Grad warm sein müsse und die Schulleiterin klagte, dass da gar kein passender Raum wäre.

Das langweilt Sie? Trösten Sie sich: Mich auch. Aber würde es Ihnen etwas ausmachen, sich eine Sekunde vorzustellen in der maroden und von Unrecht geprägten DDR wäre diese Frage aufgetaucht? Wäre denkbar gewesen, was eine LPG signalisiert hätte: Das übernehmen wir? Oder ein VEB?

Ich wanderte weiter, nachdenklicher. Aber da ich ständig vom Kanzler und anderen Befreier höre, man sollte die Gegenwart nicht schlechtreden, teile ich hier mit, dass die Usedomer Bäderbahn bei Fahrplanwechsel ihre Fahrpreise nicht erhöht hat. „Unsere Kunden werden keine bösen Überraschungen erleben“, hatte der Betriebsleiter ange-

kündigt und wenn ich was zu sagen hätte, würde ich der UBB (Usedomer Bäderbahn) kurzerhand noch hundert Strecken überlassen. Und wenn mir jemand entgegenhalten sollte, dass diese

Bäderbahn doch ein privates Unternehmen sei, würde ich ihm entgegen: „Aber eins, dass dem Profit nicht so gierig nachjagt wie die Bundesbahn.“

Und sollten Sie mit den Weihnachtsgeschenken nicht zufrieden sein, sollten sie tun, was alle tun: Ein Gutachten anfordern. Im Harz zum Beispiel, genauer in Halberstadt sollen neue Einkaufszentren entstehen, die die Einzelhändler garantiert ruinieren. Auf den Tischen der Stadtverordneten liegen zwei Gutachten. Das eine ist für den Neubau, das andere dagegen. Sagte der Oberbürgermeister: Die Stadt müsse einen schwierigen Spagat machen.

Wer ihnen das Gutachten für die Weihnachtsgeschenke bezahlen soll? Lassen Sie sich den doch vom Weihnachtsmann schenken.

Das gab's in der DDR auch nicht!

• KLAUS HUHN

**Diskurs  
Streitschriften zu Geschichte und Politik  
des Sozialismus.**

Heft 17

**Unabgeholtenes im Kommunismus  
Der Funken der Hoffnung im Vergangenen**

Herausgegeben von Klaus Kinner  
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2004

Inhalt

- Helmut Seidel:* Unabgeholtenes im Kommunismus?  
*Michael Brie:* Der Funken der Hoffnung  
*Volker Caysa:* Das Unabgeholte in der Philosophie Ernst Blochs.  
Bloch als Existenzialutopist  
*Rüdiger Dannemann:* Kann ein bedeutender Philosoph Kommunist sein?  
Das Unabgeholte bei Georg Lukacs  
*Gerhard Zwerenz:* 11 Bemerkungen zu Sklavensprache und Revolte  
*Helmut Seidel:* Was heißt „Konkrete Utopie“?  
Erläuterungen zur Philosophie von Ernst Bloch  
*Klaus Kinner:* Abgeholtenes und Unabgeholtes im kommunistischen antifaschistischen Widerstand

Bestellungen über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig, Tel.: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877 (Preis ca. 4 Euro), erscheint Ende 2004

Die vorliegende Publikation fasst die Ergebnisse des III. Ständigen Kolloquiums zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung zusammen, das am 4. Juni 2004 in Berlin unter der Federführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gemeinsam mit dem Bildungsverein „Helle Panke“ durchgeführt wurde. Hinzugefügt wurde der Text eines Vortrages, den Michael Brie bei einer Veranstaltung der Stiftung und des Landesvorstandes Sachsen in Leipzig am 6. 11. im Zeitgeschichtlichen Forum in Erinnerung an den Herbst 89 gehalten hat. Es schien den Veranstaltern an der Zeit, nach Schwarzbüchern des Kommunismus, dem Verweis des Kommunismus in das Reich des Bösen und nach der eigenen schmerzhaften Analyse des Scheiterns des Staatssozialismus durch die entschiedene Linke, die beileibe nicht abgeschlossen ist, die Frage nach dem Unabgeholtenen, dem Nicht Erfüllten, dem Aufgabe Bleibendem zu stellen. Reduktion des Kommunismus auf Stalinismus ist nicht nur antikommunistisches Kalkül, sie greift vor allem zu kurz, übersieht mutwillig oder unwissend, dass Kommunismus als Idee und Bewegung die Geschichte der Menschheit seit langem begleitet und unverzichtbarer Bestandteil der Utopien für ein menschenwürdiges Leben ist. Die Autoren nähern sich auf sehr unterschiedliche Weise dieser Problematik. Neben übergreifenden geschichtsphilosophischen Analysen stehen konkret-historische Untersuchungen. Mit dieser kleinen Publikation ist das große Thema, das mit der Blochschen Metapher vom Unabgeholtenen umrissen wurde, beileibe nicht „abgeholten“. Mit ihm sind Jahrhundertfragen aufgerufen, die auch künftige Generationen umtreiben werden.

*Liebe*

**Eva Bauch**

*zu Deinem*

**70. Geburtstag**

am 30. Dezember

*wünschen wir Dir  
Gesundheit und alles  
erdenklich Gute*

Deine Genossinnen und  
Genossen der  
PDS-Basisorganisation  
Löbzig II

*Initiative*

**Christliche Linke**

**10. 1., 18 Uhr**, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig, Gespräch mit Dr. Werner Marx: **Leipzig – Perspektiven im vereinigten Deutschland**

**ISOR e. V.**

Im Dezember findet keine Beratung statt. Die nächste Sprechstunde wird im Januar 2005 durchgeführt.

Der Vorstand der TIG dankt allen Mitgliedern und ihren Angehörigen, allen Freunden und Sympathisanten für die Unterstützung und Solidarität und wünscht allen ein gesundes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**20. und 21. 12., 10 und 14 Uhr; 22. 12., 10 Uhr: Die sieben gefrorenen Geiseln** – ab 4 Jahre

*Wir wünschen allen  
Genossinnen und  
Genossen, Sympathisanten  
und Sympathisanten der  
PDS in Löbzig  
ein frohes Weihnachtsfest,  
verbunden mit herzlichen  
Grüßen zum Jahreswechsel  
und den besten Wünschen  
für 2005*

*Der Vorstand  
der PDS-Basisgruppe  
Löbzig II*

**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

**Literatur für SIE**

**Im Dezember neu bei uns:**

Werner Mittenzwei: Zwielight. Eine kulturkritische Autobiografie. Faber & Faber, 29,70 Euro

Das dicke Weihnachtsbuch. Hrsg. v. Margarete Drachenberg. Eulenspiegel, 19,90 Euro

Lothar Vosseler, Ernest Buck: Der Kanzler, leider mein Bruder, und ich. Schwarzkopf & Schwarzkopf, 9,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71  
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

**Filiale Axispassage**

04159 Georg-Schumann-Str. 171

**Filiale Eutritzscher Zentrum**

04129 Wittenberger Str. 83

**Filiale Büchermarkt Mockau Center**

04357 Mockauer Str. 123

**Wir danken unserer verehrten Kundschaft  
für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und  
wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest  
und ein gesundes neues Jahr**



**Unseren Gästen, Mitarbeitern, Mitgliedern und  
Freunden wünschen wir ein frohes  
Weihnachtsfest, einen guten Rutsch in das  
Jahr 2005 und ein Wiedersehen in „Heideruh“  
bei bester Gesundheit.**

**Vorstand und Mitarbeiter von „Heideruh“**

*Nicht vergessen für das kommende Jahr anzumelden im  
Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V. Ahornweg 45,  
21244 Buchholz i.d.N., Tel.: 04181-8726, Fax: 04181-281142  
e-Mail: <http://www.heideruh.de>*

**Dank und Gruß zum  
Jahreswechsel**

*allen, die mit uns gemeinsam Gesicht  
zeigten für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gegen  
Naziprovokationen in unserer Stadt. Stehen wir auch im  
kommenden Jahr zusammen für ein stärkeres  
Antikriegsbündnis und gegen die Herrschaft  
der Sozialabbauer!*

**Friedenszentrum Leipzig e. V.  
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e. V.**



Die Mitglieder und Sympathisanten der Initiative Christliche Linke wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein möglichst friedliches neues Jahr

Wir trauern um den standhaften und verdienstvollen Kommunisten

**Karl Heinz Buschmann**

(ehemals 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oschatz),  
der 75-jährig, am 19. 11. 2004 nach schwerer Krankheit verstarb.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Deutsche Kommunistische Partei – Leipzig

# Seid nett zueinander

## Auch auf der Arbeitsagentur

„Wer is'n hier der Letzte?“, ruft das Girl in den Wartebereich x der Agentur für Arbeit und zieht die Tür hinter sich zu, vergeblich nach einem Sitzplatz im überfüllten Raum Ausschau haltend.

„Sieht aus, als käme sie gerade aus der Disco“, registriert Herr M. Rocksäum anderthalb männerhandbreit über'm Knie, plateaubesohlte Weichlederstiefel bis ans Knie; der enge Pulli mit Rolli lässt den gepiercten Bauchnabel gucken, die Haare schimmern von Grün über Violett bis Rot ...

„Wir sind hier alle die Letzten“, muffelt ein älterer Herr ins allgemeine Schweigen. Das Girl lässt einen bubblegum-Ballon aus Versehen gegen den Mann fleppen und macht sich an Herrn M. ran. „Sag mal, wer is'n hier nun

der Letzte?“ „Musst halt warten, wirst irgendwann aufgerufen“, tröstet er sie. „Ich steh' mir schon fast drei Stunden lang die Beine in den Bauch“,

„Komm, Kleene, wir haben Zeit. Wir gehen raus, eine rauchen“, lädt er das Mädchen ein.

„Ist das immer so miefig hier?“, fragt sie.

„Nein, nein“, beschwichtigt Herr M., „man muss nur etwas Zeit, Geduld und manchmal gute Nerven mitbringen. Nimm mal den Kaugummi aus der Gosch, das Gekätsche kann ich nicht leiden.“ Er reicht ihr 'ne Selbstgedrehte.

„Is' ja geil“, dankt das Disco-Girl.

Sie gehen dann wieder in den Wartebereich. Das Mädchen wird aufgerufen von einem Arbeitsvermittler. „Na dann, viel Glück!“, ruft Herr M. ihr nach und denkt: „So jung noch und schon am Ende, was erwartet sie? Könnte meine Tochter, fast meine Enkelin sein.“

### Geschichtem vom Herrn M.

Aufgeschrieben von Ekkehard Fritz

übertreibt er. Er will den Disco-Käfer ein bisschen schocken, aus einer miesen Laune raus. „Ist die neu hier, gerade von der Schulbank gerutscht?“, denkt er.

„Ihr giert wohl alle auf die 331 Mäuse ab Januar, nich?“, flötet sie mit leicht spöttischem Lächeln in die Raum. Die beiden Araber neben Herrn M. grinsen.



Die von den sächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Jurk und Karl Nolle betriebene Web-Site [schwarzerfilz.de](http://schwarzerfilz.de) – einst gefürchtet, heute verwaist ... Ja, das Mitregieren verlangt seine Opfer ...

## „Calgon – bei jeder Wäsche!!!“

Täglich mehrmals erleben wir jene dümmliche, calgon-unkundige Hausfrau im gefluteten Umfeld ihrer Waschmaschine, die dann nach Belehrung devot nachbetet: *Calgon – bei jeder Wäsche!*

Die Ankündigung des Monteurs, die Maschine mitnehmen zu müssen, geht ihr und uns unter die Haut. Wir schwanken zwischen Entrüstung, Mitleid und Schadenfreude. Jeden Tag. Schwer für naive Gemüter, der suggestiven Wirkung der Horrorgeschichte zu widerstehen.

Um so entsetzter war ich, als mir meine Frau jüngst beiläufig eröffnete, sie nehme kein Calgon. Nur das ehemalige DDR-Präparat *Piador* – und das auch nur einmal im Jahr! Sie erzählte sogar

von einem Monteur, der das schweine-teure Calgon als völlig überflüssig erachtete. Mir muss daraufhin der Schrecken im Gesicht gestanden haben. Dabei ist zu erklären, dass unser Waschautomat jetzt im elften Jahr nicht nur ohne Calgon, sondern auch ohne Panne und ohne Reparatur läuft. Hinzuzufügen ist, dass Leipzig zu den Gebieten mit hoher Wasserhärte gehört.

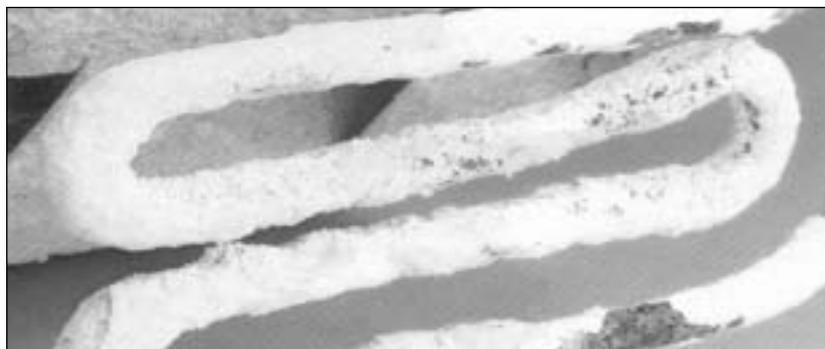
Unsere WM 60 aus Schwarzenberg lief von 1962 an 23 Jahre und konnte dann

noch mit gutem Gewissen verschenkt werden. Die 90-jährige Tante meiner Frau hatte gar über 40 Jahre ihre Waschmaschine ohne Calgon in Betrieb.

Die Moral von der Geschichte?

1. Wir werden hochgradig verschleißt.
2. Warum sollte ich annehmen, dass es bei anderen Produkten anders ist?
3. Warum sollte ich annehmen, dass es in der Politik anders ist als in der Wirtschaft?

• G L



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## Kleiderordnung

Václav Klaus, 63 und tschechischer Präsident, legt, wie es sich in seinem Ländchen herumgesprochen hat, viel Wert auf erlesene Gewänder. Nun traf es sich, dass er wieder einmal bei seinen Untertanen unterwegs war. Doch ehe er mit seinem Tross ins nordmährische Städtchen Litovel einrückte, tat der Bürgermeister seinen Mitbewohnern kund, sie mögen dem Staatsoberhaupt bitteschön nur in „nüchternen, geschmackvoller“ Kleidung aus „gutem Tucho“ ihre Aufwartung machen. Für die Herren schicke sich, „Hose, Hemd. Krawatte, Socken und Schuhe“ zu tragen. (Was die Lotterbuben wohl sonst an sich herumschleppen?)

Für die Damen empfahl der erste Bürger des Städtchens Handschuhe, Hut und Täschchen, die mit der „übrigen Kleidung zu harmonieren“ hätten. Pastellfarben legte er den Damen nicht extra ans Herz, so very queenlike sind sie womöglich schon dank Fernsehen geschult.

Kurzum, wer sich nicht an diese Kleiderordnung halte, der könne beim Herrscher, pardon, beim Klaus, nicht vorgelassen werden. Die Protokoll-Verantwortlichen aus dem präsidialen Tross, so die Bürgermeister-Warnung, nähmen strenge Kontrollen vor.

• M. M.

## Der Prinz albert

Der Wettiner Albert Prinz von Sachsen Herzog von Sachsen, Enkel des letzten sächsischen Königs, schickt sich an, im kommenden Frühjahr seinen Wohnsitz in Sachsen zu nehmen und ins politische Leben des Freistaates einzutreten. Er versicherte, dass die Einführung der Monarchie für ihn zur Zeit nicht auf der Tagesordnung stünde, wohl aber eine Rangerhöhung der Wettiner und eine Verfassungsänderung mit der Einführung eines Staatspräsidentenamtes. Das allerdings könnte dann vom Hause Wettin besetzt werden.

Es muss eine Ausstrahlung des geistigen Klimas in Sachsen sein, dass hier die Zahl der Verrückten ununterbrochen wächst.

• G

Als Gott die Welt erschaffen hatte, sah er, dass sie auf schwachen Füßen stand. Und er stellte sie auf den Kopf.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: [leipzigs\\_neue@t-online.de](mailto:leipzigs_neue@t-online.de)  
Internet: [www.leipzigs-neue.de](http://www.leipzigs-neue.de)  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt.

Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: [bergpr@web.de](mailto:bergpr@web.de)

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Dezember 2004

Die nächste Ausgabe erscheint am 14. Januar 2005